3195034	Sophia Ketterer
Studiengang/Fach	Bachelor Lehramt Sekundarstufe 1/Geschichte
	Bachelor-Arbeit
	Demokratiebewusstsein und Demokratieförderung am Beispiel von politischen Säuberungen nach der Badischen Revolution 1848/49
Erstschrift	() 1. Prüfer: Dr. Ulf Kerber
Zweitschrift	() 2. Prüfer: Prof. Dr. Frank Meier
	Anlagen:
	Anhang 1: Explizite Darstellung der Gegenwartsbezüge
	Anhang 2: In den Rastatter Kasematten“
Abgabetermin	19.09.2019

Pädagogische Hochschule Karlsruhe

Bachelor-Arbeit

im Studiengang:

Bachelor Lehramt Sekundarstufe 1

Thema:

Demokratiebewusstsein und Demokratieförderung am Beispiel von politischen Säuberungen nach der Badischen Revolution 1848/49

Erstgutachter: Dr. Ulf Kerber

Zweitgutachter: Prof. Dr. Frank Meier

Vorgelegt von:

Sophia Ketterer

Matrikelnummer: 3195034

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung 4
2. Sachanalyse politische Säuberungen 11
3. Didaktische Relevanz und Voraussetzungen für Sinnentnahme und Sinnverstehen 21
   3.1 Historischer Längsschnitt als didaktische Konsequenz 25
   3.2 Längsschnittstationen und Ziele 27
   3.3 Notwendigkeit eines transdisziplinären Ansatzes 27
4. Demokratieförderung 29
   4.1 Förderung des Demokratiebewusstseins 32
   4.2 Demokratiebildung und demokratische Kompetenzförderung 37
5. Die Badische Revolution von 1848/49 42
   5.1 Rastatt als letzte Station der Revolution 45
   5.2 Politische Säuberungen nach der Badischen Revolution 47
      5.2.1 Vorgehensweise und kritische Betrachtung 49
      5.2.2 Leben in den Kasematten und Betrachtung von Einzelschicksalen 52
   5.3 Auswirkungen der Zerschlagung der Revolution 55
      5.3.1 Revolutionsteilnehmer und Baden 56
      5.3.2 Gesamtdeutsche Perspektive unter der Reaktionsära 59
   5.4 Analyse und Ergebnis der fachwissenschaftlichen Betrachtung 62
   5.5 Didaktische Analyse und pädagogische Konsequenzen 65
      5.5.1 Konkreter Gegenwartsbezug 68
      5.5.2 Einordnung in das Kompetenzmodell 70
6. Fazit und Ausblick 73
7. Literaturverzeichnis 78
8. Anhang 87
9. Erklärung 93

1. Einleitung

Politische Säuberungen als Begriff, Ereignis und als Auswirkung traten immer wieder im Verlauf der Geschichte auf und etablierten sich so als Kontinuum. Sie waren schon immer Ausdruck des Umbruchs, ein Zeichen von Macht und ein Werkzeug, um neue politische Systeme aufzubauen oder alte zu bestätigen und zu bewahren. Politische Säuberungen stehen daher in einem ambivalenten Wechselverhältnis zu ihrer Umwelt, ihrer Wirklichkeit und Zielsetzung, wodurch sie vielfach eingesetzt, für verschiedene Zielrichtungen angewandt wurden. So waren sie immer Mittel zur Machterhaltung oder Machtgewinn, sie traten in totalitären Regimen oder beim Aufbau neuer gesellschaftlicher Ordnungen auf und verbanden somit die zentralen Begriffe Herrschaftsgewalt, politische Neugestaltung und ideologische Neuschöpfung. Die Rolle der Demokratie ist unter dieser Perspektive genauso mehrdeutig wie die politischen Säuberungen selbst. Während Säuberungen im Verwaltungs- und Justizapparat oder Kultur und Presse als unmittelbare Bedrohungen gegen die Demokratie auftraten, zeigt sich die Widersprüchlichkeit dieser Beziehung darin, dass Säuberungen auch dafür genutzt werden können, um mit totalitären Regimen abzuschließen. Politische Säuberungen sind daher nie unter einer Monoperspektive zu betrachten, sondern stets in ihrer Ursache, Zielsetzung, Be- und Auswirkung.

Es ist keine Aufgabe dieser Arbeit, politische Säuberungen in ihrem Ganzen und in ihrer Einzelheit zu betrachten. Vielmehr äußert sich das Thema dieser Ausarbeitung in der Betrachtung einer spezifischen Zeit der Säuberungen, in der die politischen Säuberungen nach der Badischen Revolution erörtert und dargelegt werden. Hierfür teilt sich die Ausführung grob in drei Themenkomplexen auf: Politische Säuberungen als Begriff und in Darstellung ihrer Historie, ihr gegenwärtiger Nutzen in Form von Demokratieförderung und die politischen Säuberungen nach der Badischen Revolutionen. Die zuvor beschriebenen Verhältnisse zwischen der Bewahrung, Umgestaltung und Neugestaltung politischer Systeme, die Konzentration auf Macht als zentraler Bezugspunkt und die längerfristigen Auswirkungen werden in diesem Zuge analysiert und dargestellt. Hierbei tritt die Demokratie als Ziel der Bekämpfung als Referenzpunkt immer wieder auf.

Mit dem Themenkomplex Demokratieförderung ergibt sich gleichzeitig die Relevanz dieser Arbeit. So scheinen Säuberungen und Demokratieförderung zunächst nicht miteinander zu harmonieren, aber genau diese Disharmonie bewirkt die eigentliche Bedeutsamkeit, diese beiden Bereiche miteinander zu verbinden. Politische Säuberungen treten in ihrer Historie

oftmals als Gefahr gegen die Demokratie auf. Erkennt man diese Gefahr, nimmt man die Säuberungen als Machtinstrument gegen demokratische Bestrebungen wahr und wird dazu befähigt, parallele Vorkommnisse in der Gegenwart zu entdecken, woraus sich die didaktische und demokratiepädagogische Relevanz für die Betrachtung politische Säuberungen ergibt. Gleichzeitig sind politische Säuberungen als Thema dann demokratiefördernd, wenn die Entnazifierung und das ambivalente Verhältnis zwischen Demokratie als Forderung und politische Säuberung als Machtinstrument dieser betrachtet wird. Diese Kontroversität zeigt demokratischen Charakter, da politische Säuberungen in ihrer Diversität zeigen, dass es ein ausgeprägtes und begründetes Urteil braucht, um Säuberungen betrachten zu können. Geschichte und politische Säuberungen als Teil dieser Geschichte sind mehr als eine Momentaufnahme, sie treten als Ereignis, als Folge und Prozess, letztendlich als Kontinuität, Wandel, Wiederkehr und Wiederaufnahme auf. Diese Gegebenheit schafft die Relevanz dieser Arbeit genauso wie die ambivalente Beziehung zwischen Säuberung und Demokratie bzw. Demokratieförderung.

Die Motivation, diese Arbeit in dieser Art und Weise zu konzipieren, ergibt sich aus den gegenwärtigen Bedrohungen, die die Demokratie zu bewältigen versucht und die gesellschaftliche und pädagogische Relevanz von demokratischen Strukturen. Demokratie als Herrschafts- und Lebensform ist weder statisch noch gesichert, sie ist dementsprechend als dynamischer Prozess und Entwicklung anzusehen, die explizit gefördert werden muss. Demokratie braucht letztendlich die Erkenntnis, dass Demokratie nicht Abschaffung von Herrschaft meint, sondern als besondere Form der Herrschaft auftritt, wofür politische und historische Bildung gebraucht wird, um diese Art der Herrschaft zu legitimieren.[1] Demokratie soll in der Perspektive der Demokratieförderung in ihrem Wesen, aber auch in ihrem dynamischen Prozess gesehen werden, was bedeutet auf gegenwärtige Bedrohungen und Probleme einzugehen. Politische Säuberungen umschließen schließlich nicht nur vergangene Ereignisse, ihre Strukturen und Maßnahmen lassen sich auch in der Gegenwart, beispielsweise in der Türkei, in Brasilien oder in Ungarn wiederfinden. Lernende sollen dazu befähigt werden, vergangene politische Säuberungen als historische Erfahrung wahrzunehmen und diese als Grundlage für gegenwärtige Urteile zu nutzen. Aus dieser gegenwärtigen und grundlegenden Relevanz ergab sich die Motivation, eine solche Arbeit zu erstellen.

[1] Vgl. Lange, Dirk: Was ist und wie entsteht Demokratiebewusstsein? Vorüberlegungen zu einer politischen Lerntheorie, in: Himmelmann, Gerhard/ Lange, Dirk (Hrsg.): Demokratiekompetenz. Beiträge aus Politikwissenschaft, Pädagogik und politischer Bildung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005, S. 262.

Eine zusätzliche Motivation und Relevanz dieser Arbeit ergibt sich aus der Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Rastatt, die die Revolution 1848/49 thematisch aufgreifen und museumspädagogisch umsetzen. Diese Arbeit liefert einen inhaltlichen Beitrag dazu, in dem politische Säuberungen nach der Badischen Revolution dargelegt und erörtert werden, wobei gleichzeitig ein Gegenwartsbezug gesetzt wird, um die gegenwärtige Nützlichkeit und Relevanz dieses Themas zu legitimieren.

Aus dieser Betrachtung ergibt sich die Formulierung der Forschungsfragen, die das Thema politische Säuberungen eingrenzen und zugleich die Probleme beschreiben, die in dieser Arbeit gelöst werden sollen. Die erste Forschungsfrage dieser Ausführungen lautet: *Was sind die theoretischen Voraussetzungen, die gegeben sein müssen, damit Demokratieförderung stattfinden kann, wenn man sich mit politischen Säuberungen auseinandersetzt?* Das Ziel dieser Fragestellung zeigt sich darin, dass das eigentliche Thema dieser Arbeit über eine darstellende Betrachtung der politischen Säuberungen hinausgeht, um eine gegenwärtige Nützlichkeit in Form von Demokratieförderung anzustreben. Konkret bedeutet das, die Beziehung zwischen fachwissenschaftlicher Ausarbeitung der politischen Säuberungen nach der Badischen Revolution und die fachdidaktischen und pädagogischen Ausführungen von Demokratieförderung in unmittelbare Verbindung zueinander zu setzen, um somit ein Konzept auszuarbeiten, mit dem politische Säuberungen als Thema unmittelbar dazu genutzt werden können, um Demokratie zu fördern. Die Widersprüchlichkeit dieser konstruierten Beziehung ist bewusst als Voraussetzung, als Gegenstand und als Herausforderung anzusehen. Für diese symbiotische Betrachtung bedarf es jedoch zunächst einer Trennung der Themengebiete, um sie sie dann in ihrer Spezifität und ihrer Eigenart zu betrachten, um sie dann zusammenzuführen.

Die zweite Forschungsfrage *Wie ist die demokratieförderndе Idee, die sich aus der Beschäftigung mit politischen Säuberungen ergibt, fortzuführen und welche Konsequenz muss für ein weiteres Vorgehen gezogen werden?* kann als Fortsetzung gesehen werden, wodurch das angestrebte Ziel dieser Fragestellung sich darin zeigt, über den fachwissenschaftlichen und pädagogischen Tellerrand hinaus zu schauen. Es geht hierbei um Erweiterung, Weiter-Denken und Weiter-Führen von gewonnenen Erkenntnissen dieser Arbeit, was sich in konkreten Handlungsdispositionen und Handlungsvorschlägen äußern sollte. Hierbei wird angestrebt, dass die Idee der Demokratieförderung keine Idee bleibt, sondern als konkreter Vorschlag für pädagogisches und historisch-politisches Lernen angesehen werden kann.

Diese Arbeit kann die zuvor beschrieben Ziele dann erreichen, wenn sie zunächst die politischen Säuberungen in einer Sachanalyse darlegt, um einen allgemeinen Blick auf Säuberungen als Begriff und in Politik und Geschichte zu erhalten. Diese grundlegende Betrachtung wird durch eine didaktische Analyse ergänzt, um den didaktischen Nutzen sowie die pädagogische Relevanz dieses Themenkomplexes offenzulegen. Hier wird nicht nur die didaktische Wichtigkeit offengelegt, es werden auch Voraussetzungen getroffen, die es braucht, damit das Thema demokratiefördernd ist. Aus diesen Gedanken heraus folgt die Darlegung der Bedeutsamkeit von Demokratieförderung allgemein, eine Darstellung dieser und die ausführliche Betrachtung des Demokratiebewusstseins. Auf diese Darlegung schließt die Ergründung eines historisch-politischen und demokratischen Kompetenzmodell an. Dieses muss zunächst ergründet werden, indem andere Modelle ausgeschlossen oder fragmentiert benutzt werden. Auf diese Darlegung folgt die Erarbeitung der spezifischen politischen Säuberungen nach der Badischen Revolution. Hierzu werden zunächst die gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Umstände und Vorgänge vor und während der Badischen Revolution dargelegt, um einen Eindruck der äußeren und inneren Entwicklungen zu erhalten. Daraus ergibt sich die Betrachtung der revolutionären Handlungsstätte Rastatt, die zum einen als letzte Bastion der Revolution als auch der Ort der politischen Säuberungen und somit als endgültige Zerschlagung der Revolution gilt. Hierbei werden Einzelschicksale sowie die längerfristigen Auswirkungen der Säuberungen betrachtet, um in einer Gesamtbetrachtung und einem didaktischen Fazit auf die zuvor gewonnenen Erkenntnisse zurückgreifen zu können. Die Gesamtbetrachtung schließt den Rahmen zum Beginn dieser Arbeit, indem auf die gewonnene Definition und die erarbeiteten Leitfragen zurückgegriffen wird. Das didaktische Fazit und die pädagogischen Konsequenzen weisen auf die erarbeiteten didaktischen Voraussetzungen hin, zeigen ein konkretes gegenwärtiges Beispiel politischer Säuberungen und zeigen die tatsächliche Anwendung und Realisierung des zuvor erarbeiteten und erweiterten Kompetenzmodell. Das Verhältnis Fachwissenschaft und Fachdidaktik scheinen auf den ersten Blick voneinander getrennt zu sein, wobei diese Arbeit eine enge Zusammenarbeit vorsieht, ohne jedoch einen Bereich vom anderen überwältigen zu lassen. Es braucht daher ein Ineinandergreifen und disziplinenübergreifendes Arbeiten. Gleichzeitig unterstehen diese beiden Bereiche keiner hierarchischen Ordnungen, sondern sind Teil einer systematischen, sich bedingenden und beeinflussenden Binnenstruktur.

Die aufgeführten Ziele und einzelnen inhaltlichen Themen können dann erreicht werden, wenn sich ausführlich mit der spezifischen Literatur auseinandergesetzt wird. Betrachtet

man den Forschungsstand, muss auf die drei Themenkomplexe dieser Arbeit zurückgegriffen werden, da sich für diese drei Bereiche besondere Umstände und Bedingungen ergeben.

So ist die Forschungslage bezüglich politischer Säuberungen als schwierig einzuschätzen, da sich zunächst wenig Publikationen spezifisch für dieses Thema finden lassen und gleichzeitig die meiste Literatur dieses Themas sich an historischen Beispielen orientiert. So umreißen beispielsweise John Arch Getty[2] und Hermann Weber[3] beide die politischen Säuberungen unter dem Regime von Josef Stalin zur Zeit des Großen Terrors. Beide Autoren zeigen eine ähnliche historische Darstellung und beziehen sich dabei nicht auf weitere Säuberungen der Geschichte, wodurch sie sich auf die Sowjetunion unter Stalin konzentrieren. Da diese Arbeit jedoch die Betrachtung von Säuberungsaktionen nach der Badischen Revolution erarbeiten möchte, braucht es zwar die Darlegung dieses „Grundmodells" politischer Säuberung, aber gleichzeitig auch die Loslösung von den Stalinschen Säuberungen. Hierzu werden die englischen Wortbedeutungen von „purge" untersucht, in dem auf das Longman Dictionary of Contemporary English[4] sowie auf das Cambridge Dictionary[5] und auf das Oxford Dictionary[6] verwiesen wird. Um diese grundlegende sprachliche Darstellung historisch zu ergänzen, wird auf die Entnazifierung eingegangen, wobei die Arbeit von Paul Sérant[7] einen ausführlichen Überblick bietet. Während Clemens Vollhans[8] eine Wortbedeutung für politische Säuberungen anbietet und dabei die Intention politischer Säuberungen nach dem Zweiten Weltkrieg darlegt, teilen Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller[9] die Säuberungen in Kategorien auf, die wiederum für diese Arbeit besonders relevant sind. Nach der historischen Betrachtung folgt eine Abgrenzung zwischen ethnischen und politischen Säuberungen. Die ethnischen Säuberungen werden durch Normen M. Naimark[10] in ihrem Ursprung und ihrer Wortbedeutung dargelegt.

---

[2] Getty, John Arch: Origins of the Great Purge, Cambridge: Cambridge Univ. Press, 1994.
[3] Weber, Hermann, „Weiße Flecken" in der Geschichte. Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberung und ihre Rehabilitierung, Frankfurt a.M.: Isp-Verlag, 1989.
[4] Longman Dictionary of Contemporary English, (Hg.): Purge, Pearson Longman, 5. Auflage, Harlow, Großbritannien: 2011
[5] Cambridge Dictionary: Purge (Stand 2014) https://dictionary.cambridge.org/de/worterbuch/englisch/purge [22.07.2019]
[6] Oxford Lexico: Purge (Stand 2019) https://www.lexico.com/en/definition/purge [22.07.2019]
[7] Sérant, Paul: Die politischen Säuberungen in Westeuropa, Oldenburg/Hamburg: Gerhard Stalling Verlag, 1966.
[8] Vollnhals, Clemens: Entnazifizierung. Politische Säuberungen und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945-1949, München: Deutscher Taschenbuch-Verlag, 1991.
[9] Henke, Klaus-Dietmar/Woller, Hans: Einleitung, in: Henke, Klaus-Dietmar (Hg.): Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg, München: Dt. Taschenbuch-Verlag, 1991.
[10] Naimark, Norman M.: Flammender Haß. Ethnische Säuberung im 20. Jahrhundert, München: Beck, 2004.

Die Basis des didaktischen Konzepts für politische Säuberungen allgemein, bieten zum einen die Ausführungen über das Geschichtsbewusstsein unter Verwendung eines Dimensionsmodells von Hans-Jürgen Pandel[11] und die Ausführungen über die Relevanz und Anwendbarkeit eines historischen Längsschnittes u.a. durch Arbeiten von Gerhard Schneider[12] und Joachim Rohlfes[13]. Beide zeigen die Möglichkeiten eines historischen Längsschnittes auf und betonen die Wichtigkeit eines Gegenwartsbezug.

Zum Themenkomplex Demokratieförderungen sind vor allem die Arbeiten von Gerhard Himmelmann und Dirk Lange zielführend und als grundlegend zu werten. Sie treten einmal als Herausgeber[14] auf als auch als Autoren[15] auf, wobei sie Grundlegendes festhalten in Bezug auf das Demokratiebewusstsein und auf demokratieförderndne Ansätze. Für diesen ist auch eine Zusammenarbeit zwischen politischen und historischen Arbeiten vorgesehen, wodurch besonders der Sammelband Rolf Schörken[16] zu nennen ist, in dem verschiedene Ansätze, Probleme und Möglichkeit dieser Zusammenarbeit skizziert werden. Um ein politisch-historisches Kompetenzmodell darzulegen und für einen demokratieförderndn Ansatz zu modifizieren, wurde auf die Arbeit von Thomas Hellmuth[17] gesetzt, der durch seine Aufführung der politischen Bildung als historisch-politische Sinnstiftung ein selbiges Kompetenzmodell ergründet hat.

Die wichtigsten Arbeiten, die zur Betrachtung der politischen Säuberungen nach der Badischen Revolution beigesteuert haben, sind zum einen die Arbeiten von Wolfgang von Hippel[18] sowie Willy Real[19], Wilhelm Blos[20] und Heinz Holeczek[21]. Während Wolfgang von

---

[11] Pandel, Hans-Jürgen: Geschichtsdidaktik. Eine Theorie für die Praxis, Schwalbach/Ts: Wochenschau-Verlag, 2017.
[12] Schneider, Gerhard: Transfer. Ein Versuch über das Anwenden und Behalten von Geschichtswissen, Schwalbach/Ts: Wochenschau-Verl, 2009.
[13] Rohlfes, Joachim: Geschichte und ihre Didaktik, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2010.
[14] Himmelmann, Gerhard/Lange, Dirk: Demokratiekompetenz. Beiträge aus der Politikwissenschaft, Pädagogik und politischen Bildung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005.
[15] Vgl. Lange, Dirk: Was ist und wie entsteht Demokratiebewusstsein? Vorüberlegungen zu einer politischen Lerntheorie, in: Himmelmann, Gerhard/ Lange, Dirk (Hrsg.): Demokratiekompetenz. Beiträge aus Politikwissenschaft, Pädagogik und politischer Bildung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005.
[16] Schörken, Rolf (Hg.): Zur Zusammenarbeit von Geschichts- und Politikunterricht, Stuttgart: Klett, 1978.
[17] Hellmuth, Thomas: Historisch-politische Sinnbildung. Geschichte – Geschichtsdidaktik – politische Bildung, Schwalbach/TS.: Wochenschau-Verl., 2014.
[18] Hippel, Wolfang von: Revolutionen im deutschen Südwesten. Das Großherzogtum Baden 1848/49, Stuttgart: Kohlhammer, 1998.
[19] Real, Willy: Die Revolution in Baden 1848/49, Stuttgart: Kohlhammer, 1983.
[20] Blos, Wilhelm: Badische Revolutionsgeschichten aus den Jahren 1848 und 1849, Mannheim: Verlag der Partei-Buchhandlung, 1910.
[21] Holeczek, Heinz: Standgerichtsprozeße und Exekutionen, in: Hank, Peter/Holeczek, Heinz/Schilling, Martina (Hrsg.): Rastatt und die Revolution von 1848/49. Von der Freiheitsfestung zur Preußischen Besetzung, Rastatt: Stadt Rastatt, 2001.

Hippel Grundlegendes über die politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen der Badischen Revolution und die Rolle der Presse und Vereine während der Revolution darlegt, bieten Reals, Blos und Holeczek eine zeitliche wie thematische Übersicht über die Revolution sowie Beispiele und Vorgehensweise der politischen Säuberungen. Als spezifische und somit besondere Quellen sind hierbei die Ego-Dokumente unter anderem von Amand Goegg[22], Ernst Elsenhans[23]und Otto von Corvin[24] zu nennen. Während Elsenhans Arbeiten als journalistische Texte und als Revolutionstexte gewertet werden können, sind die Aufzeichnungen von Goegg und Corvin als Erinnerung und als Kommentierung des Geschehenen zu werten und somit als zeitgenössische Darstellung der Badischen Revolution und den damit verbundenen Säuberungen durch Standgerichte.

Die aufgeführte Literatur ist notwendig, um die zentrale Frage zu beantworten, inwiefern politische Säuberungen besonders im Hinblick auf ihre Zielsetzung ein Beitrag zur Demokratieförderung leisten können. Hierfür muss bereits an dieser Stelle vorweggegriffen werden. Denn politische Säuberungen als historisches Phänomen müssen für diese Arbeit als Chance gesehen werden, aus ihnen lernen zu können. Es braucht eine Auseinandersetzung mit einzelnen Zeitabschnitten politischer Säuberungen, mit ihren historischen Gegebenheiten, Prozessen und Auswirkungen, um die demokratieförderndenAnsätze dieses Themenkomplexes herauszuarbeiten. Das bedeutet konkret, politische Säuberungen als historische Erfahrung wahrzunehmen, um sie in ihrem gegenwärtigen Auftreten zu erkennen. Hierfür braucht es keine Platituden, sondern historisch-politisches Lernen, dass Schüler und Schülerinnen erreicht und im Unterricht und in außerschulischen Lernorten umgesetzt werden kann. Diese Arbeit ist dadurch gegenwarts- und zukunftsorientiert, um Demokratie als Perspektive einzunehmen und Demokratie als Idee zu bestätigen, um sie so im Bewusstsein und im Handeln der Lernenden zu stärken. Ein Teil dieser Stärkung wird sich im (Be-)Urteilen politischer Situationen wiederfinden, denn diese Tätigkeit ist grundlegend demokratiefördernd und Kern demokratischen Denkens.

[22] Goegg, Amand: Badische Revolution von 1849, deren Entstehung, politischen und militärischen Verlauf, Zürich: Verlags-Magazin, 1876.
[23] Elsenhans, Ernst: Der Festungs-Bote, 1849.
[24] Corvin, Otto von: Aus dem Leben eines Volkskämpfers. Vierter Band. Amsterdam: Gebrüder Binger, 1861.

2. Sachanalyse politische Säuberungen

Ziel der folgenden Ausführung ist es, am Ende einer diskursiven Auseinandersetzung mit dem Begriff politische Säuberung dessen historischen Einfluss offenzulegen und dadurch Kategorien, Konzepte und historische Bedingungen zu erschließen. Die Bezeichnung Sachanalyse wurde aufgrund der historischen Dependenz des Begriffes gewählt. Lässt sich eine Bedeutungszuschreibung, Erläuterung und Konkretisierung des Terminus ethnische Säuberung auch unabhängig ihrer Historie finden und abgrenzen, zeigt sich im Vergleich mit politischen Säuberungen eine vehemente Komplikation für selbiges Vorgehen. Jede politische Säuberung ist historisch bedingt und abhängig von den vorhergehenden Ereignissen.

Ein Versuch, eine allgemeine Definition festzulegen, lässt sich im Folgenden finden: „Säuberung bezeichnet das Aussondern und Ausstossen von unerwünschten Personen oder Gruppen aus politischen, religiösen oder sozialen Verbänden. Sie kann vom blossen Parteiausschluss bis zur Tötung reichen“[25]. Auf der einen Seite ist dieser Ansatz sehr breit gewählt und umfasst eine große Spanne zwischen Ausschluss und Tötung sowie keinerlei Einschränkung der Gründe oder Ziele für solche Maßnahmen. Gleichzeitig wird dieser Definitionsversuch durch folgenden Zusatz eingeengt: „Politische Säuberungen sind typisch für totalitäre Regime (Stalinismus, NS-Deutschland), aber auch für die Umbruchsphase nach deren Sturz.“[26] Die Einengung erfolgt durch den historischen Verweis und den strukturellen Hinweis auf gesellschaftliche und politische Neuordnungen, wobei „Umbruchsphase“ unspezifisch und „Sturz“ zu differenziert ist. Diese Definition ist daher zu allgemein, als dass sie fortführend benutzt werden kann, da sie viele wichtige Aspekte außer Acht lässt. Auch die Beschränkung auf einen Parteiausschluss oder einer Tötung lässt einen zu großen Spielraum und ist daher nicht konkret genug. Eine solche Konkretisierung ist dann möglich, wenn politische Säuberungen in ihrem Zusammenhang und ihrer Wirkung wahrgenommen werden. Aus diesem Gedanken folgt die Konsequenz die politischen Säuberungen im Detail, in ihrer Sprache, Ausführung und historischer Abhängigkeit zu untersuchen. Auf die Rhetorik bezogen ist es zunächst sinnvoll, in einer anderen Sprache nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen, die im Augenblick auf eine historische Betrachtung verzichten, wodurch eine allgemeine Perspektive eingenommen wird.

[25] GRA Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (Hg.) (Stand 2015): Nationalsozialismus – Säuberung, https://www.gra.ch/bildung/gra-glossar/begriffe/nationalsozialismus/saeuberung/ [26.08.2019]
[26] ebd.

Säuberung kann im Englischen mit „purge“[27] übersetzt werden. Folgende Worterklärungen sind hier vorzufinden: „to force people to leave a place or organization because the people in power do not like them“[28], „an action to remove your opponent or the people who disagree with you from an organization or a place“[29]. Beide Bedeutungserklärungen zentrieren zum einen den Aspekt des Entfernens oder des Beseitigens von Menschen, die entweder nicht erwünscht sind oder mit jemanden nicht übereinstimmen. Diese Gruppe von Menschen kann auch als „unwanted people“[30] bezeichnet werden und korrespondiert mit der oben aufgeführten Definition, die von unerwünschten Personen spricht. Daraus folgt die Deportation von einem Ort oder der erzwungene Ausschluss dieser Menschen aus einer Partei oder Organisation. Gleichzeitig wird der Machtaspekt politischer Säuberungen insofern miteingebracht, dass diese Beseitigung von einer Gruppe von Menschen vollzogen werden kann, die in Machtpositionen stehen. Durch Autorität, Einfluss und Befehls- oder Herrschaftsgewalt können nicht gewünschte Gruppen entfernt werden. Aus einer weiteren Definition ergibt sich folgende Perspektive: „An abrupt or violent removal of a group of people“[31]. Wodurch diese Gruppe definiert ist, bleibt an dieser Stelle offen. Auch diese Begriffserklärung zentriert die Beseitigung einer Gruppe von Menschen, nicht eines Individuums. Gleichzeitig wird der Gewaltaspekt in das Bild der politischen Säuberungen gerückt, in dem die genannte Beseitigung gewaltsam oder plötzlich vollzogen wird. Diese Betrachtung hilft, eine allgemeine Darstellung und eine Vorstellung von politischen Säuberungen zu erhalten, genügt aber für eine Gesamtdarstellung nicht aus. Politische Säuberung ist ein Begriff mit Historie, wodurch er nicht nur historisch, sondern auch politisch aufgeladen und gefärbt ist. Diese Ursprünge müssen ergründet werden, um durch eine Gesamtbetrachtung zu einer einheitlichen Definition zu gelangen. Dafür können zunächst drei Stationen gewählt werden, in denen politische Säuberungen als Begriff und Ereignis auftreten.

Im Folgenden werden die Säuberungen während der Prides Purge, der Französischen Revolution 1789 und dem Nationalsozialismus kurz betrachtet, um zunächst die Historizität des Terminus offenzulegen und dann auf die Beispiele der Stalinschen Säuberungen und der Entnazifierung näher einzugehen.

---

[27] Longman Dictionary of Contemporary English, (Hg.): Purge, Pearson Longman, 5. Auflage, Harlow, Großbritannien: 2011, S.1409 f.
[28] ebd.
[29] ebd.
[30] Cambridge Dictionary (Hg): Purge, Cambridge Dictionary, https://dictionary.cambridge.org/de/worterbuch/englisch/purge, 2014, [22.07.2019]
[31] Oxford Lexico (Hg.): Purge, Lexico, https://www.lexico.com/en/definition/purge, 2019 [22.07.2019]

Historisch gesehen kann die Prides Purge während dem Zweiten Englischen Bürgerkrieg als einer der ersten Säuberungen eingestuft werden. Im Dezember 1648 entfernten die Truppen rund um Oberst Thomas Pride all die Mitglieder des Langen Parlaments, die nicht als Unterstützer der sogenannten New Model Army galten. Es folgten Entlassungen und Inhaftierungen sowie zur dauerhaften Abwesenheit von Mitgliedern, die aufgrund der Säuberung dem Parlament fernblieben. Anhänger der Armee blieben in ihrer Position und ehemalige, „gesäuberte" Mitglieder, die im Nachhinein die Forderungen der Armee zustimmten, wurden wiedereingesetzt.[32] Eine ähnliche Säuberungsaktion ist nach der Französischen Revolution zu vermerken, als das Nationalkonvent im Juni 1793 von den Girondisten „gereinigt" wurde. Aufgrund militärischen Drucks und einer Umstellung des Nationalkonvents wurden girondistische Abgeordnete und Minister verhaftet. Diese Maßnahmen waren das Ende des Konflikts zwischen Jakobinern und Girondisten.[33]Als letztes historisches Beispiel ist in dieser Liste der Nationalsozialismus und dessen Verwendung des Begriffs aufzuführen. Allgemein kann die sogenannte „Gleichschaltung" im Nationalsozialismus auch als Säuberung bezeichnet werden, da während diesem Prozess die Nationalsozialisten alle Schlüsselstellen in der Verwaltung und Politik besetzten. Dafür brauchte es Suspendierungen, Beurlaubungen und Entlassungen in Justiz, Kultur und Verwaltung von „nicht-arischen" oder politisch andersdenkenden Personen.[34]Säuberungen wurden im Nationalsozialismus vor allem auch zum Ziel der „Entjudung" genutzt, um den „deutschen Volkskörper" zu reinigen, wodurch die Säuberungen antisemitisch und rassistisch, also auch ideologisch gefärbt waren.[35] Diese Liste zeigt, dass politische Säuberung vielfach und seit Längerem eingesetzt wurden, um politische Ziele zu verfolgen. Es braucht nun eine detailliertere Betrachtung zweier weitere Beispiele.

Eine der stärksten Verbindungen von politischen Säuberungen mit historischen Ereignissen ist sicherlich in der Großen Säuberungen der Sowjetunion zu sehen. Diese umfasst prinzipiell alle Parteiaktivitäten von 1933-1939, die als purge oder chistka (sweeping/cleaning) und somit als Säuberungen bezeichnet werden können. Diese zeigte sich in Ausschlüssen aus der kommunistischen Partei, in politischen Gerichtsverhandlungen – sogenannte Schauprozesse

[32] Vgl. Woolrych, Austin: Britain in revolution. 1625-1660, Oxford: Oxford Univ.Press, 2004, S. 428 f.
[33] Vgl. Kuhn, Axel: Die Französische Revolution, Stuttgart: Reclam, 2012, S.69.
[34] Vgl. Engehausen, Frank: Die Anfänge der „Gleichschaltung": Personelle „Säuberungen" bis Anfang April 1933, in: Frick, Lothar (Hg.): Baden 1933, Stuttgart: Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg, 2017, S.15.
[35] Vgl. Schmitz-Berning, Cornelia: Vokabeln im Nationalsozialismus (2010), https://www.bpb.de/politik/grundfragen/sprache-und-politik/42759/ns-vokabeln?p=all [28.08.2019]

-, in Polizeiterror, Verhaftungen, Massenrepressionen, Verfolgung, Haft und politischen Mord[36]. Über den Zeitraum dieser Säuberungen lässt sich streiten, so können sowohl die Jahre 1936-1938[37] als auch die Zeit vor der Gründung des kommunistischen Staates und somit während der Oktoberrevolution[38] als Zeitpunkte und Handlungsräume der politischen Säuberung angesehen werden. Während der Revolution konzentrierte sich die Säuberung auf eine interne Beseitigung, in der Parteimitglieder entfernt wurden. Dieses Vorgehen wurde in den 1920ger-Jahren wiederholt, was sich auch in Denunziationen, Vertreibungen und Ausschlüsse von Universitäten zeigte.[39] Zu Beginn der 1930er-Jahre folgten weitere parteiinterne Säuberungen. Was diese von den Maßnahmen während der Großen Terrors unterschied, zeigt sich in dem Ausmaß, in den Konsequenzen und Auswirkungen.[40]

Genaue Zahlen der Opfer dieser Säuberungsaktionen liegen nicht vor, es werden jedoch bis zu einer Million sowjetischer Kommunisten und Ausländer und somit eine breite Schicht der Bevölkerung als Zahl vermutet. Führende Kommunisten aus der Revolution oder dem Bürgerkrieg wurden verhaftet, ermordet oder in sogenannten Schauprozessen oder in Prozesse unter Ausschluss der Öffentlichkeit vor Gericht gestellt.[41] Die Schauprozesse dienten einer umfassenden Umwälzung und Umformung, die durch die Große Säuberung angestrebt wurde. Die neue Gesellschaftsordnung konnte nur durch die Bewältigung der Vergangenheit und der Überbleibsel derer entstehen und funktionieren. Gleichzeitig dienten die Schauprozesse dazu, gegen ideologische Gegner oder potentielle Feinde unter dem Mantel der Legitimität vorzugehen. Die Schauprozesse dienten letztendlich auch propagandistischen Zielen, um Angst und Terror und somit eine Sicherung des aufstrebenden Systems zu erwirken.[42] Gründe, warum jemand den parteiinternen Säuberungen zum Opfer fallen konnte, waren vielseitig und von vorhergehenden Ereignissen und Verhalten (moralische, finanzielle Korruption, offizielles Fehlverhalten, Passivität) abhängig. Prinzipiell ist die Gruppe interessant, die konterrevolutionäre und feindliche Elemente zeigte, was vor allem frühere Beamte, Offiziere und Polizisten miteinschloss. Besonders von vor-revolutionären Kräften, von der

[36] Vgl. Getty, John Arch: Origins of the Great Purge, Cambridge: Cambridge Univ. Press, 1994, S. 38 f.
[37] Vgl. Weber, Hermann, „Weiße Flecken“ in der Geschichte. Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberung und ihre Rehabilitierung, Frankfurt a.M.: Isp-Verlag, 1989, S. 11.
[38] Vgl. Mally, Lynn: Revolutionary acts. Amateur theater and the Soviet state, 1917-1938, London: Cornell University Press, 2016, S.198.
[39] Vgl. Getty, 1994, S.40.
[40] Vgl. Mally, 2016, S. 198.
[41] Vgl. Weber, 1989, S. 11 f.
[42] Vgl. Carmichael, Joel: Säuberung. Die Konsolidierung des Sowjetregimes unter Stalin 1934-38, Frankfurt a.M.: Ullstein, 1981, S.8; S. 58.

Weißen Armee oder von regenerierten bourgeoisen Kräften gingen für das neue System Gefahr aus.[43]

Aber auch die Säuberung und Mord an der einfachen Bevölkerung war ein Teil an der Beseitigung von Volks- und Ideologiefeinden. Dies zeigte sich auch in den Massenverhaftungen und in den Inhaftierungen in Gulags. Nicht nur die Verhafteten litten unter der Sippenhaft und Folter, der Terror weitete sich auch auf die Familienangehörigen aus, die von Repressionen und Verfolgung betroffen waren.[44]

Die Säuberungen betrafen zunehmend die sowjetische Armee, wodurch Offiziere, Offizierskorps und Befehlshaber der Marine entfernt wurden. Darunter waren auch regimetreue Kommunisten, die Stalin zuvor zur Macht verholfen hatten. Dadurch steigerte sich jedoch Stalins Machtanspruch und dessen Ziel, die absolute Herrschafts- und Befehlsmacht innewohnen zu haben, was dieses Vorgehen begründete. Die Säuberungen sollten der Ausgangspunkt eines neuen Systems sein, um somit den Sozialismus aufzubauen.[45] Da sich dieses neue System nicht auf die Partei und auf das Militär beschränken durfte, waren weitere Säuberungen in den Bereichen Presse, Kultur, Wirtschaft, Schulen und Bürokratie notwendig. Somit sollte gewährleistet sein, dass alle potentiellen regimefeindlichen Elemente und Spuren der Vergangenheit lokalisiert, abstrahiert und eliminiert werden konnten. Die Säuberungen dienten zum Schutz vor Gefahren für das Regime, vor feindlicher Gesinnung und potentiellem Aufstand.[46] Diese Vorbeugung verhalf dem neuen Staat zu entstehen, wodurch die politischen Säuberungen Teil eines Umformungs- und Schöpfungsprozess waren.

Der Begriff politische Säuberung ist in diesem Zusammenhang als Mittel der Repression, der Machtgewinnung und des Terrors zu werten. Man nutzt diesen Begriff um Maßnahmen eines totalitären Regimes zu beschreiben. Gleichzeitig fungierten die politischen Säuberungsaktionen als Mittel der Propaganda, was einen besonderen Umgang mit dem Begriff und den Ereignissen bewirkt. Denn dadurch wurden die Säuberungen eingesetzt, um Macht und Dominanz zu demonstrieren, um die eigene Herrschaft zu festigen und Maßnahmen gegen angebliche Feinde zu legitimieren. Der Umgang mit diesem Begriff in diesem spezifischen Umfeld zeigt ein gezieltes Einsetzen, um Terror, Unterdrückung und eigene Machtgewinnung voranzutreiben.

---

[43] Vgl. Getty, 1994, S. 41.
[44] Vgl. Weber, 1989, S.12 ff.
[45] Vgl. ebd., S. 14 ff.
[46] Vgl. Carmichael, 1981, S. 210 f.; S. 235.

Um letztendlich eine einheitliche Definition für diese Arbeit entwickeln zu können, braucht es eine Loslösung des Begriffes politische Säuberung von ihrem Ursprung und ihrer ursprünglichen Färbung. Die große Säuberung Stalins kann und darf nicht die einzige Station der Betrachtung politische Säuberungen sein. Diese Sichtweise führe zu einer Verkürzung und Vereinfachung, letztendlich zu einer Monoperspektive, die ideologisch und politisch einseitig gefärbt ist. Das eigentliche Ziel ist jedoch konzeptuelles Denken, das durch Abstraktion und Modell- und Konzeptbildung sowie Multiperspektivität bestehen muss. Ein Instrument, um ein Konzept politische Säuberungen zu entwickeln, zeigt sich in der Transferleistung, die im Weiteren angestrebt und skizziert wird.

Politische Säuberungen treten als Begriff im Zusammenhang mit dem ideologischen Kahlschlag nach dem Zweiten Weltkrieg in Westeuropa auf. Anders wie in der Großen Säuberung strebte man jedoch die Wiederherstellung und die Sicherung der liberalen Demokratie an, die den Frieden und das Zusammenleben sichern sollte, wofür die Spuren alter Systeme gesäubert werden mussten. Die Säuberungen beinhalteten europaweit Bestrafungen wie Massenverhaftungen, Hinrichtungen und reguläre Todesurteile, Prozessen von Sondergerichten oder Verbot der Ausübung von Berufen oder die Aberkennung von Ämtern.[47] In Deutschland benutzte man für diese Zeit und für dazugehörigen Maßnahmen konkret den Begriff der politischen Säuberung, die als machtpolitisches Mittel und Instrument zur Schaffung einer neuen Führungsschicht definiert werden kann. Die Etablierung einer neuen Elite begründete die Aufgaben, Vertreter des alten System auszuschalten und politische und bürokratische Schlüsselstellen mit Personen zu besetzen, die entweder aus der eigenen Gruppe stammten oder die als zuverlässig und vertrauenswürdig für das neue System einzustufen waren.[48]Allein der Begriff „politisch“ zeigt dessen machtbehangene und herrschaftsorientierte Färbung, deren Auswirkungen in allen Bereichen der Gesellschaft zu sehen waren. Die politischen Säuberungen waren von den Siegermächten als Instrumente eingesetzt worden, um einerseits ihre Herrschaft zu sichern und gleichzeitig eine öffentliche Abrechnung mit dem Faschismus zu erwirken. Ihre Realisierung zeigte sich in Deutschland in einem Spruchkammersystem, das nicht zu den Maßnahmen der traditionellen Justiz zugeordnet werden

[47] Vgl. Sérant, Paul: Die politischen Säuberungen in Westeuropa, Oldenburg/Hamburg: Gerhard Stalling Verlag, 1966, S. 302 f.
[48] Vgl. Vollnhals, Clemens: Entnazifizierung. Politische Säuberungen und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945-1949, München: Deutscher Taschenbuch-Verlag, 1991, S. 8.

kann. Ihr Sonderstatus ergibt sich aus ihrer politischen Färbung, die die Art und Weise der Durchführung der politischen Säuberung beeinflusste.[49]

Politische Säuberungen aus dieser Zeit können in verschiedenen Kategorien aufgelistet und somit generalisiert werden. Es gilt daher zwischen wilden von politischen, justitiellen und bürokratischen Säuberungen zu unterscheiden. Wilde, also ungeregelte Säuberungen fanden besonders in Frankreich, Norditalien und in den Balkanländern bereits während des Zweiten Weltkriegs und kurz nach dessen Ende statt. Diese sind insofern zu differenzieren, dass ungeregelte Säuberungen auch unsystematische Vorgehensweisen, Gefühle der Unterdrückung, der Frustration und Rache- und Vergeltungsdrang enthielten. Gleichzeitig fehlten dieser Art der Säuberung rechtliche Legitimation. Politische, justitielle und bürokratische Säuberungen beinhalten die Reinigung des öffentlichen Lebens sowie die Strafverfolgung von politisch Belasteten. Hier zeigt sich eine Legitimation, beispielsweise in der rechtlichen Auseinandersetzung und Ahndung, die auf Grundlage des Strafrechts durch Sondergesetze und speziellen Organen realisiert wurde.[50]

Der Terminus politische Säuberungen wird in Beziehung mit diesem historischen Ereignis als Mittel zum Aufbau und zur Abrechnung genutzt. Aufbau wird hier im Sinne der Etablierung einer demokratischen Gesellschaft verstanden, die wiederum eine Abrechnung mit dem alten System brauchte, damit die Demokratie „wiederauferstehen“ konnte. Man nutzt diesen Begriff hier, um den Umgang mit einem totalitären, demokratiefeindlichen, terrorgeleiteten Regime und einer davon infizierten Gesellschaft zu beschreiben. Politische Säuberungen waren Legitimation und zugleich Umsetzung politischer Ideen und ist somit auch hier als Machtinstrument zu werten. In diesem Beispiel wurden die politischen Säuberungen als solche aus zeitgenössischer[51] und aus gegenwärtiger Perspektive bezeichnet, was einen spezifischen Umgang mit dem Begriff voraussetzt. Der Ausdruck wird hier sozusagen entkriminalisiert und durch demokratische Zielsetzung und die Notwendigkeit, den Faschismus und Nationalsozialismus zu bekämpfen, legitimiert. Der Terminus steht zwar im Zusammenhang mit einem totalitären Regime, das diesen Begriff und die Idee dahinter selbst benutzt hat, während der Entnazifierung wurde er jedoch dazu genutzt, genau dieses in seiner

[49] Vgl. Vollnhals, 1991, S. 8.
[50] Vgl. Henke, Klaus-Dietmar/Woller, Hans: Einleitung, in: Henke, Klaus-Dietmar (Hg.): Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg, München: Dt. Taschenbuch-Verlag, 1991, S.10 ff.
[51] Vgl. Haas, Gerhard/Simon, Franz: Die Denazifizierung. Gesetz und Verfahren, Heidelberg: Adolf Rausch Verlag, 1946, S.7.

Vollständigkeit beseitigen zu wollen. Der Umgang mit der Bezeichnung politischer Säuberungen ist also genauso abhängig von dem historischen Umfeld als der Begriff selbst.

Die Historie des Begriffs politische Säuberungen wurde an zwei Beispielen dargelegt, es braucht nun eine begriffliche Abgrenzung zur ethnischen Säuberung. Der Terminus ethnische Säuberung trat erstmals im Mai 1992 bezüglich der ersten Phase des Bosnienkriegs auf. Der Ausdruck wurde benutzt, um serbische Angriffe auf bosnische Muslime und deren Vertreibung aus ihren Heimatgebieten zu beschreiben. Diese Vertreibung diente der Aussiedlung der Muslime aus großen Teilgebieten des bosnischen Gebietes.[52]Der Begriff wurde fortgehend in Presseberichtserstattungen über den Krieg in Jugoslawien benutzt, wodurch auch serbische Angriffe gegen Kroaten oder Konflikte zwischen Kroaten und Serben als ethnische Säuberung bezeichnet wurden. Kontrovers ist der Begriff dann zu werten, wenn er als Euphemismus für Genozid dient, wobei es hier enge Verflechtungen zwischen den Begrifflichkeiten und ihrer Realisierung gibt.[53] Ausschluss darüber, was unter ethnischer Säuberung allgemein zu verstehen ist, ergibt sich aus der Definition der UNO und dem Internationalen Gerichtshof. Demnach liegt eine ethnische Säuberung vor, wenn eine dauerhafte Zwangsaussiedlung vorliegt, die systematisch organisiert und mit Gewalt verbunden ist. Diese Vertreibung betrifft eine Gruppe von Menschen, die durch ihre Ethnizität oder ihrer Nationalität definiert wird.[54]Im ausgehenden und fortführenden 20. Jahrhundert gewann der Begriff und die damit verbundenen Ereignisse an Intensität, wobei die Grundidee aus dem Nationalismus und somit aus dem Ende des 19. Jahrhundert stammt. Hierbei spielt die Idee und das Konzept der Nationalstaaten eine große Rolle. Diese beinhalten in ihrer Denkweise und ihrer ideologischen Basis ethnische und somit politische Exklusivität.[55]Diese grundlegende Charakteristik zeigt sich in verschiedenen ethnischen Säuberungen über die Zeit hinweg bis heute, in der Nationalstaaten als Träger der absoluten Moral auftreten und ihre Nation von vermeintlichen Feinden säubern, um die ideologische, wirtschaftliche und militärische Macht zu vergrößern.[56] Zwar sind auch ethnische Säuberungen historisch begründet, sie grenzen sich jedoch insofern von politischen Säuberungen ab, da die

[52] Vgl. Naimark, Norman M.: Flammender Haß. Ethnische Säuberung im 20. Jahrhundert, München: Beck, 2004, S. 10 f.
[53] Vgl. Naimark, Norman M: Das Problem der ethnischen Säuberung im modernen Europa, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung, v.48, Nr.3, 1999, S.317-349
[54] Vgl. Ther, Philipp: Die dunkle Seite der Nationalstaaten. Ethnische Säuberungen im modernen Europa, Göttingen: Vandenhoeck Ruprecht, 2011, S. 20.
[55] Vgl. Naimark, 1999, S. 318 f.
[56] Vgl. Mann, Michael: The dark side of democracy. Explaining ethnic cleansing, Cambridge: Cambridge Univ. Press, 2006, S. 350 f.

Idee des Machtgewinns, Machterhalts oder Machtrückgewinnung nicht zentriert wird, beziehungsweise sich auf die geopolitische Sachlage konzentriert. Auch geht es primär nicht um das Errichten eines politischen Systems oder die Reinigung eines solchen. Ethnische Säuberungen grenzen den Kreis der Betroffenen durch deren Ethnie ein, politische Säuberungen lassen sich nicht durch die Wahl der Opfer definieren. Durch die Schlüsselbegriffe ethnisch und politisch trennen sich diese Säuberungen und bilden eigene Konzepte, die jedoch Berührungspunkte aufweisen.

Nach dieser Sachanalyse gilt es nun, die Ergebnisse und Erkenntnisse zusammenzufügen. Eine politische Säuberung liegt demnach vor, wenn eine Gruppe von Menschen aus einer Partei, aus der Gesellschaft oder sogar aus einem Land beseitigt oder entfernt wird. Diese Maßnahmen können von einem bloßen Ausschluss aus einer Partei oder einer Gemeinschaft bis hin zu einer Tötung reichen. Dazwischen liegen Verfolgungen, Verhaftungen, Haftstrafen, aber auch Entlassungen, Degradierungen und das öffentliche Stigmatisieren. Die politischen Säuberungen können also sozusagen aus einem Pool an Mitteln und Maßnahmen greifen. Der Aspekt der Gewalt spielt hier insofern eine Rolle, dass politische Morde und gewaltsame Deportation erzwungen werden können. Verfolgung und Vertreibung als Mittel des Terrors sind in den politischen Säuberungen ebenso vorzufinden.

Die Säuberung betrifft insofern eine Gruppe von Menschen, nicht ein Individuum, da es um eine systematische und flächendeckende Beseitigung geht. Anders als bei der ethnischen Säuberung ist diese Gruppe nicht ethnisch oder durch ihre Nationalität festgelegt. Vor allem politische Feinde oder Gegner des vorherrschenden oder angestrebten Systems gelten als potentielle Gefahr, wodurch eine politische Säuberung legitimiert wird. Dadurch werden politische Säuberungen zum einen als Mittel der Propaganda und der eigenen Machtdemonstration als auch als Zeichen pädagogischer (Um-)Erziehung benutzt. Diese Art der Umerziehung und dieser Art des Machtausdrucks können als Zielrichtungen politischer Säuberungen gewertet werden. Weitere Ziele konzentrieren und zentrieren den Aspekt der Macht, der mit der Idee des Umbruches einhergeht. Ein Umbruch beinhaltet den Um- oder Aufbau neuer politischer Systeme, die den Austausch alter Eliten und die Neubesetzung dieser Schlüsselstellen benötigen, um mit dem alten System zu brechen. Betrachtet man zusätzlich die aufgeführten historischen Beispiele, entsteht eine Relation zwischen Revolution und Säuberung. Revolutionen als Auslöser gesellschaftlicher und politischer Umbrüche können Nährboden von Säuberungen sein, die wiederum die Revolutionen brauchen, um eine veränderte Ausgangslage zu erhalten. Erst durch Veränderungen und Umbrüche können die

Machtverhältnisse umschlagen. Politische Säuberungen dienen und zielen also auf Machterhalt, Machtgewinn oder Machtvergrößerung. Weitere Ziele sind somit der Bruch mit einem vorherigen politischen System, dem Neuaufbau gesellschaftlicher und politischer Strukturen sowie der Prävention, die dann auftritt, wenn potentielle politische Feinde beseitigt werden. Politische Säuberungen treten in ihrer Ziel- und Umsetzung stets als Machtinstrument auf.

Die Rollen der Legitimation und der Legalität sind besonders dann als ambivalent zu bewerten, wenn die Justiz als Mittel politischer Säuberungen betrachtet wird. Zwar benutzte die Stalinsche Regierung durch Gerichtsprozesse vorgeblich gesetzmäßige Mittel, um den Schein der Legalität zu wahren, die Gesetzmäßigkeit dieser Maßnahmen war jedoch nicht gegeben. Diese Tatsache geht mit der Erkenntnis einher, dass politische Säuberung vorrangig als politisches Machtinstrument auftreten und daher die Justiz als politisches Organ nutzen, um die eigentlichen Ziele zu verfolgen. Die Entnazifierung zeigt wiederum legale justitielle Mittel in Form von Sonderorganen wie dem Spruchkammersystem. Dieses wurde bei politischen, bürokratischen und justitiellen Säuberungen verwendet. Auch wenn diese Maßnahmen durch Gesetzmäßigkeit erhoben wurde, war sie dennoch ein eigens entwickeltes Mittel der justitiellen Aufarbeitung und dadurch ein Machtinstrument der Alliierten. Die Justiz, egal, ob sie nun missbraucht oder einfach nur umgeformt wurde, war also auch immer Ausdruck von Macht.

Schließlich muss eine Beziehung zwischen politischer Säuberung und Demokratie konstruiert werden. So wurden Säuberungen als politisches Machtinstrument dazu genutzt, die Demokratie vehement zu schwächen. Bei den Stalinschen Säuberungen spielt die Demokratie eine untergeordnete Rolle, da das Regime der Sowjetunion eine demokratische Ordnung nie als Ziel hatte. Dadurch und durch den Miteinbezug des Nationalsozialismus zeigt sich, dass sich politische Säuberungen vor allem auch in totalitären Regimen wiederfinden. Während der Entnazifierung war die Demokratisierung ein Leitgedanke, wodurch Säuberungen zu einem Neuanfang und einem demokratischen Beginn für West-Deutschland führen sollte. Aus dieser Betrachtung ergibt sich die Ambivalenz, die die Beziehung zwischen politischer Säuberung und Demokratie umgibt und bedingt. Letztendlich ist der Begriff politische Säuberung historisch beladen und historisch beeinflusst, was sich an verschiedenen Beispielen zeigen lässt. Diese aufgeführten Beispiele ergeben eine Art Liste, die jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit hat und auch nicht als Gesamtdarstellung fungiert, da hier eine

ausschließlich europäische Perspektive eingenommen wurde. In dieser Tradition lassen sich die Badische Revolution 1848/49 und deren politische Auswirkungen in dieses Feld einreihen.

3. Didaktische Relevanz und Voraussetzungen für Sinnentnahme und Sinnverstehen

Nachdem eine Definition für politische Säuberungen erarbeitet wurde, stellt sich die Frage nach dem didaktischen Nutzen und dem Mehrwert, den Lernende mit der Beschäftigung dieses Themenkomplexes erhalten können. Diese Relevanz ergibt sich zunächst aus der Betrachtung des Geschichtsbewusstseins nach Pandel und aus den Aspekten der Identität und der Orientierung.

Tritt das Geschichtsbewusstsein nach Hans-Jürgen Pandel in den Blick, so können in Bezug auf die politischen Säuberungen besonders die Ebenen des politischen und des moralischen Bewusstseins herangezogen werden. Die politische Dimension[57] der Säuberungen zeigt sich in der Erkenntnis, dass mit Säuberungen Veränderungen und Eingriffe in eine bestehende Machtstruktur vorgenommen werden konnten. Zentraler Erkenntnisgewinn zeigt sich in der Ergründung der vorangehenden Ereignisse und der Ziele der politischen Säuberungen. Die Fragen, was mit den Maßnahmen verfolgt wurde und wie diese gestaltet waren, sind Eckpunkte eines politisch-historischen Gesamtkonstrukts. Besonders der Aspekt der Demokratie kann hier interessant sein, wenn man deren Rolle aus verschiedenen Perspektiven betrachtet. Auf diesen Aspekt wird im Kapitel vier ausführlich eingegangen, wodurch es an dieser Stelle keine Konkretisierung bedarf. Grundlegende Fragen in diesem Zusammenhang zeigen sich jedoch im Folgenden: Gefährdet eine politische Säuberung die Demokratie? Setzt sie deren Machtinstrumente außer Kraft oder kann sie als solches instrumentalisiert werden? Tritt sie ausschließlich als Gefahr auf oder kann sie als Möglichkeit gesehen werden, demokratische Systeme zu etablieren? Politische Säuberungen als Mittel des Umbruchs und Mittel der Fortbewegung politischer Systeme sind ebenso zu berücksichtigen wie politische Säuberungen als Instrument der Machtgewinnung und des Machterhalts. Die moralische Dimension[58] der politischen Säuberung zeigt sich in deren Bewertung. Ist eine politische Säuberung stets als moralisch verwerflich zu betrachten oder kann sie sogar als notwendig eingestuft werden, um neue funktionierende und friedvolle Systeme zu entwickeln?

[57] Vgl. Pandel, Hans-Jürgen: Geschichtsdidaktik. Eine Theorie für die Praxis, Schwalbach/Ts: Wochenschau-Verlag, 2017, S. 145 f.
[58] Vgl. ebd., S.148.

Hierbei spielt nicht nur die gegenwärtige Standortbestimmung – definiert durch gegenwärtige Moral- und Normenvorstellungen – eine Rolle; auch die mögliche multiperspektive Sicht der Zeitgenossen muss in dieser Beurteilung hinzugezogen werden.

Relevanz für die Betrachtung der politischen Dimension findet sich auch in Jörn Rüsens Vorstellung über das Geschichtsbewusstsein, das für ihn gleich „Sinnbildung über Zeiterfahrung“[59] ist, wodurch die Zeitebenen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in einer unmittelbaren Beziehung zueinanderstehen. Das Geschichtsbewusstsein ermöglicht dem Lernenden, sich in der Zeit zurecht zu finden, sich zu orientieren und identifizieren, in dem der Lernende historische Erfahrungen auf seine gegenwärtige Situation bezieht. Durch diese Möglichkeit kann der sich in der Zeit Orientierende eine historische Identität entwickeln. [60] Diese beinhaltet die Idee, dass der in der Gegenwart Lebende sich mit historischen Prozessen, Personen oder Gruppen identifiziert. Die historische Identität ist unmittelbarer Teil der Ich-Identität und gibt dem Lernenden ein Bewusstsein für seine (historische) Zugehörigkeit, wodurch er sein Selbstverständnis, Selbst-Bewusstsein und seine Werte orientieren und einordnen kann.[61] Die Auseinandersetzung mit politischen Säuberungen aus der Vergangenheit hilft bei der Betrachtung heutiger Säuberungen, wenn diese als solche erkannt, identifiziert, kategorisiert und abgrenzt werden. Politische Säuberungen helfen somit der Orientierung in der Gegenwart, geben Handlungsverläufe und Handlungsmöglichkeiten vor, ermöglichen einer sinnstiftende Vorstellung über Zeit, Macht und Veränderung, wenn politische Säuberungen in ihrem Ganzen, als Teil eines Gesamtbildes und als Prozess wahrgenommen werden. Durch die Gegenwartsorientierung ergibt sich die Möglichkeit, die eigene historische Identität kritisch zu prüfen. Da die Gegenwart geworden und historisch bedingt ist, spielen politische Säuberungen aus der Geschichte dann eine Rolle, wenn ihre Auswirkungen auf fortlaufende Ereignisse und somit auf den historischen Prozess betrachtet werden.

Nachdem die didaktische Relevanz des Themas ergründet wurde, müssen Vorrausetzungen geschaffen werden, um politische Säuberungen didaktisch aufzubereiten. Hierbei spielen die Aspekte Problemorientierung, Multiperspektivität, Personifizierung und Transfer eine wichtige Rolle für das didaktisches Konzept.

---

[59] Rüsen, Jörn: Historische Orientierung. Über die Arbeit des Geschichtsbewußtseins, sich in der Zeit zurechtzufinden, Schwalbach/Ts: Wochenschau-Verlag, 2008, S. 16.
[60] Vgl. ebd., S.20.
[61] Vgl. Bergmann, Klaus: Identität, in: Bergmann, Klaus/Fröhlich, Klaus/Kuhn, Annette/Rüsen, Jörn/Schneider (Hg.), Gerhard: Handbuch der Geschichtsdidaktik, Seelze-Velber: Kallmeyersche Verlagsbuchhandlung, 1997, S.23.

Die Problemorientierung schließt an die vorhergegangen Erläuterungen des historischen Identitätsbewusstseins an. Arbeitet man problemorientiert, soll die historische Identität bewusst gemacht werden, in dem die eigene Historizität in der eigenen Lebenswelt erkenntlich gemacht wird. Probleme, Fragen und Bezugsfelder der Gegenwart sind unmittelbar von der Vergangenheit betroffen und bestimmt, so dass der Lernende ein eigenes Verhältnis zur Vergangenheit und zur Geschichte entwickeln soll. Ziel einer Problemorientierung sollte ein, dass Lernende dazu befähigt werden, in Auseinandersetzungen mit historischen Problemen zu treten, um einen gegenwärtigen Nutzen daraus zu ziehen. Aus dieser Beschäftigung ergibt sich nicht nur die Reflexion der historischen Identität, auch die Mündigkeit eines Einzelnen wird angestrebt, damit dieser an der gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Wirklichkeit teilnehmen kann.[62]Beschäftigt sich ein Lernender mit politischen Säuberungen, sollte das Ziel sein, die Bedeutsamkeit dessen zu fassen, in dem er sich mit Auswirkungen und dem fortlaufenden Prozess beschäftigt. Zwar soll er befähigt werden, konkrete Fragen mit gegenwärtigem Nutzen an die Vergangenheit zu stellen, er soll jedoch vor allem zu einem Problembewusstsein für politische Säuberungen angeregt werden. Durch dieses Problembewusstsein vergangener politische Säuberungen wird er fähig, geschichtliche und gegenwärtige Ereignisse zu fassen, zu strukturieren und einzuordnen.[63] Die eigene Beziehung zur Vergangenheit und das Problembewusstsein in Bezug auf politische Säuberungen sind als Brücke zur Gegenwart zu sehen und können vor allem durch Betroffenheit und Empathie verwirklicht werden, was wiederum durch Personifizierung erreicht werden kann.

Im Fokus der Personifizierung steht die Darstellung von handelnden und leidenden Vertretern gesellschaftlicher Gruppierungen, die nie losgelöst von ihren Herrschafts- und Machtverhältnissen betrachtet werden dürfen.[64]Hierbei wird mit einem Typus gearbeitet, der wiederum repräsentativ für seine Gruppe ist.[65]Dieser Typus ergibt sich aus der Betrachtung der „Opfer“ politischer Säuberungen. Es ist nicht nur Ziel, persönliche Schicksale aufleben zu lassen, es ist ebenso wichtig, eine Rekonstruktion der Gründe und Legitimation, warum diese Gruppe der Säuberung zum Opfer fiel und die Auswirkungen, mit denen diese Gruppe von

[62] Vgl. Uffelmann, Uwe: Problemorientierter Geschichtsunterricht, in: Uffelmann, Uwe/Andrresen, Sabine/Burkard, Dieter (Hg.): Problemorientierter Geschichtsunterricht. Grundlegung Konkretion, Villingen-Schwenningen: Neckar-Verlag, 1990, S.146.
[63] Vgl. Uffelmann, Uwe: Strukturbild und Erläuterung des Problemorientierten Geschichtsunterrichts, in: Uffelmann, Uwe: Neue Beiträge zum problemorientierten Geschichtsunterricht, Idstein: Schulz-Kirchner, 1999, S. 29.
[64] Vgl. Bergmann, Klaus: Geschichtsdidaktik. Beiträge zum historischen Lernen, Schwalbach/Ts: Wochenschau-Verl., 2008, S.159.
[65] Vgl. Sauer, Michael: Geschichte unterrichten. Eine Einführung in die Didaktik und Methodik, Seelze: Klett/Kallmeyer, 2018, S. 75.

Menschen zu leben hatte, aufzugreifen und ergründen. Dieser Aspekt steht unter der Idee der normativen Triftigkeit, die die Zustimmung der Lernenden voraussetzen soll, in dem ein Ereignis, hier die politischen Säuberungen, aus der Perspektive der Betroffenen betrachtet wird, wodurch ein unmittelbarer Zusammenhang von gegenwärtigem Interesse und vergangenen Ereignissen durch Betroffenheit und Emotionalisierung gewährleistet werden kann.[66]

Damit aus der Personifizierung keine Monoperspektive und somit eine einseitige und verfälschte Sicht auf die politischen Säuberungen folgt, braucht es Multiperspektivität. Dadurch kann ein historischer Prozess, hier die politischen Säuberungen, aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet werden, wodurch das Angebot an Deutung und Orientierung vergrößert wird. Das ergibt sich dadurch, dass Zeitgenossen die Ereignisse stets verschieden wahrgenommen haben, was sich aufgrund verschiedener Situationen, Interessen oder Mentalitäten ergeben hat. Durch die Perspektivübernahme kann ein Bildungsprozess angestrebt werden, der verschiedene Denkweisen, Werte, Normen, Ziele und Interessen von Zeitgenossen offenlegt.[67] Der Lernende muss erkennen, dass auch politische Säuberung perspektivisch sind und diese Sichtweisen letztendlich gebunden sind an Weltbilder, politischen Zielen und potentiellen gesellschaftlichen Auswirkungen. So sollten politische Säuberungen nicht nur aus der Sicht der Opfer, sondern auch aus der Sicht der Vollstrecker gesehen werden, um alle Beteiligten miteinzuschließen. Erst dann ist ein Gesamtbild der politischen Säuberungen möglich.

Der letzte Aspekt des didaktischen Konzepts zeigt sich im Transfer, der helfen soll, Zusammenhänge herzustellen und sichtbar zu machen. Transferwissen meint auch Übertragung, wodurch der Lerngegenstand nicht fremd bleibt, da er in einem größeren inhaltlichen Rahmen eingebettet ist.[68] Hier ist es zentral, dass die politischen Säuberungen nicht als singuläres Ereignis in der Geschichte wahrgenommen werden. Es ist das Ziel, politische Säuberungen in ihrer Vielfalt und ihrer Wiederkehr zu betrachten, wodurch Kontinuität, Veränderung und Entwicklung Dimensionen einer sinnstiftenden Erkenntnis darstellen. Die

---

[66] Vgl. Trautwein, Ulrich/Bertram, Christiane/Borries, Bodo von/Brauch, Nicola/Hirsch, Matthias/Schröter, Kathrin/Körber, Andreas/Kühberger, Christoph/Meyer-Hamme, Johannes/Merkt, Martin/Neureiter, Herbert/Schwan, Stephan, Schreiber, Waldtraud/Wagner, Wolfgang/Waldis, Monika/Werner, Michael/Ziegler, Béatrice/Zuckowski, Andreas: Kompetenzen historischen Denkens erfassen. Konzeption, Operationalisierung und Befunde des Projekts „Historical Thinking – Competencies in History“ (HiTCH), Münster/New York: Waxmann Verlag, 2017, S.24.

[67] Vgl. Bergman; Klaus: Multiperspektivität. Geschichte selber denken, Schwalbach/Ts: Wochenschau-Verl., 2016, S. 33 ff.

[68] Vgl. Schneider, Gerhard: Transfer. Ein Versuch über das Anwenden und Behalten von Geschichtswissen, Schwalbach/Ts: Wochenschau-Verl, 2009, S. 50 f.

Weiterwirkung, die Fortdauer und Stetigkeit sowie den Wandel und die Neuerung politischer Säuberungen gilt es vor allem im Zuge eines historischen Längsschnitts zu ergründen.

3.1 Historischer Längsschnitt als didaktische Konsequenz

Ausgehend vom Gedanken des Transfers und dem dazugehörigen Transferwissens ist der historische Längsschnitt als diachrones Verfahren die notwendige Konsequenz des erarbeiteten didaktischen Konzepts. Hierbei werden die politischen Säuberungen als ausgewählter Aspekt über einen längeren Zeitraum der Historie betrachtet und untersucht. Veränderungen und Kontinuität regen nicht nur das Problembewusstsein an, diese Konzentration auf einen thematischen Aspekt führt zu einer stärkeren Vertiefung, Konnektivität und historischer Sinnbildung.[69] Gleichzeitig schafft dieses Verfahren Orientierung in der Zeit, in dem historische Ursprünge und Spuren gegenwärtiger Probleme oder Phänomene verfolgt werden, wodurch ein Gegenwartsbezug unverzichtbar ist. Der Bezug der drei Zeitebenen soll sichtbar gemacht werden.[70] Der historische Längsschnitt bietet verschiedene Zielformulierungen, wie das Sichtbarmachen von Veränderbarkeit im Sinne der Geschichtlichkeit und des Gewordenseins, das Erarbeiten von Strategien und Bedingungen solcher Veränderungen oder die Unterscheidung zwischen schnellem, plötzlichen und beharrlichem, dauerhaften Wandel. Wichtig ist hier, zu erkennen, dass sich politische Säuberungen im Laufe der Zeit verändert haben, was bedeutet, dass die Veränderungen an sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Bedingungen gekoppelt sind.[71] Die Fragen, die sich hier stellen, sind: Wie wurden politische Säuberungen unter den jeweiligen Voraussetzungen durchgeführt, legitimiert und öffentlich wahrgenommen? Welche Auswirkungen lösten sie aus? Es ist zentral, die Problemkonstanten und deren Wandel und Anpassung an ihre jeweilige gesellschaftliche und politische Grundlage zu untersuchen. Gleichzeitig braucht es für die Beantwortung dieser Fragen multiperspektives Arbeiten.

Die politischen Säuberungen dürfen jedoch nicht nur singulär betrachtet werden, sondern als Kette von Ereignissen, um zu ergründen, wie heutige Verhältnisse entstanden sind. Dafür benötigt man als „Ende“ der Kette den unmittelbaren Gegenwartsbezug, der die Zeitebenen

[69] Vgl. Sauer, 2018, S. 47.
[70] Vgl. Günther-Arndt, Hilke: Strukturierungskonzepte, in: Günther-Arndt, Hilke/Zülsdorf-Kersting, Meik (Hg.): Geschichts-Didaktik, Berlin: Cornelsen Scriptor, 2018, S. 168.
[71] Vgl. Schmid, Heinz-Dieter: Verfahrensweisen im Geschichtsunterricht, in: Rohlfes, Joachim (Hg.): Geschichtsunterricht. Inhalte, Ziele; Arbeitsergebnisse zweier Kommissionen, Stuttgart: Klett, 1976, S.55.

vereint und somit als fundamentale Kategorie und als Status quo des Wandels angesehen werden kann.[72]

Durch den Gegenwartsbezug wird dem Lernenden ermöglicht, sich durch historische Handlungsdispositionen in der Gegenwart zu orientieren. Gleichzeitig schafft die Gegenwartsorientierung eine Anbindung an die politische und gesellschaftliche Lebenswelt der Lernenden, wodurch die Relevanz der politischen Säuberungen steigt und legitimiert wird.[73] Schließlich geht es auch darum, wie, wo und wann politische Säuberungen als Begriff benutzt werden. Hierbei sollen internationale und europäische Beispiele genutzt werden, um den gegenwärtigen Gebrauch dieses Terminus offenzulegen. Hierbei soll kein Prozess oder Entwicklungszusammenhang zwischen vergangenen und gegenwärtigen Säuberungen gezogen werden, vielmehr sollen die Gemeinsamkeiten und Parallelen, dadurch wiederkehrende Muster und Konzepte aufgezeigt werden.[74]

Politische Säuberungen als Begriff und als Idee treten auch heute noch auf, wenn beispielsweise die Wortwahl der rechtspopulistischen Partei AfD betrachtet wird. Hierbei werden Säuberungen durch Aussagen wie „politische Säuberung pur!“[75] in Bezug auf die Entlassung eines AfD-zugehörigen Lehrers entweder direkt benannt oder indirekt durch Botschaften von Alexander Gauland wie, dass das politische System im Sinne des Parteiensystems“ weg müsse und dadurch „die Parteien, die uns regieren“[76]. Auch die Entlassungen von Richtern in Polen[77], Säuberungen des Kulturbereiches in Ungarn[78] und die personellen Konsequenzen des politischen Sieges von Jair Bolsonaro in Brasilien[79] sind also solche einzustufen. Explizite Ausführungen dieser Beispiele sind im Anhang vorzufinden.

---

[72] Vgl. Rohlfes, Joachim: Geschichte und ihre Didaktik, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2010, S. 237.
[73] Vgl. Pandel, 2017, S.333.
[74] Vgl. ebd.
[75] Christian Lüth zit n. Vgl. Neuerer, Dietmar: „Politische Säuberung pur!“ (Stand 2016), https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/afd-empoert-ueber-lehrer-entlassung-politische-saeuberung-pur/14803204.html?ticket=ST-7891208-pDtbm696D5iOmbWdr5PF-ap1 [13.08.2019]
[76] Alexander Gauland zit. n. Kohler, Berthold: Früher nannte man das Säuberung (Stand 2018), https://www.faz.net/aktuell/politik/afd-phantasien-von-alexander-gauland-man-nannte-es-saeuberung-15773410.html [13.08.2019]
[77] Vgl. o.A.: Proteste gegen Zwangsruhestand von Richter (Stand 2019), https://www.tagesschau.de/ausland/polen-justiz-105.html [13.08.2019]
[78] Vgl. Frank, Michael: Die große Säuberung. „Landesverräter, Juden und Schwuchteln“: Die nationalistische Regierung in Ungarn besetzt alle Schlüsselstellen an Museen, Opern und Universitäten mit parteitreuen Leuten (Stand 2011), https://www.sueddeutsche.de/kultur/sorge-um-ungarns-kulturbetrieb-die-grosse-saeuberung-1.1050415-0 [13.08.2019]
[79] Vgl. o.A.: Regierung kündigt ideologische „Säuberungen“ der Ministerien an (Stand 2019), https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/brasilien-bolsonaro-kuendigt-ideologische-saeuberung-der-ministerien-an-15971367.html [13.08.2019]

3.2 Längsschnittstationen und Ziele

Als historische Stationen können folgende Ereignisse für den Längsschnitt genutzt werden: die Badische Revolution 1848/49, die Novemberrevolution von 1918/19, die Entnazifizierung und als Gegenwartsbezug die politischen Säuberungen im Zuge des Putsches 2016 in der Türkei. Hieraus ergeben sich das übergeordnete Ziel, diese Ereignisse so in Verbindung zu bringen, dass sie als Kategorie „politische Säuberung“ eingestuft und in einer Gesamtbetrachtung als Kette wahrgenommen werden können. Dafür braucht es die Teilziele Notwendigkeit, Legitimation, Zielsetzung und Auswirkung. Aus diesen Aspekten lassen sich folgende Leitfragen entwickeln: Inwiefern war eine politische Säuberung unter den politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen notwendig oder sogar sinnvoll? Wäre sie aus heutiger Sicht mit heutigen Normen und Werten ebenso als unausweichlich oder sogar vermeidbar einzustufen? Wie wurden die politischen Säuberungen legitimiert und rechtlich begründet? Was war das vorgebliche und was das eigentliche Ziel der Maßnahmen? Welche Auswirkungen folgten auf die politischen Säuberungen und hätte es alternative Handlungsmöglichkeiten gegeben? Diese Fragen gilt es in dieser Arbeit für die politischen Säuberungen der Badischen Revolution zu beantworten. Der angestrebte Längsschnitt jedoch kann in Form dieser Arbeit nicht vorgenommen werden aufgrund der geforderten Kürze, wodurch der Längsschnitt ein Ziel bleibt, das es noch zu verfolgen gilt, aber in Teilen in dieser Arbeit realisiert wird.

3.3 Notwendigkeit eines transdisziplinären Ansatzes

In diesem Unterkapitel soll nicht nur die Wichtigkeit eines transdisziplinären Arbeitens gezeigt werden und was für allgemein didaktischer Nutzen dieser hat, gleichzeitig soll dadurch eine Brücke geschlagen werden zum nächsten Kapitel, das die Demokratieförderung in Fokus nimmt. Daraus ergibt sich bereits vorwegnehmend, dass die Transdisziplinarität nicht nur in ihrem didaktischen, sondern auch in ihrem demokratiefördernden Ansatz betrachtet wird.

Eine Zusammenarbeit von politischer und historischer Bildung ist daher nötig, da ohne den Rückgriff auf die Vergangenheit Nachvollziehen, Rekonstruieren, Zusammenfügen und dadurch letztendlich Verstehen politischer und demokratischer Strukturen nicht möglich wäre. Das kann daran belegt werden, dass politische Schlüsselbegriffe wie Demokratie, Macht, Revolution, Herrschaft, Frieden oder Krieg historisch beladen und historisch bedingt sind. Auch heutige Machtverhältnisse, politische Systeme oder gesellschaftliche

Entwicklungen sind historisch entstanden und finden ihren Ausgangspunkt oder den Kern ihrer Ursache in der Vergangenheit wieder.[80] Ein heutiges politisches Problem oder eine heutige politische Entwicklung kann daher historische Ursachen aufzeigen oder historische Strukturen oder Parallelen aufweisen, hier spricht man jeweils vom Ursachen- bzw. dem Sinnzusammenhang,[81] wodurch verdeutlicht werden kann, dass Geschichte einen gegenwärtigen Charakter hat und somit ebenso einen Teil zur politischen Bildung und dementsprechend zur Demokratiebildung leisten kann wie die Politische Bildung.[82]

Politisches wie geschichtliches wissenschaftliches Arbeiten weisen zwar Spezifizität in Form von unterschiedlichen Arbeitsmethoden, Zugriffe und Denk- und Erkenntnisformen auf, eine Zusammenarbeit kann dadurch jedoch nicht ausgeschlossen werden. Schließlich ist es die Aufgabe, Verbindungsstücke zu schaffen, was sich zum in der Orientierungskompetenz von geschichtlicher und politischer Bildung als auch im Transferdenken zeigt. Besonders bei der Betrachtung der historischen Orientierungskompetenz zeigt sich der Nutzen und die Funktion von Geschichte für einen Lernenden im Heute, denn durch die Orientierungskompetenz nimmt Geschichte Einfluss auf die Gegenwart.[83]Ziel ist es hier, den Lernenden Vorteile der Demokratie zu veranschaulichen, da die politischen Säuberungen nach der Badischen Revolution nicht in einem demokratischen System geschehen sind. Lernenden sollen sich bewusst werden, dass demokratische Systeme den Bürger in seinen Rechten und Freiheiten schützen, anti-demokratische System jedoch nicht.

Die Idee des Transfers bietet die Möglichkeit, begrifflich-kategoriales Wissen zu erhalten, wodurch die Zusammenarbeit von geschichtlicher und politischer Bildung weiter betont wird. Dieser spezifische Transfer meint das Erörtern eines Begriffes und das Erkennen von dessen Veränderungen. Durch die Wiederaufnahme des Begriffes, hier das Beispiel politische Säuberung, gelingt eine vertiefende und verfeinerte Klärung dieser Begrifflichkeit.[84] Letztendlich ist das Ziel, die Erkenntnisse aus den politischen Säuberungen nach der

[80] Vgl. Hellmuth, Thomas/ Klepp, Cornelia: Politische Bildung. Geschichte – Modelle – Praxisbeispiele, Wien: Böhlau, 2010, S.124.
[81] Vgl. Bergmann, Klaus: Der Gegenwartsbezug im Geschichtsunterricht, Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verl., 2012, S.34.
[82] Der Ursachenzusammenhang verweist auf historische Prozesse, die gegenwärtige (politische) Probleme und Ereignisse begründen und verursachten. Der Sinnzusammenhang wiederum thematisiert das Wieder-Auftreten von historischen oder universalen Problemen, Ereignissen, Strukturen oder gesellschaftliche Ereignisse in der Gegenwart, siehe dazu Bergmann, 2012, S.34 ff.
[83] Vgl. Kühberger, Christoph: Kompetenzorientiertes historisches und politisches Lernen. Methodische und didaktische Annäherungen für Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung, Innsbruck/Wien/Bozen: StudienVerlag, 2015, S. 123.
[84] Vgl. Schneider, 2009, S.17 f.

Badischen Revolution auf konkrete Situationen in der heutigen Politik und im Zeitgeschehen zu übertragen.

Kategoriales Wissen kann jedoch nicht die einzige Grundlage für die Zusammenarbeit darstellen, für Joachim Rohlfes und Karl-Ernst Jeismann ist der Kontinuitätszusammenhang ein genauso wichtiger Bestandteil, der sich darin äußert, dass die Vergangenheit als Vor-Geschichte der Gegenwart gewertet werden kann. Die Gegenwart müsste demnach als Teil eines Ganzen betrachtet und somit in einem sinnstiftenden Zeitzusammenhang durch einen historischen Längsschnitt und durch einen Gegenwartsbezug gesetzt werden. Gegenwärtige politische Phänomene erhalten dadurch historische Bedingtheit.[85] [86] Dieser gegenwärtige Bezug zeigt Jochen Huhn in der Chance, historischen Lernen zu nutzen, um die Ich-Identität von einem Lernenden auszubilden, wobei es dafür eine Ausrichtung auf die Vergangenheit sowie auf heute braucht. Historisches Lernen als Erkenntnis und als Instrument der Ich-Bildung, kann dazu beitragen, die eigene Identität sowie gegenwärtige und historische Identifikationsangebote zu überprüfen und zu reflektieren.[87]Auch hier ist das Ziel, dass der Lernende durch eine Auseinandersetzung mit vergangenen politischen Säuberungen, mit sich selbst und seiner Umwelt, sich letztendlich bewusst für die Demokratie als Lebens- und Herrschaftsform entscheidet. Er braucht dafür Selbstwahrnehmung und Empathie.

Aus dieser Betrachtung folgt die Konsequenz, dass Demokratieförderung auch immer transdisziplinär und gegenwartsorientiert ist und durch Orientierungskompetenz und Transferleistung innerhalb eines historischen Längsschnittes gestärkt werden kann.

4. Demokratieförderung

Die gegenwärtige Demokratie ist verschiedenen Problemen, Herausforderungen und Gefahren ausgesetzt. Durch Kriege, Terror, Migration, Pluralismus und dem politischen Rechtsruck in Teilen der europäischen Politik zeigte sich, dass die Demokratie kein festes,

[85] Vgl. Rohlfes, Joachim: Gegenwartsgeschehen als Gegenstand des historischen und politischen Unterrichts, in: Schörken, Rolf (Hg.): Zur Zusammenarbeit von Geschichts- und Politikunterricht, Stuttgart: Klett, 1978, S. 205.

[86] Jeismann fügt als weitere Grundlagen hinzu, dass die Geschichte ihre eigene Didaktik durch diese Zusammenarbeit nicht verlieren darf. Sie versteht sich zwar als Vor-Geschichte der Gegenwart, sie dient jedoch nicht nur der historischen Dimension von politischen Themen. Vgl. Jeismann, Karl-Ernst: Historischer und politischer Unterricht. Bedingungen und Möglichkeiten curricularer und praktischer Koordination, in: Schörken, Rolf (Hg.): Zur Zusammenarbeit von Geschichts- und Politikunterricht, Stuttgart: Klett, 1978, S. 21; 49 ff.

[87] Vgl. Huhn, Jochen: Historisches Lernen als Erfahrung. Ein Beitrag des Geschichtsunterrichts zur politischen Bildung, in: Schörken, Rolf (Hg.): Zur Zusammenarbeit von Geschichts- und Politikunterricht, Stuttgart: Klett, 1978, S. 339 f.

gestandenes Abbild gesellschaftlicher Ordnungen zeigt, sondern als Konstrukt auftritt, das veränderbar und angreifbar ist. Durch eine zunehmende Globalisierung und einsetzende Individualisierung der Gesellschaft werden scheinbar feste demokratische Grundwerte in Frage gestellt oder aus ihrem Ursprung herausgedrängt, wodurch die demokratische Wertegrundlage einer Anpassung und Neuordnung bedarf. Die Demokratiebildung an sich kann jedoch als eigene Herausforderung angesehen werden, da Demokratie allein als Begriff, aber vor allem in ihrer Struktur und ihrem Auftreten ein komplexes Gebilde darstellt, das praktisch erfahr gemacht werden muss. Demokratie muss letztendlich durch eine Überzeugungskraft bestehen.

Diese grundlegenden Herausforderungen zeigen jedoch die eigentliche Relevanz der Demokratieförderung und beantworten so die Frage, warum Demokratie gefördert werden muss. Diese Relevanz hat die europäische Bildungspolitik durch verschiedene Konzepte und Initiativen und unterschiedliche wissenschaftliche Disziplinen wie die Jugendforschung, die Schulpädagogik und die allgemeine Pädagogik erkannt.[88] Da diese Arbeit in Baden-Württemberg angefertigt wird, ist es nun die Aufgabe, die passenden Rahmenbedingungen darzulegen.

Das Land Baden-Württemberg entwickelte 2019 einen Leitfaden, der die Demokratiebildung in Fokus nimmt und diese in direkter Verbindung zu schulischer Bildung setzt. Durch dessen Hilfe kann Demokratieförderung zum einen begründet werden, zum anderen werden dadurch konkrete Kompetenzfelder und Umsetzungsmöglichkeiten für Lehrkräfte dargelegt. Der Leitfaden zeigt zunächst die Relevanz von Demokratieförderung, indem auf aktuelle Handlungsfelder (Selbstbestimmung, politische Teilhabe, demokratische Kompetenzen) und Herausforderungen (Migration, Diversität, Wertepluralismus) der Demokratie eingegangen wird, gleichzeitig wird der Handlungsraum Schule fokussiert, da hier die Demokratie erprobt werden kann[89]. Des Weiteren legt der Leitfaden folgende Ziele fest: die (Re-)-Integration in rationale Diskurse, positive Selbstkonzepte und Beteiligungskompetenz, Identitätsangebote abseits von Abwertungsideologien, Sozialkompetenz und Medienkompetenz.[90]An dieser Auflistung zeigt sich die große Spannweite und das Umschließen

[88] Vgl. Himmelmann, Gerhard: Brückenschlagen zwischen Demokratiepädagogik, Demokratie-Lernen und Politischer Bildung, in: Himmelmann, Gerhard/Lange, Dirk (Hrsg.): Demokratiekompetenz. Beiträge aus Politikwissenschaft, Pädagogik und politischer Bildung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005, S.22.
[89] Vgl. Feil, Robert: Demokratiebildung. Schule für Demokratie, Demokratie für Schule (Stand 2019): https://www.schule-bw.de/themen-und-impulse/uebergreifende-erziehung/demokratieerziehung [10.09.2019], S.5 ff.
[90] Vgl. ebd., S.12 ff.

verschiedene Handlungs- und Denkdispositionen, wodurch eine ganzheitliche demokratische Bildung gelingen kann.

Weitere Kompetenzfelder umschließen die individuelle sowie zivilgesellschaftliche Ebene, indem Identität und Pluralismus, Selbstbestimmung und Autorität, Gleichwertigkeit und Solidarität sowie Interessen und Beteiligung in den Blick treten.[91] Dieser Leitfaden zeigt dadurch, dass Demokratieförderung immer die subjektive und die gesellschaftliche Perspektive einzunehmen hat. Dadurch wird festgelegt, dass Demokratie zwar eine individuelle Entscheidung und eine innere Haltung ist, sie sich aber an gesellschaftlichen, dadurch gemeinsamen Werten und Normen sowie einem gemeinsamen Zusammenleben orientiert. Durch diese Orientierung gewinnt die Demokratieförderung weiter an Relevanz, da Schüler und Schülerinnen sozialisiert werden müssen. Diese politische und gesellschaftliche Sozialisation findet – auch mithilfe des Leitfadens – explizit in der Schule als Erfahrungsort statt.

Letztendlich sind besonders die Leitprinzipien hervorzuheben, die sich in Perspektivenvielfalt und Kontroversität, eigenständige Urteilsbildung und Überwältigungsverbot, Lebensweltbezug und Handlungsorientierung, Lerngruppenorientierung und Elementarisierung, emotionale Aktivierung und Wertebasis ausdifferenzieren.[92] Diese Prinzipien gehen auf die individuelle Ebene des Schülers oder der Schülerin ein, was sich besonders in der angestrebten eigenständigen Urteilsbildung äußert, was bedeutet, dass Demokratiebildung Lernenden die Möglichkeit bietet, selbstständig Beurteilungen und Bewerten zu formulieren und zu treffen.

Nachdem die Relevanz und die ersten Möglichkeiten der Umsetzung von Demokratieförderung festgelegt wurden, ist nun zu ermitteln, was überhaupt unter dieses Bezugsfeld gehört. Demokratieförderung kann als Sammelbegriff benutzt werden, der Demokratie-Lernen, Demokratiebildung und Förderung des Demokratiebewusstseins beinhaltet. Dieses Themenfeld beinhaltet verschiedene Kompetenzbereiche, die bereits an dieser Stelle aufzuführen und unter Kapitel 4.2 weiterzuführen sind. So ergibt sich Demokratie-Lernen aus drei Kompetenzbereichen: kognitive, prozedurale und habituelle Kompetenzen. In den kognitiven Kompetenzen findet sich das Wissen um Strukturen und Prozesse innerhalb der Demokratie wieder, diese sollen als kategoriales Gerüst nachvollzogen werden.[93] Dieser Kompetenzbereich

[91] Vgl. Feil, 2019, S.22 ff.
[92] Vgl. ebd., S.15 f.
[93] Vgl. Scherb, Armin, in: Himmelmann, Gerhard/Lange, Dirk: Demokratiekompetenz. Beiträge aus der Politikwissenschaft, Pädagogik und politischen Bildung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005, S. 270.

umfasst also die Kenntnisse über Begriffe, Konzepte, Entwicklungen, Gegebenheiten und Beziehungen innerhalb einer demokratischen Gesellschaft.

Prozedurale Fähigkeiten und Fertigkeiten machen den Lernenden handlungsfähig, in dem er Lösungen für politische Probleme innerhalb einer demokratischen Ordnung findet. Diese Problemlösefähigkeit setzt zum einen Wissen aus den kognitiven Kompetenzen als auch die Fähigkeit zum Transfer voraus.[94] Die habituellen Kompetenzen ergeben sich aus vorhergehenden Kompetenzbereichen und meint die Bereitschaft eines Einzelnen, begründete Urteile und Entscheidungen bezüglich seiner politischen Einstellungen und Vorstellungen zu treffen. Diese Fähigkeit zur Urteilsbildung beinhaltet Selbstbestimmung und gleichzeitig normative Bindung an die gesellschaftlichen Konventionen, wodurch die Urteilsbildung und -kraft zentral ist für die Demokratieförderung und -bildung.[95]

Demokratiebildung ist außerdem eine der zentralen Aufgaben politischer Bildung, der eine außerordentliche gesellschaftliche Relevanz zugesprochen wird. Demokratie besteht nicht durch sich selbst, sie muss erkannt, wertgeschätzt, gelernt und beschützt werden. Ihre Weiterentwicklung ist genauso wichtig wie ihre Bewahrung, was nicht bedeutet, dass eine kritische Auseinandersetzung mit demokratischen Werten nicht stattfinden sollte. Das Gegenteil ist anzustreben: Wahrnehmen, Urteilen, Kritisieren und Handeln sind Schlüsselbegriffe demokratischer Bildung.[96] Demokratie braucht das Wissen um Fachbegriffe und Fachwissen (kognitive Kompetenzen), sodass Demokratie als Herrschafts-, Gesellschafts- und Lebensform in das Denken und Handeln der Lernende tritt. Demokratiebildung beinhaltet jedoch mehr als Fachwissen, es braucht eine gewisse Haltung (prozedurale Kompetenzen), demokratische Grundwerte und Vorstellungen sowie die Bereitschaft (prozedurale Kompetenzen), als mündiger Bürger am gesellschaftlichen und politischen Leben teilzunehmen (habituelle Kompetenzen). Ziele, die hier zu formulieren sind, umfassen daher die Aufgabe, Demokratie im Alltag wahrzunehmen und politische Ereignisse zu reflektieren, demokratische Werte zu entwickeln oder weiterzuentwickeln, politische Mündigkeit zu erhalten und entsprechende Kompetenzen zu erhalten, um an politischen Prozessen teilzunehmen.[97]

4.1 Förderung des Demokratiebewusstseins

[94] Vgl. Scherb, 2005, S. 270.
[95] Vgl. ebd. S.271.
[96] Vgl. Diendorfer, Gertraud: Einleitung, in: Informationen zur politischen Bildung, Nr.44, 2019, S.3
[97] Vgl. Buchberger, Wolfgang: Demokratie lernen und leben im Rahmen schulischer Politischer Bildung, in: Informationen zur politischen Bildung, Nr.44, 2019, S. 22 f.

Demokratiebewusstsein ist nicht nur Teil der Demokratieförderung, sie ist auch Teil des Politikbewusstseins, das wiederum den Bereich des menschlichen Denkens widerspiegelt, in dem Vorstellungen und Konzepte über Politik aufgebaut sind.[98] Das Demokratiebewusstsein findets sich als Denkmuster in diesem Konstrukt wieder.[99]Dieses Konstrukt beinhaltet normative Grundlagen und Grundwerte unserer demokratischen Verfassung und Gesellschaft sowie System- und Handlungsstrukturen, damit Demokratie als Lebens- und Herrschaftsform verstanden werden kann. Diese Vorstellungen dienen als Maßstäbe und Orientierungspunkte, um demokratisch zu urteilen. Gleichzeitig fungiert das Demokratiebewusstsein als Ausgangspunkt bürgerlicher Selbstbestimmung und Freiheit.[100]

Demokratische Grundwerte wie Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind Begriffe und Gegebenheiten, die historisch geworden sind, wobei sich bereits hier eine Möglichkeit bietet, geschichtlich-politisch zu arbeiten, um das Demokratiebewusstsein zu fördern. Die politischen Säuberungen nach der Badischen Revolution bekämpften eben diese demokratischen Grundwerte, in dem sie durch einen rechtlich fragwürdigen Weg Zivilbürger verurteilten, die Gesellschaft durch Verfolgung und Denunziation verängstigten und viele erkämpfte Rechte im Nachhinein wieder zurücknahmen. Auch die repressiven Maßnahmen gegen Presse und Vereine sind als Angriff gegen demokratische Grundwerte wie Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit zu sehen. Betrachtet man zugleich die politischen Strukturen im Sinne der Herrschaftsform, sollte die Rolle der Demokratie insofern herausgearbeitet werden, dass sie das Ziel der Revolution und letztendlich mit der Grund war, warum die Revolutionsteilnehmer in diesem hohen Maße abgestraft wurden. Die politischen Säuberungen nach der Badischen Revolutionen waren schließlich Mittel und Machtinstrument, um die demokratischen Bestrebungen zu bekämpfen. Setzt man sich mit diesen Gegebenheiten auseinander, zeigen sich Chancen zur Reflexion, um zu erkennen, welche demokratischen Möglichkeiten ein mündiger Bürger heute innewohnen hat, damit gleichzeitig das Demokratiebewusstsein gestärkt werden kann. Der Vergleich von heute-

[98] Durch diese Strukturen ordnet der Mensch seine politische Umwelt und vereinfacht Ereignisse, Prozesse, Strukturen und letztendlich seine Wirklichkeit. Politische Denk- und Handlungsmuster sind hier genauso verortet wie Vorstellungen politischer Herrschaft, Macht und gesellschaftlich-politischen Zusammenlebens. Vgl. Lange, 2005, S.260 f.

[99] Vgl. Lange, Dirk: Was ist und wie entsteht Demokratiebewusstsein? Vorüberlegungen zu einer politischen Lerntheorie, in: Himmelmann, Gerhard/ Lange, Dirk (Hrsg.): Demokratiekompetenz. Beiträge aus Politikwissenschaft, Pädagogik und politischer Bildung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005, S.260 f.

[100] Vgl. Himmelmann, Gerhard/ Lange, Dirk: Demokratisches Bewusstsein und Politische Bildung, in: Himmelmann, Gerhard/ Lange, Dirk (Hrsg.): Demokratiebewusstsein. Interdisziplinäre Annäherung an ein zentrales Thema der Politischen Bildung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007, S.22 f.

gestern zeigt nicht nur Kontinuität, sondern vor allem Alterität, wodurch die heutigen demokratischen Verhältnisse umso mehr wertgeschätzt werden können.

Aufgabe des Demokratiebewusstsein ist es, dem Lernenden konkrete Erfahrungen in Bezug auf Demokratie zu ermöglichen. Das kann sich beispielsweise in der Reflexion von gesellschaftlich-politischen Prozessen zeigen. Gleichzeitig soll sich der Lernende den demokratischen Strukturen, in denen er lebt, bewusst und darauf aufmerksam werden, wodurch der Begriff Demokratie zu einem Handlungsbegriff transformiert wird.[101]Demokratie muss daher erfahrbar gemacht werden, wozu Schule und Bildungseinrichtungen beitragen sollten. Demokratie darf daher nicht mehr abstrakt oder als Fachbegriff gegenstandlos verbleiben, durch Erfahrung wird Demokratie konkret, wodurch sich Handlungsmöglichkeiten bieten. Lernenden brauchen für ein reflektiertes und gestärktes Demokratiebewusstsein, Wissen um Konzepte und Kategorien, Reflexion im Alltag und Erfahrungen, wodurch sich demokratischen Einstellungen, Mentalitäten und Werte aufbauen können, was wiederum die Ich-Identität des Lernenden stärkt.[102]

Demokratiebewusstsein als Denkmuster legt jedoch gleichzeitig die Dynamik und Wandelbarkeit von Demokratie offen. Demokratie selbst, aber auch die Vorstellungen über Demokratie sind weder gleichbleibend noch statisch, sie sind als Wandel und veränderbar wahrzunehmen. Diese Erfahrungen können gewährleistet werden, wenn man sich mit demokratischen Systemen und Aspekten auseinandersetzt, da neue Erfahrungen das bisherige Demokratiebewusstsein durch Konfrontation und Reflexion umstrukturieren, verändern, entwickeln.[103]Diese politischen Erfahrungen sind auch durch die Auseinandersetzungen mit der Geschichte möglich. Versteht man die politischen Säuberungen nach der Badischen Revolution in ihrem Ausmaß, Ursache, Folge und als System von Machtgewinn und Machterhalt, können diese als neue Erfahrung ins Demokratiebewusstsein einfließen. Politische Säuberungen werden dadurch als Maßnahme gegen die Demokratie verstanden und verinnerlicht. Die Badische Revolution ist hierbei nur ein Beispiel aus einer Kette politischer Säuberungen. Betrachtet man daher die Entnazifizierung, war hier das Ziel, Demokratie mit juristischen und bürokratischen Säuberungen überhaupt erst möglich zu machen. Säuberungen treten daher nicht als schwarz-weißes Fragment auf, sondern müssen immer in ihrer Spezifität betrachtet werden, die wiederum in ein begründetes, reflektiertes Urteil münden muss. Dieses

[101] Vgl. Möller, Lara: Methodische Zugänge zur Stärkung des Demokratiebewusstseins, in: Informationen zur Politischen Bildung, Nr.44, 2019, S.50.
[102] Vgl. Himmelmann/Lange, 2007, S.23.
[103] Vgl. Lange, 2005, S.262 f.

Beurteilen und die Erkenntnis, dass Dinge nicht nur einseitig, sondern aus verschiedenen Perspektiven zu betrachten sind, zeigen den Kern demokratischen Denkens und lassen Fragen wie: *Wann können politische Säuberungen als demokratisches Machtinstrument gewertet werden? Bis zu welchem Punkt sind die Maßnahmen noch demokratisch? Wann wird die Grenze zur Illegalität und Antidemokratie überschritten?* beantworten.

Letztendlich sind die Inhalte und somit auch die Ziele eines reflektierten und geförderten Demokratiebewusstseins, für Vorgänge und Entwicklungen in der eigenen und in anderen Gesellschaften aufmerksam und wachsam zu werden, eigene Vorstelllungen von normativen Vorgängen und Werten der Demokratie zu entwickeln, sensibel zu sein für unterschiedliche politische Deutungen und die Herstellung allgemeiner und gesellschaftlicher Verbindlichkeiten, Verfahrensweisen, Normen und Methoden nachvollziehen zu können. Schließlich beinhaltet Demokratiebewusstsein Selbstkompetenz in Bezug auf das eigene Verhalten, eigene Entscheidungen und eigene Entfaltung sowie Sozialkompetenz hinsichtlich gesellschaftlichen Zusammenlebens.[104]

Ein weiterer Ansatz, Demokratiebewusstsein explizit im Zusammenhang mit Geschichte zu fördern, findet sich im demokratischen Geschichtsbewusstsein wieder. Bodo von Borries legt vier Ebenen fest, wodurch demokratisches Geschichtsbewusstsein auftreten kann. Für diese Arbeiten sind besonders die drei ersten Ebenen von Bedeutung. Die erste Ebene zeigt sich in der historischen Betrachtung des Begriffes Demokratie, damit gewährleistet werden kann, dass Demokratie nicht als statisch, abgeschlossen oder gesichert gewertet wird.[105] Besonders im Kontrast heute-früher wird diese Dynamik des Begriffs sichtbar. Die politischen und gesellschaftlichen Bedingungen vor, während und nach der Badischen Revolution sind grundverschieden in Betrachtung heutiger Verhältnisse. Während man heute in Deutschland in einer freiheitlichen, demokratischen Gesellschaft lebt, wurde für eine solche während der Badischen Revolution gekämpft. Demokratie tritt schließlich als Ziel, Ideal, Wunsch oder Grund für eine Revolution auf, heute ist sie die Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform in Deutschland, die sich jedoch ihrerseits ebenso mit Gefahren im Sinne des Rechtspopulismus stellen muss. Wurde sie nach der Badischen Revolutionen mit politischen Säuberungen

[104] Vgl. Himmelmann, Gerhard: Durch Demokratie-Lernen zum Demokratiebewusstsein, in: Himmelmann, Gerhard/ Lange, Dirk (Hrsg.): Demokratiebewusstsein. Interdisziplinäre Annäherung an ein zentrales Thema der Politischen Bildung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007, S.33.
[105] Vgl. Borries, Bodo von: Demokratisches Geschichtsbewusstsein – Was könnte das sein und wie sollte es gefördert werden? in: Himmelmann, Gerhard/ Lange, Dirk (Hrsg.): Demokratiebewusstsein. Interdisziplinäre Annäherung an ein zentrales Thema der Politischen Bildung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007, S.211.

bekämpft, muss heute um ihre demokratischen Werte, ihr Fortbestehen und ihre Entwicklung stetig gekämpft werden. Der Lernende stärkt also sein demokratisches Geschichtsbewusstsein und somit sein Demokratiebewusstsein, in dem er die Wandelbarkeit und Veränderung der Rolle und der Funktion von Demokratie wahrnimmt.

Bodo von Borries fügt in seiner zweiten Ebene hinzu, dass Demokratie aus historischer Sicht auch immer als Prozess wahrzunehmen ist. So sind demokratische Werte und Normen entstanden und entwickelt worden, das Gemeinwesen wurde in verschiedenen Zeiten unterschiedlich organisiert, Krisen und Konflikte verschieden geregelt und gelöst.[106] [107] Diese Ausführung umschließt den Gedanken Demokratiebestreben heute – früher. Wie hatte man sich während der Badischen Revolution für die Demokratie ausgesprochen und welchen Preis musste man letztendlich dafür eingehen? Wie kann man sich heute in einer demokratischen Gesellschaft einbringen, welche Denk- und Handlungsdispositionen aus der Vergangenheit können einen heute von Nutzen sein? Hier gilt auch das Ziel, aus den politischen Säuberungen nach der Badischen Revolution insofern zu lernen, als dass politische Säuberungen heute erkannt und als solche identifiziert werden können. Gleichzeitig spielt hier der Aspekt der Macht eine große Rolle – wie schafften es die Preußen mit den politischen Säuberungen ihre Macht zu etablieren, wie gelang es dem alten System des Großherzogs seine Macht wiederzugewinnen? Hier treten die politischen Säuberungen nicht nur als Mittel zur Macht auf, sondern auch als Instrument der Restauration.

Die dritte Ebene, die Bodo von Borries skizziert, beinhaltet den pluralen, kontroversen und multiperspektiven Umgang mit Geschichte, Geschichtsbetrachtung- und -wahrnehmung sowie -präsentation. Demokratisches Geschichtsbewusstsein ist demnach dann gegeben, wenn es nicht nur Obrigkeiten oder Mehrheiten bestimmt und festgelegt wird, die subjektive Wahrnehmung, Entscheidung, Bewertung und Beurteilung, somit die Mündigkeit eines Einzelnen stehen hier im Vordergrund.[108] Hierbei spielt die Rekonstruktion der politischen Säuberungen nach Badischen Revolution in Form einer multiperspektiven Sicht eine Rolle. Die politischen Säuberungen sollen aus der Sicht der Opfer nachvollzogen werden, sie sollen

[106] Vgl. Borries, 2007, S.212.
[107] Letztendlich unterliegen die heutigen Menschen-, Bürger- und Grundrechte genauso einem Wandel und einem Prozessverlauf wie demokratische Strukturen. Vgl. ebd.
[108] Vgl. Borries, 2007, S.212.

jedoch genauso als Mittel zur Bekämpfung der Revolution und Etablierung eines neuen-alten politischen Systems angesehen werden.[109]

Nach dieser Ausführung kann festgelegt werden, dass das Demokratiebewusstsein zum einen als Legitimation für Demokratie-Lernen, aber auch als Ziel und als Aufgabe auftritt. So ist es im Sinne der Demokratieförderung notwendig, ein reflektiertes Demokratiebewusstsein aufzubauen, dass Demokratiebewusstsein auch als Orientierung in der Gegenwart und in der Vergangenheit, als Basis für Entscheidungen und als Grundlage für politische Urteile fungieren kann.

4.2 Demokratiebildung und demokratische Kompetenzförderung

Es gilt nun die Aufgabe zu lösen, ein Gesamtkonzept für eine historisch-politische Demokratiebildung zu erarbeiten, wofür verschiedene Kompetenzmodelle genutzt werden. Die drei Grundlegenden Dimensionen (kognitiv, prozedural und habituell) wurden bereits aufgeführt, wodurch die Erkenntnis gewonnen wurde, dass für eine demokratische Gesinnung Können und Wissen als Grundlage benötigt wird.[110] Für ein ausführlicheres und dadurch komplexeres Modell braucht es zunächst eine Auseinandersetzung mit bereits existierenden Modellen.

Ein solches Modell zeigt Hermann Veith. Demokratiekompetenz ist laut Veith dann gegeben, wenn die Fähigkeiten und Fertigkeiten betrachtet werden, die bei der Auseinandersetzung von Individuum und Gesellschaft gebraucht werden. Der politisch Mündige strukturiert seine politische Ordnung und Wirklichkeit, ausgehend durch einen Konsens mit den gesellschaftlichen und institutionellen Regelungen, um letztendlich bei potentiellen Konflikten zu reflektierten Entscheidungen zu kommen. Im Fokus dieser Betrachtung liegt die Zivilgesellschaft, deren Regeln, Normen und Werte.[111] In diesem Ansatz steht die gesellschaftliche Perspektive im absoluten Vordergrund, die intersubjektiven Vorgänge, Vorstellungen und Bereitschaft spielen eher eine untergeordnete Rolle, was als kritisch zu bewerten ist. Wenn Demokratie eine Entscheidung ist, die Wissen, Können und Gesinnung beinhaltet, braucht es auch die Bezugnahme auf das Individuum. Die soziale und zivilgesellschaftliche Betrachtungsweise darf in Hinsicht auf Demokratie als eine Lebensform nicht aus dem

[109] Die vierte Ebene aus Borries Modell umschließt die symmetrische Kommunikationskultur im Geschichtsunterricht. Vgl. ebd. S.213.
[110] Vgl. Scherb, 2005, S.272.
[111] Vgl. Veith, Hermann: Das Konzept der Demokratiekompetenz, in: Lange, Dirk/ Himmelmann, Gerhard: Demokratiedidaktik. Impulse für die Politische Bildung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwiss., 2010, S.153 f.

Gesamtkonzept Demokratiebildung und Demokratieförderung verschwinden, sie darf jedoch gleichzeitig die individuelle und subjektive Ebene nicht dominieren, sondern als gleichwertige Partner mit selbiger auftreten.

Ein weiterer Ansatz Demokratie auszubilden und zu fördern, findet sich im Leitfaden Demokratiebildung vom Land Baden-Württemberg wieder, der bereits in seinen positiven Ansätzen skizziert wurden. Für einen Übertrag auf den (politischen) Geschichtsunterricht, braucht es jedoch eine Erweiterung des Modells, da die genannten Kompetenzfelder für die Zielsetzung dieser Arbeit weiter ausdifferenziert werden müssen. Diese scheinen durch die alleinige Nennung der Bezeichnungen (Re-)Integration in rationale Diskurse, positive Selbstkonzepte und Beteiligungskompetenz, Basis- und Orientierungswissen, Medienkompetenz, Identitätsangebote abseits von Abwertungsideologien und Sozialkompetenz[112] nicht ausreichend dargestellt. Die verwendeten Begriffe sind entweder zu groß gefasst oder zu eng formuliert, wodurch wenig Spielraum und Interpretationsmöglichkeiten übrigbleiben. Für ein historisch-politisches Kompetenzmodell ist diese Aufführung nicht zielführend genug, da wichtige Elemente historisch-politischen Arbeitens fehlen. So finden die Urteils-, Orientierungs-, Kritik- oder Handlungskompetenz keine Beachtung. Auch die Formulierung beispielsweise von Basis- und Orientierungswissen bleibt unscharf und ungenau, wodurch die Zielsetzung und die methodische Umsetzung nicht klar herauszuarbeiten ist.

Für diese Zielsetzung, ein geeignetes Modell zu finden, muss man einen gedanklichen Schritt zurück gehen und zunächst die demokratische Sinnbildung betrachten. Demokratische Sinnbildung meint, dass der Einzelne sich als mündiger Bürger sieht, was sich auch darin äußert, dass er den politischen Prozess als bedeutsam und als mitwirkend und kooperierend ansieht. Der Mensch entwickelt entsprechende Vorstellungen darüber, wie er sich am politischen System beteiligen kann, wodurch Vorstellungen politischer Herrschaft und eigener Selbstbestimmung und Handlungsfähigkeit in den Vordergrund treten.[113] Politische Sinnbildung ist also notwendig, wenn Demokratie ausgebildet und gefördert werden soll.

Das oberste Ziel pädagogischer und demokratischer Überlegungen ist die Mündigkeit des Einzelnen, die unter dieser spezifischen Perspektive durch ein analytisch historisch-politisches Bewusstsein erreicht werden kann. Historisch-politische Sinnstiftung führt unweigerlich zu Entwicklungen der Identitätsbildung, die zwischen subjektiver Darstellung und

[112] Vgl. Veith, 2010, S.153 f.
[113] Vgl. Lange, 2005, S.261 f.

Deutung der Vergangenheit in Form historischer Narration und politischer Wahrnehmung der Gegenwart in Form von politischer Narration steht.[114] Thomas Hellmuth nimmt diese Beziehung und die geschichtliche wie politische Sinnstiftung als Basis für sein historisch-politisches Kompetenzmodell.

Dieses beinhaltet die Kompetenzbereiche Reflexionskompetenz und Partizipationskompetenz. Unter Reflexionskompetenz bezieht Hellmuth die historische und politische (De-)Konstruktionskompetenz, historische und politische Urteilskompetenz und die Methodenkompetenz, die wiederum Schnittstellen aufweisen. Die Reflexionskompetenz mit ihren einzelnen Komponenten arbeitet zur Partizipationskompetenz hin, die wiederum aus der historischen und politischen Kritikkompetenz, der Orientierungskompetenz und Handlungskompetenz besteht.[115]Dieses Modell ist durch verschiedene Gründe anwendbar, um Demokratie zu fördern. So beinhaltet beispielsweise die Reflexionskompetenz die Auseinandersetzung von Individuum und Gesellschaft, in dem der Einzelne Deutungen der Vergangenheit und Deutungen der gegenwärtigen politischen Geschehnisse zusammenbringt mit Veränderungen des Umfelds und der äußeren Wirklichkeit mit der inneren Wirklichkeit des Individuums. Der Einzelne ist in dieser Betrachtung Teil der Außenwelt, wodurch Veränderungen dieser auch Veränderungen beim Individuum entstehen lassen können.[116] Wie im Modell von Hermann Veith zeigt sich die demokratische Gesellschaft im Austausch mit dem denkenden und handelnden Subjekt, diese Beziehung ist in diesem Modell jedoch gleichwertig und sich gegenseitig beeinflussend. Außerdem ist die Reflexionskompetenz Mittel zur Demokratieförderung, in dem sie die Mündigkeit des Einzelnen unterstützt und diese bekräftigt, statt wie bei einer Indoktrination sie zu schwächen und unterdrücken.[117]

Demokratiekompetenz und dadurch Demokratiebildung kann durch dieses Modell gefördert werden, da es die drei elementaren Dimensionen konzeptueller, prozeduraler und habitueller Kompetenzen beinhaltet. Unter der prozeduralen Dimension wäre besonders die Orientierungskompetenz und unter der habituellen Dimension besonders die Urteilskompetenz zu nennen.

---

[114] Vgl. Hellmuth, Thomas: Historisch-politische Sinnbildung. Geschichte – Geschichtsdidaktik – politische Bildung, Schwalbach/TS.: Wochenschau-Verl., 2014, S. 177 f.; S.193.
[115] Vgl. Hellmuth, Thomas: Politische Bildung als historisch-politische Sinnbildung: Überlegungen zu einem historisch-politischen Kompetenzmodell, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft/38, Nr.4, (2009), S.493.
[116] Vgl. Hellmuth, 2009, S.491.
[117] Vgl. ebd.

Die historische Orientierungskompetenz beinhaltet Erkenntnisse und Vorstellungen, die durch Re- und Dekonstruktionsprozesse gewonnen und verinnerlicht wurden, die wiederum als historische Sinnbildung wahrgenommen werden. Das meint auch, Erkenntnisse aus der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit auf sich selbst und seine Umgebung zu beziehen, wodurch die Orientierungskompetenz wichtige Arbeit bezüglich Selbstreflexion, Selbsteinschätzung und Identitätsbildung leistet.[118]Die Orientierungskompetenz ist für die Demokratieförderung daher von Bedeutung, da sie die Gegenwartsgebundenheit offenlegt. Ein sich jetzt Orientierender bleibt an seine Gegenwart gebunden, entwickelt aus dieser Perspektive Fragen. Die Orientierungskompetenz ermöglicht also nicht nur das Zurechtfinden im Wandel der Zeit in Form von zeitlichen und historischen Erfahrungen, sie bietet durch ihre „Sinnbildung über Zeiterfahrung“[119] auch die Verknüpfung von vergangenheitsorientierten Sinnbildungen und gegenwartsorientierten Bedürfnissen.[120] Durch diese Verknüpfung zwischen Gegenwart und Vergangenheit kann die Demokratie als geworden, als Wandel und als Prozess wahrgenommen werden. Gleichzeitig bietet die Orientierungskompetenz Möglichkeiten, Handlungsdispositionen auszuarbeiten[121], was mit der Handlungskompetenz einher geht und wodurch Entscheidungen, Strukturen, Fragestellungen, Problemen oder Themen der aktuellen demokratischen Politik oder Gesellschaft Deutschlands historisch betrachtet werden können. Diese historischen Erkenntnisse können darauf untersucht werden, inwiefern sie für das eigene demokratische Handeln als Ziele zu formulieren sind oder nicht. Gleichzeitig hilft die Betrachtung Demokratie früher-heute die eigenen Vorstellungen von Demokratie zu erweitern, wodurch das Weltwissen oder die Vorstellungen über vergangene Prozesse reflektiert und erweitert werden. Das Erfahren von Alterität im Sinne des Wandlungsprozesses von Demokratie unterstützt das Aufbauen von Urteilen und Deutungen.

An diesen Gedanken schließt die politische Urteilskompetenz an, die ebenfalls Möglichkeiten bietet, Demokratie zu fördern. Urteilskompetenz beinhaltet die Fähigkeit und Fertigkeit sowie die Bereitschaft, ein eigenes, selbsterarbeitetes, jedoch rational und normativ begründetes Urteil zu bilden. Durch diese Kompetenz kann der Mensch unmittelbar an demokratischen Prozessen, Entscheidungen und Diskursen teilnehmen. Dadurch, dass die Demokratie nicht statisch, sondern dynamisch ist, muss auch die Urteilskompetenz als veränderbar,

[118] Vgl. Trautwein et. al., 2017, S.34.
[119] Rüsen, Jörn: Historisches Lernen. Grundlagen und Paradigmen, Köln: Böhlau, 1994, S.84.
[120] Vgl. Schreiber, Waltraud: Kompetenzbereich historische Orientierungskompetenz, in: Körber, Andreas/Schreiber, Waltraud/Schöner, Andreas (Hrsg.): Kompetenzen historischen Denkens. Ein Strukturmodell als Beitrag zur Kompetenzorientierung in der Geschichtsdidaktik, Neuried: ars una, 2007, S.240 ff.
[121] Vgl. ebd. S.257.

modellierbar und wechselnd betrachtet werden.[122]Gegenwärtige politische Urteile können demnach revidiert werden, wenn der Lernende aufgrund historischer Erfahrung, seine Erkenntnisse erweitert und seine Schlussfolgerungen dementsprechend anpasst. Dieser Gedanke geht mit der Fähigkeit einher, eigene sowie andere Urteile zu überprüfen, was mit der Kritikkompetenz einher geht und demokratische Bestrebungen und Mentalitäten stärkt.[123]

Es wurde bereits gezeigt, dass sich demokratiefördernde prozedurale sowie habituelle Kompetenzbereiche im Modell von Hellmuth wiederfinden. Zwar kann man unter der kognitiven Dimension die Methodenkompetenz nennen, das Modell bedarf jedoch noch einer Modifikation, um diese Ebene vollkommen abzudecken. Hierfür wäre die historische und politische Sachkompetenz zu nennen, die Hellmuth nicht als eigenständigen Kompetenzbereich, sondern innerhalb der Methodenkompetenz sieht. Dieser Auffassung wird aufgrund der angestrebten Demokratieförderungen widersprochen, da die Sachkompetenz einen wichtigen Beitrag als kognitive Kompetenzebene aufweist, die wiederum mit den prozeduralen Kompetenzen Grundvoraussetzungen ist, um eine demokratische Gesinnung zu erwirken.[124] Bezieht man sich auf das FUER-Modell, subsumiert die historische Sachkompetenz die Fähigkeit, Fertigkeit und Bereitschaf, Begriffe, Kategorien und Konzepte zu ergründen, zu erfassen, zu strukturieren und zu ordnen. Daher unterteilt sich die Sachkompetenz in die historische Begriffskompetenz und die historische Strukturierungskompetenz.[125] Die historische Begriffskompetenz umschließt das Wissen und Zurückgreifen auf historische Fachbegriffe und spezifische Bezeichnungen. Die historische Strukturierungskompetenz meint das Erkennen der theoretischen, subjektbezogenen, inhaltlichen oder methodischen Funktionen dieser Termini.[126] Diese begriffliche Kategorisierung zeigt sich darin, verinnerlichte Begriffe, Relationen und letztendlich Wissen in verschiedenen und neuen Situationen anwenden zu können. Erst diese Wieder- oder Neuverwendung erlaubt es, sich zeitlich zu orientieren und den Wandel und den Prozess von Zeit zu erfassen sowie Kommunikation mit anderen zu ermöglichen.[127] Die politische Sachkompetenz lehnt sich an das geschichtsdidaktische Modell an und umschließt die Begriffe, Termini, Konzepte und Prinzipien des Politischen, wodurch dieser Kompetenzbereich auch als politische Wissenskompetenz bezeichnet werden

[122] Vgl. Hellmuth/Klepp, 2010, S.120.
[123] Vgl. ebd., S.121 f.
[124] Vgl. Scherb, 2005, S.272.
[125] Vgl. Trautwein etl al., 2017, S.34 f.
[126] Vgl. Schöner, Alexander: Kompetenzbereich historische Sachkompetenz, in: Körber, Andreas/Schreiber, Waltraud/Schöner, Andreas (Hrsg.): Kompetenzen historischen Denkens. Ein Strukturmodell als Beitrag zur Kompetenzorientierung in der Geschichtsdidaktik, Neuried: ars una, 2007, S.272; S.277.
[127] Vgl. Trautwein etl al., 2017, S.34 f.

kann.[128]Fügt man diese beiden fachspezifischen Kompetenzbereiche zusammen, erhält man das Konstrukt einer historisch-politischen Sachkompetenz, die bei der Auseinandersetzung und Förderung mit Demokratie unerlässlich ist. Demokratie muss als Begriff, als gesellschaftliche Lebensform, als politische Entscheidung, in ihrer Legitimation und ihrer Historie begriffen werden, um das Gesamtkonstrukt Demokratie nachvollziehen zu können.

Demokratie tritt als historisch-politisches Konzept auf und muss daher auf politischer wie historischer Ebene betrachtet werden. Der Begriff Demokratie soll also in ihrer politischen Grundform, in ihrer politischen Idee, ihrer Wandelbarkeit sowie in ihrer Beständigkeit wahrgenommen werden, wodurch historisch-politische Sachkompetenz dem Modell von Hellmuth hinzuzufügen wäre.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass Thomas Hellmuths Modell für einen demokratiefördernden Ansatz genutzt werden kann, wenn die politisch-historische Sachkompetenz ergänzt wird. Gleichzeitig können die Leitprinzipien des Demokratieleitfaden Baden-Württembergs hinzugezogen werden, um eine pädagogische Basis zu schaffen.

5. Die Badische Revolution von 1848/49

Ziel dieses Kapitels ist es, zunächst eine grundlegende Vorstellung davon zu erhalten, wie Baden ökonomisch, gesellschaftlich und politisch vor und während der Badischen Revolution funktionierte. Dabei werden die grundlegenden Faktoren und Gelingsbedingungen der Revolution herausgearbeitet. Besonders die politische Organisation der Bevölkerung, die sich im Vereinswesen wiederfindet, die allgemeine Spaltung der politischen Opposition und die ideologischen und wirtschaftlichen Ursprünge der Revolution sind hier wichtig. Nach dieser Betrachtung folgt ein Blick nach Rastatt als letzte Station des Aufstandes und als Ort der politischen Säuberungen in Form von Standgerichtsurteilen und -ausführungen. Nach diesem Überblick folgt ein Einblick in die Säuberungen nach der Badischen Revolution.

Die Badische Revolution muss als Teil einer größeren Ereigniskette gesehen werden. 1848 und 1849 herrschte in Mitteleuropa Aufbruchstimmung, revolutionäre Bewegungen und Unruhen erstreckten sich über viele Länder hinweg. Zwar waren diese insofern miteinander verbunden, dass sie sich gegenseitig beeinflussten, ihre Zielsetzung war jedoch unterschiedlich an die Bedürfnisse und Bedingungen des jeweiligen Landes gebunden.[129]Daher ist der

[128] Vgl. Hellmuth/Klepp, 2010, S.108 f.
[129] Vgl. Nautz, Jürgen P.: Die großen Revolutionen der Welt, Wiesbaden: Marixwissen, 2008, S. 78 f.

Blick auf das Großherzogtum Baden zu richten, wobei es nicht zielführend ist, die einzelnen Stationen und Ereignisse wie die Mannheimer Volksversammlung, den Heckerzug oder den Struve-Putsch[130], wiederzugeben. Wichtiger ist es, Ursachen, Gelingsbedingungen und die grundlegende politische und gesellschaftliche Situation darzustellen.

Die Revolution in Frankreich 1848 gab den ideologischen Startschuss für die Revolution in Baden. Erste revolutionäre Tendenzen und Oppositionsstimmungen zeigen sich in der Betrachtung der gesellschaftlichen Situation. Zum einen kam es zwischen 1750-1850 zu einem enormen Bevölkerungswachstum, der die Versorgung der Gesellschaft zunehmend erschwerte. Zusätzlich gab es teilweise wenig Erträge aus der Landwirtschaft, die wiederum eine Preisexplosion hervorriefen. Hinzu kamen hohe Abgaben an die Grundherren und die Zehntherrschaft. Hungerkrisen, Hungerkrawalle, Bauernrevolutionen und Auswanderungen waren die unmittelbaren Folgen dessen. Weitere Revolutionstendenzen in Baden erfolgten nach dem Hambacher Fest 1932, was zeitweilig zu politischen Repressionen führte.[131]

Die politische Situation in Baden zeigte sich in der Teilung zwischen konservativer Regierung und liberaler Opposition. In der Opposition selbst fanden sich gemäßigt-liberale Strömungen und radikal-liberale Elemente wieder, wodurch es schließlich zu einer Spaltung der Opposition kam.[132] Zwar teilten Liberale und Demokraten ihre grundlegenden Ideen, unterschieden sich jedoch in der Ausrichtung dieser. Für die Liberalen stand die individuelle Freiheit der einzelnen Bürger im Vordergrund, die Gewaltenteilung und die Teilnahme der Bürger am politischen Entscheidungsprozess, wenn wirtschaftliche Selbständigkeit und ein gewisser Bildungsstandard vorzuzeigen waren. Sie standen für eine konstitutionelle Monarchie ein, mit einem eingeschränkten Wahlrecht. Die Demokraten wiederum forderten das Gleichheitsprinzip und die absolute Volkssouveränität. Der monarchische Einfluss sollte dem Volkswillen weichen, was sich in einer parlamentarischen Monarchie zeigen sollte. Aus dem Gleichheitsprinzip folgte ein allgemeines und gleiches aktives wie passives Wahlrecht. Die Badische Revolution entsprang schließlich aus radikaldemokratischen Ideen.[133]

---

[130] Vgl. Goldschmit, Johannes M.: „In unsrer sonst so ruhigen Stadt“. Revolution 1848/49 in Bruchsal, Ubstadt-Weiher: Verl. Regionalkultur, 1998, S. 34 ff.
[131] Vgl. Bräunche, Ernst Otto/Grau, Ute: Einführung, in: Arbeitsgemeinschaft hauptamtlicher Archivare im Städtetag (Hg.): Revolution in Südbaden. Stätten der Demokratiebewegung 1848/49 in Baden-Württemberg, Karlsruhe: Info-Verl., 1998, S. 19 f.
[132] Vgl. Hippel, Wolfang von: Revolutionen im deutschen Südwesten. Das Großherzogtum Baden 1848/49, Stuttgart: Kohlhammer, 1998, S.47.
[133] Vgl. ebd., S. 48.

Politisch organisierte sich die Bevölkerung vor allem durch Vereine, wodurch die Vereinsbewegung eine politischen Massenbewegung wurde. Durch diese flächendeckende Beteiligung gab es eine innere Differenzierung je nach Ausrichtung der Vereine, es entstanden in diesem Zuge zahlreiche Turn-, Sänger-, Bildungs- und Lese sowie konfessionelle Vereine.[134] Die Vereine waren Ort politischer Diskussionen, politischer Bildung und politischen Selbst-Bewusstseins. Durch eine lokale Vernetzung breiteten sich die Vereine aus und vereinigten sich, wodurch sich ein überlokales und überregionales Netz bildete.[135] Dieses System war grundlegend für die Organisation der Badischen Revolution. In bürgerlichen, vaterländischen und in Volksvereinen fand sich die mittlere und gehobene Bevölkerungsschicht, wodurch die Badische Revolution eine breite Zustimmung in weiten Teilen der Gesellschaft fand. Diese wurde von Bauern, Kleinbürgern, Handwerkern und Soldaten wie Offizieren getragen. Die Massenmobilisierung fand schließlich ihren Höhepunkt in der Offenburger Versammlung 1847, in der unter anderem Pressefreiheit, persönliche Freiheit, die Vertretung des Volks im deutschen Bund, eine gerechte Besteuerung und eine Volksbewaffnung gefordert wurde.[136]

Neben den ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Ursachen und Grundlagen der Badischen Revolution, nimmt die Presse eine weitere Schlüsselrolle ein. Die Presse war nicht nur der Ort, an dem die Opposition dominierte, die Wirkkraft und die Reichweite der oppositionellen Ideen gewann so an Größe. Zwar litt Baden seit der Verfassung 1818 aufgrund der Karlsbader Beschlüsse unter einer Präventiv-Zensur, diese wurde jedoch 1832 aufgrund der Liberalisierungsmaßnahmen aufgehoben. Nach den Ereignissen des Hambacher Festes wurde das liberalere Pressegesetz jedoch wieder zurückgenommen. Trotz allem radikalisierte sich ein Teil der Presse, zum Beispiel durch Joseph Fickler oder Gustav Struve, die die Mannheimer Abendzeitung publizierten. Die radikale politische Presse war auch ein Grund dafür, dass die Einheit der politischen Opposition zerbrach.[137]

Diese ökonomischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Faktoren führten 1848 zum Beginn der Badischen Revolution, was sich in Ereignissen wie dem Hecker-Zug und dem Struve-Putsch zeigte, in denen versucht wurde, die Republik und Volkssouveränität in Baden auszurufen. Anfang Mai 1849 rief die Nationalversammlung dazu auf, die

[134] Vgl. Hippel, 1998, S. 22 f.
[135] Vgl. ebd., S.58 ff.
[136] Vgl. o.A. (Stand 1847): Die Forderungen des Volkes, https://www.offenburg.de/html/media/dl.html?v=16106 (25.07.2019)
[137] Vgl. Hippel, 1998, S. 62 ff.

Reichsverfassung anzuerkennen, obwohl der preußische König Friedrich Wilhelm IV. zuvor die Kaiserwürde abgelehnt hatte. Es folgt die sogenannte Reichsverfassungskampagne, was sich in Baden durch breite Protestbewegungen, die die Durchsetzung der Reichsverfassung forderten, zeigte. Es folgten Militärmeutereien, in denen die Soldaten gegen ihre Offiziere rebellierten und sich der demokratischen Volksbewegung anschlossen. Aufgrund der politischen Situation floh der Großherzog Leopold ins Exil. Preußen rückte wenig später in Baden ein.[138] Dieser kurze Abriss der Ereignisse dient zur historischen Orientierung und um das Gesamtbild abzudecken, wobei hier keine Vollständigkeit der Ereignisse, sondern bloß eine Übersicht angestrebt wurde. Diese Darstellung dient dazu, zu zeigen, dass die Badische Revolution Ursprung und Auswirkung politischer und gesellschaftlicher Umbrüche war und somit als Nährboden und Voraussetzung für politische Säuberungen angesehen werden kann. Als nächstes muss in der Mikroperspektive die Stadt Rastatt und deren besondere Rolle in der Revolution betrachtet werden.

5.1 Rastatt als letzte Station der Revolution

Bevor Rastatt in seiner Ambivalenz und als letzte Bastion der Revolution betrachtet werden kann, muss ein Schritt zurückgenommen werden, um die Stadt in ihrem Ganzen zu betrachten, wodurch ihre Bedeutsamkeit hervorgehoben wird. Die Stadt Rastatt war zur Zeit der Revolution eine Stadt mittlerer Größe mit rund 7000 Einwohnern. Seit 1848 wurde sie als Bundesfestung gegen die Verteidigung Frankreichs festgelegt, wodurch Militär, staatliche Bürokratie und untergeordnete Aufsichtsbehörden hier Platz fanden. Rastatt galt daher als sicher, regierungstreu und fungierte als Symbol der militärischen und monarchischen Macht, wobei die Rastatter Bürger als liberal, national und konservativ, dadurch politisch breit gefächert angesehen werden können. Sie organisierten durch verschiedene Vereine (Turnvereine, vaterländische Vereine, Bürgervereine, Arbeitervereine), die der Tarnung dienten, um sich politisch zu engagieren und organisieren.[139] Rastatt war auch ein Ort der ersten Soldatenaufstände, die sich mit Teilen der Bürgerwehr und den Volksvereinen verbündeten.[140] Amand Goegg nennt die mangelnde „Abhängigkeit und Achtung der Soldaten gegen ihre

[138] Vgl. Bräunche/Grau: 1998, S. 26.
[139] Vgl. Hank, Peter: Rastatt in: Arbeitsgemeinschaft hauptamtlicher Archivare im Städtetag (Hg.): Revolution in Südbaden. Stätten der Demokratiebewegung 1848/49 in Baden-Württemberg, Karlsruhe: Info-Verl., 1998, S. 484.
[140] Vgl. Bultmann, Markus: Erfahrung von Freiheit und Unfreiheit in der deutschen Geschichte. Rastatt und Offenburg: Erinnerungsorte der Revolution 1848/49; Darstellung – Dokumentation – Vermittlung, Bremerhaven: Wirtschaftsverl., 2007, S. 217.

Offiziere“[141] als Grund dafür, wodurch interne Probleme der Armee in den Vordergrund der Betrachtung rücken. Bereits bei dieser Betrachtung zeigt sich, dass Rastatt auch ein Ort der Ambivalenz darstellte, da sie durch ihre Festung als Machtsymbol dienen sollte, jedoch letztendlich als Stätte des Aufstandes auftrat.

Die Soldatenaufstände und die Verbrüderung mit der Rastatter Bürgerwehr führten letztendlich zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen in Rastatt, nachdem die Revolutionsarmee nach den Niederlagen in Waghäusel und Bruchsal gegen die preußische Armee gen Süden abrückte, um in der Bundesfestung Stellung zu beziehen.[142] Hier lag zunächst die Hoffnung, dass Rastatt als einer der letzten Stützpunkte der Badischen Revolution gegen die Preußische Armee als solche gehalten werden konnte. Gleichzeitig hoffte man auf Unterstützung von außen.[143] So war die Anfangsstimmung zunächst in der Festung Rastatts noch siegessicher, wie sich aus der ersten Ausgabe des Festungs-Boten von Ernst Elsenhans vernehmen lässt:

„Nicht allein die Rücksicht auf die allgemeine Freiheit und das Vaterland, aber ist es, welche wir uns vor Augen zu halten haben. Die Ehre, ohne welche ein Mann, weder im Soldaten-, noch im Bürgertod gedacht werden kann, zwingt uns, Stand zu halten auf dem Posten, den wir inne haben. [..] Und ist die Festung nicht ausgebaut, so wohnen wir in ihr entschlossene Herzen genug, die ihre Brust dem Feinde entgegen tragen wollen – ein undurchdringlicher Ball. […] damit wir die Prinzipien der allgemeinsten Freiheit, der Vaterlandsliebe und der Ehre mit Erfolg durchführen können, bedarf es vor Allem der Einheit und Einigkeit im Handeln.“[144]

Der Festungs-Bote bietet eine Innensicht in die Festung und in die Revolution. Seine eigentliche Funktion war es, an den Zusammenhalt der Revolutionsarmee, das Besinnen und Aktivieren der revolutionären Ideen und Zielen sowie das Agieren als Einheit zu erinnern. Obwohl Elsenhans weitere solcher Schlachtrufe publizierte, verschlechterte sich die Lage und somit die Stimmung in der Festung zunehmend. Die preußische Armee rückte am 30. Juni 1849 in Rastatt ein, wodurch die Revolutionäre in der Festung eingeschlossen waren. Unzufriedenheit, Misstrauen, Hoffnungslosigkeit und Aussichtslosigkeit verbreiteten sich unter der Revolutionsarmee und führten zu Gewalttätigkeiten und Plünderungen.[145] Nach

[141] Goegg, Amand: Badische Revolution von 1849, deren Entstehung, politischen und militärischen Verlauf, Zürich: Verlags-Magazin, 1876, S. 132.
[142] Vgl. Bultmann, 2007, S. 218.
[143] Real, Willy: Die Revolution in Baden 1848/49, Stuttgart: Kohlhammer, 1983, S.166.
[144] Elsenhans, Ernst: Die nächste Aufgabe der Garnison und Bürgerschaft von Rastatt, in: Der Festungs-Bote, 07.07.1849, o.S.
[145] Vgl. Real, 1983, S. 167.

mehreren Verhandlungen zwischen dem preußischen General von der Groeben und u.a. dem Festungskommandanten Gustav Nikolaus Tiedemann folgte schließlich am 23. Juli 1849 die bedingungslose Kapitulation und Unterwerfung der Belagerten auf Gnade und Ungnade[146]. Mit dieser Entscheidung wurde die letzte Bastion der Badischen Revolution aufgegeben, was gleichzeitig der Ausgangspunkt der politischen Säuberungen bildete. Rastatt fungierte also nicht nur als letzte Hoffnung der demokratischen Bestrebungen und der letzte revolutionäre Standpunkt, der Ort symbolisierte auch dessen Ende und wurde schließlich als Stätte politischer Säuberungen umfunktioniert.

5.2 Politische Säuberungen nach der Badischen Revolution

Dass es sich bei den Maßnahmen gegen Revolutionäre nach der Badischen Revolution um politische Säuberungen handelte, kann nicht nur dadurch bewiesen werden, dass Historiker wie Wolfram Siemann die Zeit nach der Revolution als „anhaltende Periode politischer Säuberungen“[147] bezeichnen. Es gilt nun, die Ziele, Gründe und Legitimationsbasis der politischen Säuberungen darzustellen, um diese Ereignisse und Maßnahmen in die zuvor erstellte Definition einzuordnen.

Die politischen Säuberungen umfassen alle kriegsrechtlichen Strafformen und Maßnahmen, die von Standgerichten getragen worden und im Zuge der Beendigung der Badischen Revolution zu setzen sind. Diese Maßnahmen umfassen unter anderem Hinrichtungen und langjährige Haftstrafen für Revolutionäre. Die Lage nach der Zerschlagung der Revolution war durch das preußische Intervenieren komplex, die Macht des Großherzogs anfänglich eingeschränkt, wodurch die provisorische Reichsregierung zunächst eine untergeordnete Rolle spielte. Im Zentrum der politischen Säuberungen standen die Standgerichte, die aus dem Kriegsrecht heraus legitimiert wurden.[148] Der Prinz von Preußen erklärte am 19. Juni 1849 den Kriegszustand, da „die Aufrührer im Großherzogtum Baden fortfahren, sich zum bewaffneten Widerstande gegen die zur Herstellung der rechtmäßigen Regierung im Lande an dessen Grenzen versammelte Armee zu rüsten…“[149]. Der Kriegszustand versetzte Baden in

[146] Vgl. Blos, Wilhelm: Badische Revolutionsgeschichten aus den Jahren 1848 und 1849, Mannheim: Verlag der Partei-Buchhandlung, 1910, S.111.
[147] Siemann, Wolfram: Gesellschaft im Aufbruch. Deutschland 1849-1871, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2001, S.25.
[148] Vgl. Holeczek, Heinz: Standgerichtsprozeße und Exekutionen, in: Hank, Peter/Holeczek, Heinz/Schilling, Martina (Hrsg.): Rastatt und die Revolution von 1848/49. Von der Freiheitsfestung zur Preußischen Besetzung, Rastatt: Stadt Rastatt, 2001, S. 615 ff.
[149] Prinz von Preußen, zitiert nach: Großherzog Leopold: Großherzoglich Badische Gesetze und Verordnungen für das standrechtliche Verfahren gegen die Theilnehmer an der im Mai 1849 ausgebrochenen Revolution, o.O.: o.A.: 1849, S.18.

einen Zustand der akuten Bedrohung mit der Revolution als Auslöser und Vorantreiber dieser Bedrohung. Aufgrund dessen „verfallen nunmehr alle diejenigen Personen in dem Großherzogtum Baden, welche unter Meinen Befehlen stehenden Truppen durch eine verrätherische Handlung Gefahr oder Nachtheil bereiten, dem Kriegsrecht.“[150] Dieses vom preußischen Prinzen erhängte Kriegsrecht war die Legitimationsbasis für die Standgerichtsurteile und deren Auswirkungen. Das Ziel dieser Maßnahme war es, die Revolution auf rechtlichem Weg abzuurteilen, um so eine juristische Bewältigung zu erlangen. Diese Bewältigung betraf zunächst die Revolutionäre, später die bürokratischen und militärischen Strukturen.[151]Bereits hier können zwei Aspekte der vorangegangen Definition aufgegriffen werden. Mit den Standgerichten wurde ein Organ gewählt, das außerhalb der juristischen Norm lag, da sie durch das Kriegsrecht legitimiert wurden. Gleichzeitig sind diese Maßnahmen als Maßnahmen einer justitiellen Säuberungen anzusehen, da das Recht als Machtinstrument genutzt wurde, um politische Ziele zu verfolgen.

Die Gründe dieser politischen Säuberungen sind vielfältig. Zum einen sollte das Großherzogtum von allen Spuren der Revolution gereinigt werden, damit die alte politisch-gesellschaftliche Ordnung wiederhergestellt werden konnte. Angst vor einer neu aufkeimenden Revolution verstärkten Kontrolle und Überwachung.[152] Amand Goegg führt zu dieser Kette von Gründen folgenden hinzu: „Mit solcher Härte wollte man das deutsche Volk ein für allemal von freiheitlichen Bestrebungen abschrecken“[153]. Gleichzeitig sieht er im preußischen Feldzug gegen Baden deren Drängen nach größerem Einfluss im Süden Deutschlands.[154]

Die politischen Säuberungen der Badischen Revolutionen dienten also vorrangig der Abschreckung und der Reinigung, weniger dem Auswechseln von Eliten wie bei der Entnazifizierung beispielsweise. Ziel war auch die Abrechnung mit einem politischen System, hier die zuvor errichtete Badische Republik, um die politische Macht zurückzugewinnen. Gleichzeitig spielt der Aspekt der Beseitigung von einer Gruppe von Menschen insofern eine Rolle, dass die Revolutionäre als Bedrohung für den Status quo und für die Zukunft des Großherzogtum Badens angesehen wurden. Sie wurden somit als Feinde oder Gegner eingestuft, da sie das alte System ablehnten und ihre demokratischen Bestrebungen als feindlich eingestuft

[150] ebd.
[151] Vgl. Holeczek, 2001, S.620.
[152] Vgl. ebd.
[153] Goegg, Amand, 1876, S. 171.
[154] Vgl. ebd., S.173.

wurden. Letztendlich waren die politischen Säuberungen Mittel zur Macht-Rückgewinnung des alten Systems in Baden, dem Macht-Erhalt für die Preußen und somit ein Zeichen und Maßnahme gegen die Demokratie, wobei diese unter Macht-Verlust zu leiden hatte.

5.2.1 Vorgehensweise und kritische Betrachtung

Im Folgenden werden die politischen Säuberungen in Form der Standgerichte näher beleuchtet, kritische Aspekte herausgearbeitet und durch die Rekonstruktion des Strafverfahrens gegen Ernst Elsenhans konkretisiert.

Ort der Standgerichte war der Ahnensaal im Rastatter Schloss, in dem vier Wochen nach dem Ende der Revolution die ersten Prozesse begannen. Auch hier lässt sich die Stadt Rastatt als Ort der Ambivalenz herausarbeiten. War es zunächst Stätte des demokratischen badischen Aufstandes, war es nun der Ort politischer Säuberungen durch die Preußen. Zwar waren der Staatsanwalt, die Untersuchungsrichter sowie der Verteidiger badische Beamte bzw. Anwälte, die Position des Richters übernahmen die Preußen. Die Untersuchung der Fälle war zwar Aufgabe der Badischen Beamten, die eigentliche Macht des Richtspruches lag jedoch in der Hand der Preußen. Nach der Eröffnung des Prozesses trug die Anklage die Beweisgründe vor und plädierte je nach Tatbestand für die Todesstrafe, so dass der Angeklagte standesrechtlich zu erschießen war.[155] Eine Möglichkeit der Berufung gab es nicht, was ebenso als kritisch zu bewerten ist, wie die Tatsache, dass die Sprechung des Urteils nicht im Namen des Oberbefehlshaber, also dem Prinz von Preußen, sondern im Namen des Großherzogs Leopolds erfolgte. Der Prinz von Preußen sollte mit den Standgerichten und den darauffolgenden Urteilen, besonders mit den Todesurteilen, nicht in Verbindung gebracht werden.[156] Dieser Aspekt betont den politischen Charakter der Standgerichte. Diese zeigen, dass Preußen die eigentliche militärische, politische und rechtliche Macht innewohnen hatte und die Standgerichtsprozesse Mittel waren, um politische Säuberungen anzusetzen und so innenpolitische Ziele anzustreben. Diese Macht zeigt sich auch darin, dass das Kriegsrecht lange nach den eigentlichen Kampfhandlungen verlängert und durch den Titel „Pazifikation“ benannt wurde. Vorgebliches und propagiertes Ziel war also die Befriedung des Landes, die unter anderem durch die Standgerichte getragen werden sollte.[157]

[155] Vgl. Bultmann, 2007, S. 225.
[156] Vgl. Real, 1983, S. 171 f.
[157] Vgl. Holeczek, 2001, S.629.

Was besonders zu erwähnen wäre, sind die Eile und die dazu vermutende wenige Vorbereitung in Bezug auf die Prozesse. Viele der Prozesse, die besonders die prominenten und bekannten Personen der Badischen Revolution betrafen, wirken überstürzt und mangelhaft vorbereitet und aufbereitet. Das zeigt sich in der kurzen Zeitspanne von Untersuchung und entsprechendem Urteil, wodurch der Eindruck erweckt wird, dass selbige vor der eigentlichen Verhandlung bereits festgelegt wurden.[158]

Die Standgerichte sind nicht nur aufgrund ihrer Personalbesetzung, die die eigentlichen Machtverhältnisse widerspiegelten, kritisch zu sehen, auch die Schwere und die Reichweite der Strafen sind zu verurteilen. In Rastatt gab es mit 19 durchgezogenen Hinrichtungen die meisten in Baden im Zuge der Prozesse. Hinzu kamen langjährige Haftstrafen besonders gegen Soldaten und Unteroffiziere, weniger gegen Zivilisten.[159] Die genauen Zahlen aller zum Tode Verurteilten und tatsächlich Hingerichteten, ist nicht sicher zu ermitteln.[160] Sicher ist jedoch, dass nicht alle aktiven wie passiven Beteiligten, Demonstranten oder Helfer der Revolution festgenommen oder vor Gericht gestellt werden konnten. Aufgrund dessen muss man davon ausgehen, dass manche Urteile als Exempel gewertet werden konnten. Ziel war schließlich immer noch die endgültige und vollkommene Reinigung von der Revolution.

Um ein solches Exempel darzustellen, wird das Leben des Revolutionärs Ernst Elsenhans kurz angerissen und dessen Prozess kritisch begutachtet. Der am 26.09.1815 in Feuerbach bei Stuttgart geborene Journalist und Autor[161] zeigte vor seiner Beteiligung in Rastatt bereits Verbindungen mit radikaldemokratischen Strömungen. Er hatte Verbindungen mit dem radikalen Verleger Heinrich Hoff und vertrat in seinen Artikeln die republikanischen Anschauungen von Friedrich Hecker und Gustav Struve. So forderte er in einem seiner Schriftstücke den Sturz der Monarchie und den Umbau der sozialen Ordnungen, wodurch es zwecks einer sozialen Demokratie zu einer größtmöglichen Gerechtigkeit führen sollte. Er forderte außerdem ein Volksheer zur Verteidigung nach außen, das nicht mehr nur als Machtinstrument der Fürsten dienen sollte, sondern als Abwehr für das Volk.[162] Wegen solchen Aussagen und wegen seines Aufrufes an Soldaten, die Befehle zu verweigern und sich zu widersetzen,

[158] Vgl. Holeczek, 2007, S.633.
[159] Vgl. Blos, 1910, S. 126.
[160] Vgl. Real, 1982, S. 173.
[161] Vgl. Braun, Bernd: Eine Rose für den Revolutionär – zum 200. Geburtstag von Ernst Elsenhans, in: Hambach-Gesellschaft für historische Forschung und politische Bildung (Hg.): Jahrbuch der Hambach Gesellschaft, Neustadt: Verlag Regionalkultur, 2006, S. 190 f.
[162] Vgl. Holeczek, Heinz: Ernst Elsenhans. Biographie eines revolutionären Publizisten, in: Stadt Rastatt (Hg.): Ernst Elsenhans (1815-1849). Ein schwäbischer Revolutionär in Rastatt, Rastatt: o.A., 1995, S. 10 f.

wurde Elsenhans wegen Anstiftung zum Hochverrat verurteilt. Während der Revolution wurde Elsenhans aus der Haft befreit. Er meldete sich nach seiner Befreiung in Karlsruhe bei der badischen Revolutionsregierung, in der er eine Position als Sekretär des Kriegsministeriums erhielt, wodurch er schließlich nach Rastatt kam.[163]Gleichzeitig erhielt er die formale Ernennung zum Offizier, wobei er keine direkte militärische Funktion innehatte, er war vielmehr als Bote, Kurier und Dolmetscher eingesetzt wurden. Später in der Festung Rastatt, schrieb und veröffentlichte Elsenhans den Festungs-Boten[164], aus dem in dieser Arbeit bereits zitiert wurde.

Der Autor Ernst Elsenhans war nach der Kapitulation und der Übergabe der Festung mit anderen Revolutionären zunächst in die Kasematten gebracht wurden. Er musste sich mehreren Untersuchungen und Verhören unterziehen, die dann letztendlich zu einer Verhandlung führten. Der Anklagepunkt lautete Hochverrat, der durch „die verantwortliche Herausgabe des in vierzehn Nummern erschienenen ‚Festungsboten'"[165] und „durch die maßgebliche Beteiligung am ‚Club des entschiedenen Fortschritts'"[166] als „hochverräterische Verschwörung"[167] begründet wurde. Als Beweismittel legte man Auszüge aus dem Festungs-Boten vor. Die Aufsätze dienten nicht nur dazu, die Forderungen der sozialen Demokratie (Volkssouveränität, repräsentative Demokratie, absolute soziale Gerechtigkeit)[168] offen zu legen, Elsenhans druckte auch Gedichte über die Preußen oder Mutmaßungen über deren Politik ab und kritisierte außerdem die Preußische Monarchie.[169]

Elsenhans Anwalt argumentierte zwar, dass sein Mandant kein Soldat, sondern ein Zivilist wäre und als solcher nicht in die Zuständigkeit eines Standgerichtes fallen könnte, auf diesen Einwand wurde jedoch nicht eingegangen.[170] Hätte man darauf geachtet, dass Elsenhans eine eher provisorische militärische Position innerhalb der Revolutionsregierung inne hatte und hätte man beachtet, dass er selbst nie eine Waffe getragen und vom Gericht stets als Publizist bezeichnet wurde, hätte dies zur Folge gehabt, dass Elsenhans nach Landesrecht hätte verurteilt werden sollen. Diese grundlegenden Aspekte wurden jedoch nicht beachtet, was als kritisch und als oberflächliche justitielle Aufarbeitung zu bewerten ist. Stattdessen wurde

[163] Vgl. Braun, 2006, S. 192 ff.
[164] Vgl. Holeczek, 1995, S. 15.
[165] GLA 234/1696.c21 sqq. zit. n. Holeczek, 2007, S.642.
[166] ebd.
[167] ebd.
[168] Vgl. Elsenhans, 1849, Ausgabe zehn: Was ist und was will die soziale Demokratie?
[169] Vgl. ebd., Ausgabe fünf/sieben: Von den Plänen des Preußenkönigs.
[170] Vgl. Real, 1983, S. 172.

der Journalist für Hochverrat schuldig befunden und zum Tod durch Erschießen verurteilt.[171] Die besondere Härte dieses Urteils und der Aspekt, dass diese schwere Strafe kein Soldat, sondern ein Zivilist betraf, sind als besonders kritisch zu werten. Weitere Kritikpunkte lassen sich im folgenden Kapitel unter Betrachtung der der Lebensumstände in den Kasematten und unter 5.3.1 in Bezug auf den Umgang mit Revolutionsteilnehmern finden.

5.2.2 Leben in den Kasematten und Betrachtung von Einzelschicksalen

Die Beteiligten der Badischen Revolution, die nach der Kapitulation der Festung in Rastatt gewesen waren, wurden zunächst in die Kasematten dieser gebracht, damit die Revolutionäre dort auf ihren Prozess warten konnten. Über 6000 Inhaftierte verbrachten diese Kasemattenhaft, über die in Zeitzeugenberichten, Briefen und Aufzeichnungen berichtet sowie in zeitgenössischen Lithografien dargestellt wird.[172] Die folgenden Ausführungen von Amann, Dietz und Corvin sind alle als subjektiv zu bewerten, diese Beschreibungen helfen jedoch einen Eindruck von den Haftbedingungen nach der Revolution zu erhalten.

Zunächst ist die Lithografie von Friedrich Kaiser zu beschreiben und zu analysieren, die im Anhang zu finden ist. Der Holzstich zeigt fünf Männer, von denen drei am Boden liegen und zwei an eine Wand lehnen. Das einzige Möbelstück in dieser Darstellung ist ein Stuhl, worauf sich einer der Gefangenen stützt. Weitere Sitz- oder Liegemöglichkeiten sind nicht vorzufinden. Die Männer liegen auf einem Boden mit spärlichem Stroh. Teilweise ähnelt die Kleidung der Männer Uniformen und Militärmützen. Nahrung ist nur im Sinne eines Wasserkruges vorzufinden. Die Insassen scheinen nicht miteinander zu reden, sie blicken alle gen Boden. Die allgemeine Stimmung dieses Holzschnittes ist niederdrückend und finster, auch weil durch das spärliche Fenster wenig Licht in die Zelle geratet. Das Bild, das von den Gefangenen hier gezeichnet wird, zeigt ihre scheinbar ausweglose Situation. Sie scheinen verzweifelt, resigniert, hoffnungslos, traurig oder trotzig, nicht mehr kampfmutig oder optimistisch.

Die Behausung der Kasematten beschreibt der in Konstanz geborene Feldwebel Wilhelm Amann auf eine ähnliche Weise. Er hatte im 3. Regiment in Rastatt gedient und gehörte somit der Revolution an, wodurch er bis zu seiner Verurteilung vor dem Standgericht in die Kasematten gebracht wurde. Er beschreibt diese folgendermaßen: „Der Boden der Casematten war weder mit Steinplatten noch Borde belegt, naß und kalt; das Wasser lief an den

[171] Vgl. Holeczek, 2007, S.643
[172] Vgl. ebd., S.13.

Wänden herab, und sezte sich in den Boden, auf dem Gefangenen ohne Stroh oder anderen Unterlagen schlafen mußten versehen“[173]. Da die Kasematten unfertig und im Bauzustand waren, wurden die einfachen Soldaten oder Soldaten mit niederem Rang, auch aufgrund des mangelnden Platzes, in feuchten Räumen ohne festen Boden gebracht. Offizieren erging es insofern besser, dass sie getrennt von den Soldaten niederen Ranges, in besser ausgestatteten Zellen untergebracht wurden. Sie hatten ebenso Zugang zu Schreibmaterial.[174] Erst nach wenigen Tagen wurde Stroh für die restlichen Gefangenen gebracht.[175] Diese Beschreibungen bestätigen die Darstellung der Lithografie und zeichnen ein menschenunwürdiges und schreckliches Bild der Kasemattenhaft.

Wilhelm Dietz bestätigt dieses Bild, in dem er die Kasematten als Käfig und als scheußlicher Kerker bezeichnet, dessen Lebensbedingungen aufgrund fehlenden Strohes, fehlender Bank oder Sitz- und Liegemöglichkeit, den feuchten Wänden und dem nassen Boden sogar die preußischen Offiziere erschreckte. Zusätzlich beschreibt Dietz die Enge des Raumes, in dem er mit fünf weiteren Gefangenen hausen sollte, als klein, finster und stickig.[176]

Otto von Corvin beschrieb die Kasematten als schauderhaftes Loch und vergleicht es mit den Verließen aus dem Mittelalter.[177] Der Unterschied zu diesen läge darin, „daß es an dem ‚halb vermoderten Stroh‘ und dem Trinkwasser fehlte, denn wir hatten keines von beiden“[178] Doch nicht nur an den Unannehmlichkeiten der Räumlichkeiten, der Enge und dem Durst litten die Gefangenen. Hinzu kam der Hunger, denn „drei Tage blieben wir ohne Nahrung, erst am vierten Tage wurde in der Stadt durch die Commandanten bekannt gemacht, daß die Militärbehörde bis jetzt nicht in der Lage gewesen, die Kriegsgefangenen zu verköstigen“[179]. Da die Kapitulation vergleichsweise schnell vonstattenging, war die Vorbereitung auf die Kasemattenhaft für die tausenden Häftlinge unvorbereitet und unstrukturiert, wodurch es an elementaren Bedürfnissen wie Nahrung und Wasser zunächst mangelte. Die Lage verbesserte sich zwar, die Nahrung wurde ausreichend, jedoch einseitig und mangelhaft. Die mangelhafte Versorgung blieb daher eine der Hauptbeschwerden.[180]

---

[173] Amann, Wilhelm, zit. nach: Holeczek, Heinz: In den Casematten zu Rastatt. Erinnerungen eines Neunundvierziger Kriegsgefangenen, Rastatt: Stadt Rastatt, 1997, S. 18.
[174] Vgl. Holeczek, 2007, S.515
[175] Vgl. Amann, 1997, S.18.
[176] Vgl. H.D.: Rastatter Casematten-Erzählungen, Rastatt: Hebel-Verl., 1997, S.59.
[177] Vgl. Corvin, Otto von: Aus dem Leben eines Volkskämpfers. Vierter Band. Amsterdam: Gebrüder Binger, 1861, S.73.
[178] ebd.
[179] Amann, 1997, S.19.
[180] Vgl. Holeczek, 2007, S.521 ff.

Hunger und Durst führten zusätzlich zu den schlechten hygienischen Umständen und der Feuchtigkeit der Räumlichkeiten zu einem mangelhaften gesundheitlichen Gesamtzustand der Gefangenen. Wilhelm Amann selbst erkrankte laut eigenen Aussagen aufgrund der Feuchtigkeit, wodurch er in eines der wenigen Lazarette gebracht wurde.[181]Die mangelnden hygienischen Umstände erschwerten das Leben zusätzlich, „wenn man bedenkt, daß in feuchten finsteren Casematten-Räumen oft 300 Mann beisammen lagen und volle 8 Tage hatte man diese Unglücklichen ohne Stroh im Fuß hoher feuchter aufgelockerter Dreck-Erde – wie das liebe Vieh – liegen lassen“[182]. Tatsächlich führten die Feuchtigkeit der Casematten, der Schmutz, die mangelhafte Ernährung, die hygienischen Umstände und die Ansteckungsgefahr aufgrund der Enge scheinbar zu Krankheiten wie Typhus oder der Ruhr-Epidemie. Der Lazarett-Arzt Adolf Kußmaul kann solche Epidemien für seine Zeit nicht bestätigen [183]. Wilhelm Amann und Otto von Corvin beschreiben jedoch gesundheitliche Auswirkungen der Kasemattenhaft: „Die Feuchtigkeit unseres Kerkers hatten an Einigen bald ihre üblen Folgen geäußert“[184].

Neben den äußeren Lebensumständen litten viele Gefangene an der schweren, körperlichen Arbeit am Festungswerk, was auch aufgrund der mangelnden Ernährung zu Erschöpfung und Niedergeschlagenheit führte,[185]was zu dem Bild passt, was Friedrich Kaiser in seinem Holzschnitt aufgriff. Dieser Wehmut und diese Hoffnungslosigkeit waren auch Resultate aus Demütigungen der preußischen Besatzung. H.D. beschreibt eine Szene, in der die Häftlinge sich entkleiden mussten, damit diese durchsucht werden konnten: „Was wir an Geld, Gold, Ketten, Ringen und Uhr bei uns hatten […] wurde abgenommen, und vor unseren Augen dann als Eigenthum des Einzelnen besonders gepackt und bezeichnet, mit dem Bewerten: daß wir das später nach Umständen wieder erhalten würden. […] Die Rücksichtslosigkeit, die Brutalität, mit der man bei dieser Gelegenheit verfahren, hatte einen Jeden auf das tiefste empört. Scham- und Zornes-Röthe…“[186]. Über Demütigungen und Degradierungen wie diese berichten viele ehemalige Gefangene. Zwar ist ebenso von Mitleid von den preußischen Soldaten zu lesen, so sind es vor allem die strengen Maßregelungen und Auflagen, unter denen die Häftlinge zu leiden hatten.

[181] Vgl. Amann, 1997, S.24.
[182] H.D., 1997, S.64.
[183] Vgl. Holeczek, 2007, S.526.
[184] Corvin, 1861, S75.
[185] Vgl. Holeczek, 2007, S. 532.
[186] H.D., 1997, S.66.

Die beschriebenen Umstände, unter denen die ehemaligen Revolutionären zu leben hatten, geben einen exemplarischen Eindruck der Lebensbedingungen in der Kasemattenhaft. Natürlich sind die verwendeten Aufzeichnungen als subjektiv und nicht als die absolute Wahrheit zu werten, jedoch bestätigen sie sich gegenseitig und mit den vorhandenen Lithografien ergibt sich ein gemeinschaftliches, exemplarisches Bild dieses Zeit- und Lebensabschnittes. Die Kasematten und die Lebensbedingungen können im weitesten Sinne als Teil der politischen Säuberungen gewertet werden. Die Funktion der Kasematten war zwar nicht die Beseitigung im Sinne von Hinrichtungen, trotzdem kam es zu einer Beseitigung aus der Gesellschaft und somit zu einer Stigmatisierung. Baden sollte von der Revolution gereinigt werden, was nur funktionieren konnte, wenn die Auslöser, Träger und Gesichter der Revolution erst identifiziert, entnommen und letztendlich abgestraft werden konnten. Es ist zu mutmaßen, dass die harten Haftbedingungen dazu beitragen sollten, die Revolution in ihrem Kern, in ihrer Idee und in ihren ehemaligen Trägern zu beenden.

5.3 Auswirkungen der Zerschlagung der Revolution

Das Ende der Badischen Revolution, das letztendlich zu den Kasematten und Standgerichten führte, betraf nicht nur Rastatt als letzte Bastion der Revolution. Auch in anderen badischen Städten wie Freiburg oder Mannheim wurde ein ähnliches Prozedere gewählt, um die Revolution endgültig zu zerschlagen. Der Zeitgenosse Franz Simon Meyer sagt über diese Zeit: „Wir leben hier in einer Atmosphäre von Blut“[187]. Diese Auffassung findet man auch im sogenannten Badischen Wiegenlied von Ludwig Pfau wieder:

„Schlaf’, mein Kind, schlaf leis’,
Dort draußen geht der Preuß’,
Deinen Vater hat er umgebracht,
Deine Mutter hat er arm gemacht,
Und wer nicht schläft in guter Ruh’,
Dem drückt der Preuß’ die Augen zu.
Schlaf’, mein Kind, schlaf leis’,
Dort draußen geht der Preuß‘‘[188]

[187] Meyer, Franz Simon: Die ganze Geschichte meines gleichgültigen Lebens, Kiel: Solivagus Praeteritum, 2017, S.445.
[188] Pfau, Ludwig zit. n.: Duffner, Wolfgang: Der Traum der Helden. 12 Nachrufe auf im Sommer und Herbst 1849 hingerichteten Kämpfer der Badischen Revolution, Lahr: Schauenburg, 1997, S.46.

Diese erste Strophe zeigt eine kritische Position gegenüber der Preußischen Armee bzw. deren Besatzungspolitik, in dem eine Mutter den Tod ihres Mannes beklagt. Dieser starb aufgrund der Preußen bzw. der Zerschlagung der Revolution. Gleichzeitig wird hier beschrieben, dass nicht nur die unmittelbaren Folgen – hier die Hinrichtung eines Revolutionären - zu Leid geführt haben, sondern auch die darauf folgenden Auswirkungen auf die Familien der Verurteilten. Außerdem gehe von den Preußen noch immer eine Gefahr aus, wenn man sich nicht unauffällig – in „guter Ruh'" – verhalten würde. Schon an dieser Stelle wird der Preuße in diesem Lied als absoluter Feind stilisiert. Außerdem zeigt sich bereits in der ersten Strophe ein starker Kontrast zwischen den Motiven eines Wiegenliedes („Schlaf mein Kind, schlaf leis'") und den Elementen politischen Inhalts, die wiederum als Anklage formuliert sind. Wobei die Anmerkung der Bitte, dass das Kind leise zu schlafen habe, als Metapher für die Repressalien und Sanktionen gegen das badische Volk während der Besetzungszeit angesehen werden kann. Diese Annahme wird dadurch bekräftigt, wenn man folgende Stelle betrachtet: „Der Preuß' hat eine blut'ge Hand, die streckt er über's badische Land, und alle müssen still sein als wie dein Vater unterm Stein"[189]. Auf diese Maßnahmen und Auswirkungen wird in den folgenden Kapiteln ausführlich eingegangen.

5.3.1 Revolutionsteilnehmer und Baden

Bevor auf die Auswirkungen auf die badische Gesellschaft während der Besatzungszeit eingegangen wird, werden die mit den politischen Säuberungen zusammenhängenden Folgen für die Revolutionäre eingegangen. Aktive Revolutionsteilnehmer wurden nach dem militärischen Erfolg der Preußen verfolgt, in (Kasematten-)Haft gebracht und wenn für schuldig befunden, entweder zu Haftstrafen oder zur Hinrichtung durch Erschießung verurteilt. Unmittelbare Auswirkungen für die Revolutionäre – abgesehen von dem möglichen Verlust ihres Lebens - zeigte sich in deren Verlust der persönlichen Freiheit, ihrem Ansehen und ihrem sozialen Status.[190]Zahlreiche Verhaftungen zogen zahlreiche Freiheitsstrafen mit sich, wodurch die Gefängnisse in Baden bald überfüllt waren. Gleichzeitig kam es in der badischen Armee zu Zwangspensionierungen oder Zwangsentlassungen. Viele militärische Anhänger, die an der Revolution teilgenommen hatten, verloren ihren Rang oder wurden degradiert,[191] wodurch beispielsweise Wilhelm Amann den Anspruch auf seine Pension verlor[192].Weitere finanzielle Auswirkungen zeigten sich auch darin, dass die verurteilten und

[189] Pfau, zit n. Duffner, 1997, S.46.
[190] Vgl. Bräunche/Grau, 1998, S.27.
[191] Vgl. Real, 1983, S.174.
[192] Vgl. Holeczek, 1997, S.10.

für schuldig befundenen Teilnehmer der Revolution für die Kriegsausgaben haftbar gemacht wurden und somit mit ihrem Privateigentum einen Teil zur Tilgung eines drei Millionen Gulden hohen Schadens beitragen sollten.[193]Die teilweise ungewöhnlich hohen Geldstrafen und die Beschlagnahmung des Eigentums waren Mittel, um die badische Staatskasse zu entlasten und somit eine Art der Rückerstattung einzufordern. Diese führte jedoch zur Verarmung und dem Verlust des sozialen und gesellschaftlichen Status der Revolutionäre, wodurch nicht nur diese und sondern auch die betroffenen Familien unter der Zerstörung der Lebensgrundlage zu leiden hatten.[194] Die politischen Säuberungen, die sich zunächst in der Kasemattenhaft und in den Verurteilungen äußern, zeigen weitläufige Auswirkungen nicht nur für die aktiven Revolutionsteilnehmer, sondern auch deren Umfeld und Familie. Das bestätigt die Annahme, dass die politischen Säuberungen als Machtinstrument eingesetzt wurden, um die Revolution flächendeckend zu beseitigen und alle aktiven wie passiven Beteiligten abzustrafen und längerfristig zu schaden. Somit ist eine Hinrichtung nicht die einzige Art und Weise, wie jemand beseitigt oder „gesäubert“ werden kann, auch der Verlust der sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Grundlage führt zu einem ähnlichen Ergebnis, wodurch diese Auswirkungen somit als verlängerter Arm der politischen Säuberungen gewertet werden können.

Die politischen Säuberungen in Form von Verfolgungen und Verhaftungen führten auch unmittelbar zur Flucht von Revolutionsteilnehmern. Die Zufluchtsorte waren die Schweiz, England, Frankreich und die USA. Selbstredend waren die Gründe der Badener auch sicherlich von wirtschaftlicher Natur, 1/6 der 60.000 Auswanderer bis 1855 flohen jedoch aus politischen Gründen.[195]

Der finanzielle Aspekt, der die politischen Säuberungen begleitet, kann insofern wiederaufgegriffen werden, wenn die materiellen und wirtschaftlichen Belastung Rastatts und somit die erste Auswirkung auf Baden betrachtet werden. Die geldlichen Anforderungen an die Stadt waren sehr hoch und zeigten sich in der Verpflegung, Heilung und dem Transport von revolutionären Kasemattenhäftlingen. Preußen verlangte ebenso Kriegskosten, die Baden zu zahlen hatte. Auch deshalb kam es zwischen der Rastatter Bevölkerung und der preußischen

[193] Vgl. Blos, 1910, S.127.
[194] Vgl. Real, 1983, S. 176.
[195] Vgl. Bräunche/Grau, 1998, S.27.

Besatzungsmacht immer wieder zu Konflikten, da beide Parteien eine grundlegend andere Sichtweise auf den Verlauf der Ereignisse eingenommen hatten.[196]

Diese Konflikte ergaben sich ebenso durch Ausforschungen und Hausdurchsuchungen in der Zivilbevölkerung Rastatts, die auch mittels Denunziationen erwirkt werden konnten. Fand man während der Hausdurchsuchung Gegenstände oder Habseligkeiten eines Revolutionärs, wurden diese konfisziert. Wurden dagegen Waffen gefunden, musste der Hausbesitzer mit schweren Strafen rechnen. Die Besatzungspolitik Preußens hatte mit diesen Maßnahmen das Ziel, alle aktiven Anhänger und Helfer der Revolution zu ermitteln, um das Land zu „befrieden". Hinzu kamen preußische Expeditionskorps, die versteckt gehaltene und geflohene Revolutionsteilnehmer aufspüren sollten. Zusätzlich wurden treugebliebene badische Beamte eingesetzt, um diese Verfolgungen zu realisieren und organisieren.[197] Treugeblieben meint in diesem Zusammenhang nicht unbedingt, dass der badische Beamte nach der Errichtung der Revolutionsregierung seinen Posten aufgab, vielmehr wird in einem Untersuchungsbericht folgendes festgelegt: „Die Mitglieder der Ministerien wissen […] wie es sich in ruhigen Zeiten bei geordneten, geebneten Verhältnissen die Dinge in gemessenen Gange abwickeln lassen; im Strudel solcher gewaltigen Krisen aber hat der Vaterlandsfreund nur einen Leitstern: das allgemeine Wohl so viel als ihm möglich zu wahren"[198]. Treugeblieben meint also eher, dem Großherzog zugewandt gewesen zu sein, und aus „Vaterlandsliebe" seinen Posten nicht aufgegeben zu haben, damit das Land während der Revolution nicht noch weiter ins Chaos stürzen sollte. Diese Darstellung und Differenzierung dienen dazu, die Grenze zu ziehen, zwischen denen, die bestraft und von denen das System gesäubert werden sollten und denen, die als Unterstützer der alten Ordnung galten. Somit wird nicht nur zwischen Revolutionsbefürwortern und Revolutionsgegnern unterschieden, sondern gleichzeitig legitimiert, wer nicht von den Säuberungen betroffen war, obwohl er während der Herrschaft der Revolution seinen bürokratischen Platz nicht verließ.

Zu den Denunziationen und Hausdurchsuchungen kamen zusätzlich Repressionen für die Rastatter Bevölkerung hinzu. Zu unter Vorwänden durchgeführte Hausdurchsuchungen, die dem Hausrecht widersprachen, kamen Beleidigungen, willkürlich wirkende Verhaftungen und Haft ohne Verurteilung. Preußen benutzte diese Art der Besatzungspolitik, um in ihrer Sicht Recht und Ordnung und somit das soziale System wiederherzustellen. Die rigorosen

[196] Vgl. Holeczek, Heinz: Kasemattenhaft und Fluchten, in: Hank/Holeczek/Schilling, 2001, S.522 f.
[197] Vgl. Holeczek, 2001, S.538 f.
[198] o.A.: Lage und das Verhalten der Mitglieder der großherzoglich badischen Ministerien während der Revolution vom 13. Mai bis 25. Juni 1849, Karlsruhe: o.A, S.7.

Maßnahmen, die vor allem auch die Zivilbevölkerung belastete, wurden als legitime Mittel postuliert, um Frieden, damit Sicherheit und Recht, wiederaufzubauen.[199] Diese Ausführungen entsprechen der Darstellung aus dem Badener Wiegelied, in dem die Mutter ihr Kind dazu anhält, aufgrund der Preußen leise zu schlafen, was für die Badische Bevölkerung bedeutete, sich verdeckt zu halten und keine revolutionären Tendenzen zu zeigen.

Bisher wurde aufgeführt, dass die politischen Säuberungen nicht nur die Revolutionäre, sondern auch deren Familie und die Zivilbevölkerung an sich betroffen haben. Die politischen Säuberungen als Machtinstrument wurden jedoch auch genutzt, um die Stadtverwaltung Rastatts und den amtierenden Bürgermeister zu entlassen. Der Verwaltungsapparat wurde mit Amtsleuten aus dem alten System besetzt. Diese wiederinstallierten Beamten repräsentierten die Regierungsform vor der Revolution.[200]Auch hier war das vorrangige Ziel darin gelegen, die Revolution als Ganzes und in ihrem Einzeln zu beseitigen, um das badische Land unter vorgeblich friedensstiftenden Maßnahmen in das alte System zurückzudrängen, wodurch diese Schritte als Reaktion und somit als Teil der Reaktionsära Preußens angesehen werden können.[201]

5.3.2 Gesamtdeutsche Perspektive unter der Reaktionsära

Die Reaktionsära kann als Zeitabschnitt angesehen werden, der nach dem Ende der Revolution bis in die 1860er, teilweise bis in die 18070er-Jahre angesetzt wird. Die Betrachtung dieser Zeit ist insofern wichtig, um die weitläufigen Auswirkungen der Revolution und ihrer Zerschlagung und den darauffolgenden Ereignissen zu zeigen. Die politischen Säuberungen bewirkten gesellschaftliche Umbrüche, Umformung und Deformierung, die die politische Restauration als Ziel vorgab. Dieser Zeitabschnitt wurde schon von Zeitgenossen als Reaktion bezeichnet. Stützt man sich auf Thomas Nipperdey, sind die Revision der Verfassung und Justiz, politische Bewachung und Verfolgung, Etablierung eines systematischen und weitläufigen Polizei- und Militärapparates, eine reaktionäre Verfassungspolitik und Beeinflussung der Wahlen, Merkmale, die den Epochenabschnitt kennzeichnen und im Folgenden partiell betrachtet werden.[202]

Durch die Zerschlagung der Revolution und durch die politischen Säuberungen im Sinne von standesrechtlicher Verfolgung, Verurteilung, teilweiser Hinrichtung der

[199] Vgl. Holeczek, 2001, S. 541 ff.
[200] Vgl. ebd., S. 539.
[201] Vgl. Holeczek, 2001, S. 535.
[202] Vgl. Siemann, 2001, S.25; 39.

Revolutionsteilnehmer, Repressionen gegen die Zivilbevölkerung und Preußen als Besatzungsmacht in Baden, wurden die Demokraten längerfristig geschwächt. Durch die politischen Säuberungen wurden die Revolutionsteilnehmer, aber auch die Demokraten in Baden stigmatisiert, kriminalisiert und ausgegrenzt. In Preußen selbst wurden die Liberalen größtenteils vor Ausgrenzung verschont, spielten somit politische eine Rolle, wenn auch vorrübergehend eine untergeordnete.[203]

Weitere Mittel, die von den konservativen Eliten genutzt wurden, zeigen sich in der Strafverfolgung durch die Justiz, in der Gesetzesrestauration, der Errichtung einer Geheimpolizei, der politischen Manipulation der Landtage und die Säuberung des öffentlichen Dienstes, worin sich die Merkmale Nipperdeys wiederfinden und die Reaktionsära als solche bestätigen.[204] Die Strafverfolgung wurde in dieser Arbeit bereits aufgegriffen und als explizites Mittel der politischen Säuberung gekennzeichnet. Strafrechtliche Maßnahmen betrafen jedoch auch die Presse durch Repressions- und Zensurmaßnahmen sowie die Zivilbevölkerung aufgrund von Anklagen wegen Hochverrat oder Majestätsbeleidigung und die politischen Vereine, in dem diese zunächst verboten wurden. Besonders in Preußen und Baden wurden diese justitiellen Mittel gewählt, um die revolutionären Kräfte zu schwächen und die Gesellschaft von selbigem Charakter zu reinigen.[205]

Die Gesetzesrestaurationen als Machtinstrument, um das alte vor-revolutionäre System wiederaufzubauen, können an verschiedenen Beispielen aufgegriffen werden. Diese politischen Maßnahmen entstanden in einer Zeit, in der Preußen und Österreich als Bündnispartner auftraten und der Deutsche Bund wiederhergestellt wurde.[206] So kam es 1854 zum Bundespressegesetz, dass Einschränkungen in Form von Konzessionsentzug, Kautionen und Gesamthaftung aller Beteiligte beinhaltete. Das Bundesvereinsgesetz aus 1854 beinhaltete die Zusprechung des Fortbestandes von Vereinen, die sich jedoch nicht mehr überregional zusammenschließen durften. Vereine sollte so isoliert und regional gebunden werden, damit es eine Vereinigung und ein kommunikatives Netz wie vor und während 1848 nicht mehr geben konnte.[207] Diese Gesetze können daher als Vorsichtsmaßnahme und Mittel zur Prävention

[203] Vgl. Wollstein, Günther: Scheitern eines Traumes, in: Informationen für politische Bildung, o.Jg., Nr. 265, 2006, S.60 ff.
[204] Vgl. Siemann, Wolfram: Strategien der Gegenrevolution, in: Damals Spezial, 30. Jg., o.N., 1998, S. 86.
[205] Vgl. Siemann, 1998, S.87.
[206] Vgl. Siemann, 2001, S.27 ff.
[207] Vgl. ebd., S. 40 f.

angesehen werden, gleichzeitig wurden demokratische Errungenschaften der Revolutionsregierung damit zurückgenommen und revidiert.

Ein weiteres Merkmal der Reaktionsära und eine weitere Auswirkung ist die Einrichtung einer Geheimpolizei, die ein systematisches Überwachungssystem einsetzte, das sich in Preußen, Österreich und Baden ausbreitete. Die Geheimpolizei verfügte über eine eigene Struktur, wodurch schneller Nachrichtenaustausch besonders durch Polizeikonferenzen und Wochenberichte ermöglicht wurde. Ziel war es, die Opposition, die Presse, mögliche politischen Gegner und Vereine sowie revolutionäre Flüchtlinge zu überwachen und somit zu kontrollieren.[208]

Eine weitere Maßnahme zeigt sich in der Revision der Verfassung und der politischen Manipulation der Landtage. Durch neue Wahlgesetze wie das Dreiklassenwahlrecht, das auf den materiellen Besitz des Wählers ausgerichtet war, schrumpfte der Kreis der Wahlberechtigten. Zusätzlich kam es zu manipulierenden Eingriffen in die Wahlen oder zu vorzeitigen Auflösung von Landtagen durch die herrschenden Monarchen, damit durch Neuwahlen, eine regierungsförderliche Mehrheit erreicht werden konnte.[209] Diese Aspekten können zur Umwälzung und dem Umbau eines politischen System auf ein neues zugeordnet werden.

Das letzte Mittel, das während der Reaktionsära genutzt wurde, um Deutschland von den Spuren der Revolution zu „befreien“, war die Säuberung des öffentlichen Dienstes. Bundesweit wurden die Träger und Beamten von öffentlichen Ämtern, also auch Richter, Lehrer und Professoren, auf mögliche Verbindungen zur Revolution überprüft. Wurde das Verhalten als revolutionsfreundlich und somit regierungsfeindlich eingestuft, folgten Entlassungen. Wer in den Staatsdienst eintreten wollte, wurde auf seine politische Vergangenheit hin untersucht.[210]

All diese Schritte können nicht nur als weiterführende Ereignisse der politischen Säuberungen, sondern im weitesten Sinne selbst als solche angesehen werden. Besonders die rechtliche Aufarbeitung und Verfolgung, die vor allem den öffentlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Bereich betrafen, zeigen Charakter politischer Säuberungen. Dieser zeigt sich auch im Aspekt des Machtgewinnes bzw. der Macht-Rückgewinnung und der Etablierung Preußens bzw. der konservativen Kräfte, was sich in der Revision der Justiz, der Verwaltung

[208] Vgl. Siemann, 2001, S. 46 f.
[209] Vgl. Siemann, 1998, S. 90.
[210] Vgl. ebd.

und auf politischer Ebene zeigte. Auch die Gesetzesänderungen und dadurch -verschärfungen gegen Presse und Vereinswesen sind in ihrem Charakter und in ihrer Idee nicht nur Mittel zur Unterdrückung und Kontrolle, gleichzeitig fungieren sie dadurch als Erweiterung der ursprünglichen politischen Säuberungen. Gleichzeitig ist eine Reinigung des öffentlichen Dienstes, der Schulen und Universitäten in ihrer Vorgehensweise eindeutig zu den politischen Säuberungen zu zählen. Außerdem findet sich die Idee des Elitenaustausches hinter diesen Maßnahmen wieder. Längerfristig wurden dadurch die demokratischen Bestrebungen geschwächt, die Demokraten stigmatisier und kriminalisiert, wodurch man alle erarbeiteten Strukturen der Revolution ersetzen und restaurieren konnte.

5.4 Analyse und Ergebnis der fachwissenschaftlichen Betrachtung

Um die politischen Säuberungen der Badischen Revolutionen als Ganzes und als Prozess zu betrachten und zu bewerten, braucht es zunächst Rückgriffe auf die erarbeitete Definition und die gestellten Leitfragen.

In der erarbeiteten Definition wurden die Merkmale Machterhalt und Machtgewinn festgelegt, die wiederum als Ziele festgelegt werden können. Diese Kennzeichen findet man in der Badischen Revolution einmal in Bezug auf den Großherzog und dessen System vor der Revolution als Machterhalt und zum Zweiten als die Machtgewinnung der Preußen, deren Einfluss nach der Zerschlagung der Revolution wuchs. Das Revolutionsregierung in Baden wurde im Zuge der politischen Säuberungen abgebaut, damit das alte-neue System restauriert werden konnte, damit die alten Machträger und Machtzweige, beispielsweise in Form der badischen Beamten, wiedereingesetzt werden konnten. Hier beantwortet sich die Leitfrage der Zielsetzung der politischen Säuberungen. Mit ihnen war es möglich, eine breite Bevölkerungsschicht zu verfolgen, zu verhaften und zu bestrafen. Gleichzeitig führten diese Schritte zur der Machtetablierung und Prävention vor weiteren Aufständen, um mögliche weitere Revolutionen zu unterdrücken und im Keim zu ersticken. Vorgeblich war das Ziel der Befriedung, um Recht und Ordnung in ein scheinbar von der Revolution gebeuteltes Land herzustellen. Letztendlich war jedoch die eigentliche Absicht, Baden vollkommen von der Revolution zu säubern. Darunter litten besonders die Revolutionsteilnehmer, die zum Tode verurteilt und teilweise als Exempel für eine erzieherische Außenwirkung missbraucht wurden. Die politischen Säuberungen reichten also von Verfolgungen und Verhaftungen zu Entlassungen oder Zwangspensionierungen bis hin zu Freiheitsstrafen, Geldstrafen, Verlust von Besitz und Ansehen und bis schließlich zu Hinrichtungen. Dadurch verloren viele

bekannte Namen, die im Zusammenhang mit der Revolution standen, ihr Leben. In Rastatt betrafen die Hinrichtungen beispielsweise den ehemaligen badischen Offizier Ernst von Biedenfeld[211], den Festungsgouverneur Gustav Nikolaus Tiedemann[212], den Uhrmacher und den Schweizer Flüchtlingslegion Oberst Georg Böhning[213], den polnischen Offizier Theophil Mniewski[214] sowie die preußischen Revolutionsteilnehmer und dadurch als Deserteure stigmatisierte Karl Bernigau, Jean Joseph Jansen und Friedrich Wilhelm Schrader[215]. Diese Liste von hingerichteten Revolutionären ist weder vollständig, noch beinhaltet sie die Männer, die auch in Freiburg und Mannheim zum Tode verurteilt wurden. Sie gibt jedoch einen kleinen Einblick in das Ausmaß der Hinrichtungen.

Legitimiert wurden dieses Vorgehen als Befriedungsmaßnahme. Unter einem ideologisch ähnlichen Stern standen die justitiellen Säuberungen im Sinne der Standgerichte, die als Legitimationsbasis den anhaltenden Notstand und Kriegszustand nahmen. Die Leitfrage der Legitimation ist somit beantwortet, wenn dieser Umstand betrachtet wird. Aus heutiger Sicht kann die Legalität dieser Vorgänge, das Vorgehen der Untersuchungen und die Urteile an sich, besonders gegen Ernst Elsenhans, kritisch gewertet werden. Aus der Perspektive der Preußen waren diese Form der Säuberung legitim, fast schon notwendig und sinnvoll, um die Revolution als Ganzes und in ihrem Einzelnen zu zerstören. Eine preußische Deutschlandpolitik war demnach nur mit der absoluten Beseitigung der Revolution möglich, wodurch sich auch die Frage der Notwendigkeit beantwortet. Diese Leitfrage ist besonders perspektivisch, da es aus der Sicht der Preußen unausweichlich war, mit der Revolution vollkommen abzuschließen. Sie beugten gleichzeitig einer nächsten Revolution vor, in dem sie aktive Teilnehmer sowie Helfer verfolgten. Gleichzeitig benutzen sie eine juristische Verfolgung und Bewältigung der Revolution, um diese nach außen hin als legitimes Mittel zu propagieren und zu rechtfertigen.

Die Zerschlagung der Revolution hatte im ökonomischen, kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Leben weitführende Auswirkungen, die sich in der Reaktionsära widerspiegeln. Die politischen Säuberungen können insofern als Ausgangspunkt gewählt werden, weil sie als Mittel gegen die Revolution anzusehen sind und durch ihren „reinigenden“ Charakter die Grundlage für fortführende Auswirkungen, Entwicklungen und Veränderungen

[211] Vgl. Holeczek, 2001, S.650 f.
[212] Vgl. ebd., S.656 ff.
[213] Vgl. ebd. S.661 ff.
[214] Vgl. ebd. S.689 ff.
[215] Vgl. ebd. S. 699 ff.

geschaffen haben. Die Folgen auf das Vereinswesen, die Presse, auf Liberale und Demokraten, sowie auf Baden und die Stadt Rastatt wurden in dieser Arbeit bereits offengelegt und können insofern zusammengefasst werden, als dass die Weitläufigkeit und die Dauer der Auswirkungen zu betonen ist. All diese Maßnahmen galten vorrangig der Befriedung und Stabilisierung des Landes, waren jedoch gleichzeitig Mittel, um die Revolution komplett verschwinden zu lassen, wodurch besonders die kulturellen Träger dieser – Presse und Vereine – in ihrer Freiheit und Möglichkeit eingeschränkt wurden.

Der Begriff politische Säuberungen wurde für die Standgerichte oder den darauf folgenden Maßnahmen aus zeitgenössischer Perspektive nicht benutzt. Trotz allem wurde in dieser Arbeit gezeigt, dass die Maßnahmen und Schritte der Preußen sehr wohl als politische Säuberung gewertet und im Nachhinein als solche bezeichnet werden können. Letztendlich erfüllen sie das grundlegende Merkmal, unerwünschte Personen bzw. eine ganz Personengruppe aus der Gesellschaft zu verbannen, wodurch die Kasemattenhaft der Revolutionäre auch im weitesten Sinne als Teil der großflächigen Säuberungsaktionen gewertet werden können. Die politischen Säuberungen richteten sich schließlich nicht nur gegen die Revolutionsteilnehmer und damit gegen die Revolution selbst, der demokratische Gedanke der Revolution wurde genauso bekämpft. Die Demokratie spielt also insofern eine Rolle in der Betrachtung der politischen Säuberungen, dass ihre Bekämpfung das Ziel der repressiven und rigorosen Maßnahmen war. Dabei spielt die Stadt Rastatt eine bedeutende Rolle. Zunächst war sie Stätte des Aufstandes, ein Symbol der feindlichen Macht, das wiederum durch die Revolutionsarmee und die durch zuvor geschehenen Soldatenaufstände umgeformt wurde zu einem Zeichen des Kampfes für die demokratische Freiheit. Als dieses ging es schließlich unter und wurde unter der Besatzung Preußen ein Ort der Unterdrückung, ein Ort der politischen Säuberung und somit ein Ort der Ambivalenz.

Die demokratischen Bestrebungen Badens, die sich vor und während der Badischen Revolution gezeigt hatten, wurden durch die politischen Säuberungen bekämpft, wodurch an dieser Stelle festgehalten werden kann, dass politische Säuberung in diesem Fall nicht als Mittel der Demokratie, sondern als eine Maßnahme gegen selbige anzusehen sind.

5.5 Didaktische Analyse und pädagogische Konsequenzen

Letztendlich ist in einem didaktischen Fazit festzuhalten, dass das politische Geschichtsbewusstsein nach Hans-Jürgen Pandel[216] in Bezug auf mehreren Aspekten gefördert werden kann. Die politischen Säuberungen nach der Badischen Revolution führten zu grundlegenden Veränderungen der politischen Struktur. Dieser Umbruch zeigt sich paradoxerweise im Fortbestand der vorherigen Macht- und Amtsträger, die nach der Revolution wiedereingesetzt wurden. Dieser politische und administrative Rück-Schritt ist aus politischer Sicht als unmittelbare Folge politische Säuberungen zu sehen. Gleichzeitig wurden die politischen Säuberungen als Machtinstrument genutzt, um diese Strukturen zu verwirklichen. Dadurch wurden die politischen Säuberungen nach der Badischen Revolution als Mittel eingesetzt, um demokratische Bestrebungen zu schwächen. Sie sind somit als Gefahr für die Demokratie zu sehen, was sich auch in der Kultur und der Gesellschaft widerspiegelt. Die Maßnahmen gegen Presse und Vereine sind als Mittel gegen demokratische Ideen und Vereinigungen zu werten und somit als Mittel zur Repression und restriktive als Mittel politischer Säuberungen zu werten. Aus dieser Betrachtung ergibt sich ein komplexes, vielschichtiges System, das die damalige Gesellschaft nach der Zerschlagung der Revolution durchdrungen hat.

Aus der Sicht des moralischen Geschichtsbewusstseins[217] sind die politischen Säuberungen nach der Badischen Revolution aufgrund heutiger Moralvorstellungen als moralisch verwerflich zu werten. Besonders die Erschießungen der Revolutionsteilnehmer ist aus moderner, demokratiegeleiteter Perspektive weder notwendig noch rechtlich legitimierbar. Die Standgerichte als politisches Instrument und nicht Mittel einer zuständigen Justiz sind als besonders despektierlich zu werten. Selbst aus vergangener Sichtweise ist das Andauern des Kriegszustandes, obwohl keine kämpferischen Aushandlungen mehr stattfanden, als kritisch und fragwürdig zu werten. Milde erhielten nur wenige Revolutionäre wie Otto von Corvin, als dieser auf eine Haftstrafe und nicht auf eine Hinrichtung begnadigt wurde. Andere Revolutionäre wie Ernst Elsenhans wiederum erhielten diesen Straferlass nicht, obwohl er selbst nie eine Waffe getragen hatte.

Die politischen Säuberungen nach der Badischen Revolutionen dienen insofern als Orientierungshilfe in der Vergangenheit[218], wenn ihr Charakter, der öffentliche Umgang mit ihr

[216] Vgl. Pandel, Hans-Jürgen: Geschichtsdidaktik. Eine Theorie für die Praxis, Schwalbach/Ts: Wochenschau-Verlag, 2017, S. 145 f.
[217] Vgl. ebd., S.148.
[218] Vgl. Rüsen, 2008, S.20.

sowie ihr Verlauf und ihre Herangehensweise betrachtet wird. Sieht man die politischen Säuberungen als Prozess, muss der Ausgangspunkt bei der Begründung und Legitimationsbasis gesetzt werden, um den Verlauf mit seinen gesellschaftlichen Auswirkungen zu skizzieren. Diese Rekonstruktion hilft, Handlungsverläufe der Vergangenheit zu rekonstruieren, um diese wiederum auf heutige Ereignisse anzuwenden, wodurch heutiges politisches Verhalten daraufhin überprüft werden kann, ob es einer Demokratie schadet oder nicht. Gleichzeitig hilft die Betrachtung der Vergangenheit dadurch, dass untersucht werden kann, inwiefern politische Säuberungen politisch, moralisch oder gesellschaftlich recht zu fertigen sind. In diesem Beispiel muss jedoch der Hintergrund der Badischen Revolution stets beachtet werden.

Didaktischen Vorrausetzungen, die es braucht, um dieses Thema aufzuarbeiten, zeigen sich in der Personifizierung und Multiperspektivität. Die Personifizierung findet dann statt, wenn Einzelschicksale in ihrem Zusammenhang mit den geschichtlichen Ereignissen[219] betrachtet werden. Zum Ziele der Emotionalisierung und der Empathieförderung können das Leben, Wirken und mögliche Sterben von Revolutionsteilnehmern wie beispielsweise Ernst Elsenhans betrachtet werden. Hierzu braucht es wie in dieser Arbeit eine Analyse vorhandener Ego-Dokumente, um das Denken und Handeln der beteiligten Revolutionäre zu rekonstruieren. Wichtig ist hierbei, die emotionale Ebene insofern zu verlassen, als die Revolutionäre als Typus angesehen werden sollten.[220] Zwar ist Elsenhans kein typischer Revolutionär, jedoch Träger der demokratischen Idee und Verfasser eines demokratischen Manifests, wodurch diese Besonderheit in den Vordergrund gestellt werden sollte.

Multiperspektivität ergibt sich aus der Betrachtung verschiedener Sichtweisen[221] der politischen Säuberungen nach der Badischen Revolution. Diese Perspektiven ergeben sich beispielsweise aus der Betrachtung der Ziele der Preußen oder aus den Ego-Dokumenten der Revolutionsteilnehmer, die wiederum eine intersubjektive Sicht auf die Ereignisse der Revolution, der Standgerichte und der Kasematten bieten. Multiperspektivität ergibt sich auch aus der Bewertung der politischen Säuberungen, welche teilweise sehr unterschiedlich ausfallen kann. Amand Goegg sieht die politischen Säuberungen folgendermaßen: „Mit solcher Härte wollte man das deutsche Volk ein für allemal von freiheitlichen Bestrebungen abschrecken“[222], wodurch er die Verfolgungen, Verhaftungen und Hinrichtungen als Mittel

[219] Vgl. Bergmann, 2008, S.159.
[220] Vgl. Sauer, 2018, S. 75
[221] Vgl. Bergman, 2016, S. 33 ff.
[222] Goegg, 1876, S.171.

gegen die Demokratie wertet. Gleichzeitig klagt er die Schwere der Strafen an. Sein Zeitgenosse Franz Simon Meyer nimmt eine ähnliche Haltung ein, wenn er die Standgerichte als „fürchterlich“[223]bezeichnet. Hans Blum, ein Sohn Roberts Blums, wiederum behauptet: „Aber auch die Urteile selbst zeichneten sich […] durch gerechte Würdigung des Einzelfalles und des Schuldmaßes der Angeklagten aus, jede Verhandlung vor dem Kriegsgericht außerdem durch sorgfältige Erhebung aller Entlastungsbeweise. Die Gerechtigkeit und verhältnismäßige Milde der preußisch-badischen Standgerichte erhellt am besten aus der Tatsache, daß von den Tausenden meuterischer badischer Soldaten, die nach den Buchstaben des Gesetzes alle den Tod verdient hatten, nur 14 der bösesten zum Tode verurteilt und erschossen […] wurden.“[224]Die politischen Säuberungen, die Beteiligten und Opfer dieser können also unterschiedlich gewertet und gesehen werden, je nach politischer Auffassung, persönlicher Historie oder persönlichem Bezug. Aus dieser multiperspektiven Sicht ergibt sich erst die Kontroversität und die mehrdeutige Sicht auf die Badische Revolution und die damit zusammenhängenden politischen Säuberungen. Aus dieser Mehrdeutigkeit heraus sollen Lernende ihr eigenes Urteil bilden und somit in der Lage sein, selbst zu beurteilen, ob sie die Säuberungen als gesellschaftlich, moralisch und politisch vertretbar, notwendig oder sinnvoll ansehen.

Die Zielsetzung der Orientierung durch Zeitverständnis findet sich auch in der Problemorientierung wieder. Der Lernende setzt sich mit dem historischen Problem der politischen Säuberungen nach der Badischen Revolution auseinander und zieht insofern einen Nutzen daraus, dass er sich durch Alteritätswahrnehmung zunächst seiner eigenen Historizität bewusst wird. Dadurch reflektiert er seine eigene (historische) Identität, die wiederum im Spalt zwischen Wandel und Kontinuität, Wieder-Auftreten und Konstanz steht.[225] Gleichzeitig muss er jedoch erkennen, dass das Problem früher heute genauso noch auftritt, wodurch das vergangene Problem zu einem modernen wird. Dieses Problembewusstsein muss also nicht nur geweckt werden, es muss durch eine Transferleistung und einem dazugehörigen Gegenwartsbezug, weitergeführt und entwickelt werden.

[223] Meyer, 2017, S.461.
[224] Blum, Hans: Die badische Revolution 1848/49. „Überschwang und Begeisterung, weltfremder Idealismus und kühnes Wagen“ Auszüge aus Hans Blum „Die badische Revolution 1848/49“, Waldkirch: Waldkircher Verl-Ges., 1981, S. 133.
[225] Vgl. Uffelmann, 1990, S.146.

5.5.1 Konkreter Gegenwartsbezug

Im Sinne des Transfers, braucht es nun die Kompetenz, Zusammenhänge herzustellen, Kategorien und Konzepte zu bilden, um letztendlich eine Übertragung zur Gegenwart zu gewährleisten.[226]Als Gegenwartsbezug können die politischen Säuberungen in der Türkei nach einem Putschversuch 2016 genutzt werden. Der Putschversuch zeigte sich darin, als militärische Einheiten Teile von Istanbul und Ankara besetzt hielten und unter anderem das Parlament bombardierten.[227]Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan befand sich zu diesem Zeitpunkt in der Stadt Marmaris und konnte nur knapp einem Mordkommando des Militärs entfliehen. Gleichzeitig besetzten Putschisten eine der Bosporus-Brücken. Der Putsch scheiterte letztendlich, zahlreiche Soldaten und Militäranhänger wurden verhaftet.[228] Die Regierung erklärte die Gülen-Bewegung als Initiator und Aggressor des Putschversuches, wodurch besonders die Anhänger dieser Bewegungen oder angeblichen Anhänger kriminalisiert wurden. Man behauptete, Anhänger der Gülen-Bewegungen hätten die Armee infiltriert, um den Aufstand zu planen. Das legitimierte die darauffolgenden Säuberungsaktionen in Militär, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur.[229]Diese Maßnahmen sind insofern als politische Säuberung zu werten, dass dadurch gewährleistet wurde, dass unerwünschte Personen bzw. eine ganze Personengruppe aus politischen Gründen beseitigt werden konnte. Es ist nicht verwerflich, die Verantwortlichen des Putsches zu ermitteln und juristisch zu belangen, die Ausmaße und die teilweise Willkür jedoch stehen in keinem Verhältnis rechtlich legitimer Mittel und sind somit im Gesamten als politische Säuberung zu werten.

Diese Unverhältnismäßigkeit der Dinge zeigt sich in Hetzjagden gegen Militär- und Polizeiangehörige, Bildungspersonal, oppositionelle Journalisten und Politiker, Akademiker, Staatsanwälte und Richter. Es folgte die Verhängung des Ausnahmezustandes, was die folgenden Suspendierungen zahlreicher Staatsdiener, Beamter und Offiziere oder die Entlassungen von Wissenschaftler und Lehrer legitimierte. Die Entlassungswelle traf unterschiedliche Feinde der Regierung und alle potentielle „Verschwörer“, die im Zusammenhang mit dem Putschversuch gesetzt wurden, was auch zu einer Säuberung des öffentlichen Dienstes

[226] Vgl. Schneider, 2009, S. 50 f.
[227] Vgl. Bozay, Kemal/Kaygisiz, Hasan: Der neue Sultan. Die Türkei zwischen Repression und Widerstand, Köln: PapyRossa Verlag, 2017, S.129.
[228] Vgl. Güngör, Baha: Atatürks wütende Enkel. Die Türkei zwischen Demokratie und Demagogie, Bonn: Dietz, 2017, S. 204 ff.
[229] Vgl. Çavdar, Ayşe: Rivalität unter Gleichgesinnten. Erdoğan vs. Gülen, in: Ataç, Ilker/ Fanizadeh, Michael/ Ağar, Volkan: Nach dem Putsch. 16 Anmerkungen zur „neuen“ Türkei, Wien: mandelbaum verlag, 2018, S.40.

führte.[230] Die Entlassungen hatte zur Folge, dass zahlreiche Personen nicht nur ihre berufliche Sicherheit, sondern auch ihre Dienstwohnungen und ihre Chance auf Wieder-Einsetzung im öffentlichen Dienst verloren.[231]

Besonders die Presse wurde im Zuge der Säuberungsaktionen und den darauffolgenden Repressionen eingeschränkt. Schon vor dem Putschversuch und dem eingesetzten Ausnahmezustand war die Pressefreiheit in der Türkei eingeengt und verletzt worden. Bereits Jahre zuvor kam es zu physischer Gewalt gegen Journalisten, Anzeigen und Kontrolle gegenüber der angeblich freien Presse. Der Ausnahmezustand als Legitimierung und gleichzeitig als Instrument der politischen Säuberungen verschlimmerte diesen Zustand, was sich in juristischer Verfolgung und willkürlichen Verhaftungen sowie in Schließung von Medienanstalten äußerte.[232] Manche Zeitungen wurde von den Regierungsapparaten zwangsverwaltet und kontrolliert. Hinzu kamen in der Anfangszeit 160 Journalisten, die in Untersuchungshaft gebracht wurden.[233] Selbst deutsche Journalisten mit türkischen oder kurdischen Wurzeln wie Deniz Yücel und Meşale Tolu betraf diese Maßnahme, wodurch es nicht verwunderlich ist, dass die Türkei 2019 auf der Rangliste der Pressefreiheit der Organisation Reporter ohne Grenzen auf Platz 157 von 180 Ländern steht.[234] Hier können Parallelen zur den politischen Säuberungen nach der Badischen Revolution gezogen werden. Auch hier waren vor allem die Presse und Journalistik Opfer weitführender Säuberungsaktionen. Im Beispiel der Türkei wurde die Presse durch Schließungen, Zwangsverwaltungen und Verhaftungen von Journalisten aufgrund angeblicher Mitgliedschaft in einer Terrororganisation, dem Geheimnis- und Landesverrat, der Aktivität gegen die nationale Einheit oder aufgrund von Spionage, eingeschränkt, verletzt und letztendlich gesäubert.[235]Die Presse nach 1848/49 erlebte ähnliche, wenn nicht so direkte und aggressive Maßnahmen, wobei die Hinrichtung Ernst Elsenhans als eine besonders harte Strafe und Mittel gegen die Presse, die eine große in der Revolution einnahm, angesehen werden kann. Presse als Zeichen der Freiheit und Demokratie kann sogleich als Bedrohung für Regierende angesehen werden.

---

[230] Vgl. Bozay/ Kaygisiz, 2017, S.130.
[231] Vgl. Küper-Büsch, Sabine: Propaganda und Feindbestimmung: Der Nationalismus der „neuen Türkei“, in: Ataç, Ilker/ Fanizadeh, Michael/ Ağar, Volkan: Nach dem Putsch. 16 Anmerkungen zur „neuen“ Türkei, Wien: mandelbaum verlag, 2018, S. 60.
[232] Vgl. Ağar, Volkan: Auf verlorenem Posten, aber nicht verloren: Pressefreiheit vor und nach dem Putschversuch, in: Ataç, Ilker/ Fanizadeh, Michael/ Ağar, Volkan: Nach dem Putsch. 16 Anmerkungen zur „neuen“ Türkei, Wien: mandelbaum verlag, 2018, S. 69 ff.
[233] Vgl. Güngör, 2017, S. 208.
[234] Vgl. Reporter ohne Grenzen: Rangliste der Pressefreiheit 2019 (Stand 2019): https://www.reporter-ohne-grenzen.de/uploads/tx_lfnews/media/Rangliste_der_Pressefreiheit_2019.pdf [08.08.2019]
[235] Vgl. Güngör, 2017, S. 216 f.

Gründe für diese Maßnahmen zeigen Merkmale politischer Säuberungen. Die Handlungen nach dem Putschversuch können als Ergebnis eines langjährigen Prozesses gesehen werden, in dem Erdoğan versuchte, die absolute Macht zu erhalten. Mithilfe eines Referendums über das Präsidialsystem erhielt Erdoğan 2017 scheinbar endgültig die Alleinherrschaft über das Land.[236] Durch zahlreiche Verfassungsänderungen übernahm der Staatspräsident wichtige Aufgaben und Funktionen der Legislative und der Exekutive. Die Rechte, Freiheiten und somit auch die Macht des Staatspräsidenten wurden dadurch erheblich gesteigert, wodurch eine demokratische Machtverteilung praktisch nicht mehr vorhanden ist.[237] Natürlich ist dieses Referendum nicht als direkte Folge der politischen Säuberungsaktion zu sehen. Diese halfen Erdoğan jedoch seine Macht zu etablieren, zu festigen und letztendlich zu vergrößern. Gleichzeitig waren die Säuberungen eine Machtdemonstration, Mittel zur Propaganda und Legitimationsbasis. Hier zeigen sich Ähnlichkeiten zu den politischen Säuberungen nach der Badischen Revolution. Auch dort war das vorrangige und eigentliche Ziel, Macht zu erhalten und diese auf folgende Jahre zu festigen, in dem die Revolution in ihrem Kern vernichtet und das Land davon gesäubert wurde. Schwere Strafen, Hinrichtungen, langjährige Haftstrafen, Verfolgungen und Denunziationen innerhalb der badischen Gesellschaft führten unmittelbar zur Machtetablierung der Preußen und dem Rückgewinn der badischen Regierung unter dem Großherzog. Ähnliches Vorgehen war in der Türkei zu beobachten, wodurch der Staatspräsident letztendlich absolute Autorität gewann, seine politische Stellung und seine Befehls- und Regierungsgewalt anheben und seine Führung etablieren konnte.

5.5.2 Einordnung in das Kompetenzmodell

Mit dem erweiterten historisch-politischen Kompetenzmodell aus Kapitel 4.2 lässt sich im Folgenden arbeiten, wenn politische Säuberungen betrachtet werden.

Mithilfe der politisch-historischen Sachkompetenz und somit der kognitiven Kompetenzdimension lässt sich der Terminus politische Säuberung mit Inhalt füllen, in dem dessen historisches Auftreten, dessen Einbettung in politische Systeme, Verläufe und Auswirkungen betrachtet wird. Politische Säuberungen in ihrem historischen Ursprung und Aufkommen zu beleuchten, bedeutet auch, sich mit den Säuberungen nach der Badischen Revolution auseinanderzusetzen, um historische Erfahrung zu gewinnen. Mittels eines historischen

[236] Vgl. Baydar, Yavuz: Die Hoffnung stirbt am Bosporus. Wie die Türkei Freiheit und Demokratie verspielt, München: Droemer, 2018, S. 247.
[237] Vgl. Taşkın, Yüksel: Das neue Regime in der Türkei nach dem Referendum vom April 2017, in: Ataç, Ilker/ Fanizadeh, Michael/ Ağar, Volkan: Nach dem Putsch. 16 Anmerkungen zur „neuen“ Türkei, Wien: mandelbaum verlag, 2018, S. 114.

Längsschnittes und dem dazu benötigten Gegenwartsbezug (Türkei, Ungarn, Polen, Brasilien) kann kategoriale Erkenntnis gewonnen werden, in dem die politischen Säuberungen nach der Badischen Revolution in ihrem Wesen, Auftreten, Legitimation, demokratiefeindliche Idee und machtpolitische Bestrebungen analysiert werden, damit diese Schlussfolgerungen als Prinzipien angewandt werden können. Ziel ist es, den Begriff politische Säuberung in seinem Ganzen zu verstehen und auf gegenwärtige Ereignisse und Prozesse zu übertragen, demnach die Kompetenz zu besitzen, heutige politische Säuberungen aufgrund von Faktenwissen und Strukturierungskompetenz als solche zu erkennen.

Die prozedurale Ebene der Demokratiekompetenzförderung findet sich in der historischen Orientierungskompetenz wieder. Auch hier wird von einem Gegenwartsbezug ausgegangen, wodurch die Orientierung politische Säuberungen früher-heute erst möglich gemacht wird. Die Erkenntnisse aus der Betrachtung der Säuberungen nach der Badischen Revolutionen verhelfen nicht nur zu einer Orientierung in der Zeit, die Betrachtung kann durch Alterität die damalige wie heutige Gesellschaft darlegen und die Unterschiede dieser herausarbeiten. Besonders die Rolle der Demokratie ist hier zu beachten, da politische Säuberungen nach der Badischen Revolution sowie heute beispielsweise in der Türkei dafür genutzt werden, die Demokratie zu unterdrücken und zu bekämpfen. Orientiert sich ein Lernender also an den vergangenen Säuberungen, kann er diese als Maßstab nehmen und somit einen Nutzen für seine gegenwärtige Orientierung in Gesellschaft und Weltpolitik ziehen.

Die habituelle Ebene der Förderung von Demokratiekompetenz zeigt sich in der politischen Urteilskompetenz. Die Bildung eines reflektierten, selbstständigen Urteils wird vor allem dann benötigt, wenn der machtzentrierte Aspekt politischer Säuberungen betrachtet wird, wodurch dieser Gedanke mit den Aufgaben und Funktionen der Sachkompetenz und der Orientierungskompetenz korrespondiert und daran anschließt. Auch hier sollte ein Bezug zur Gegenwart gesetzt werden, wenn die Ziele der Säuberungen heute mit den Zielen vergangener Säuberungen verglichen werden. Macht als Erhalt, Legitimation, Etablierung oder in Form als Aufbau eines neuen Systems treten hier als Konstante auf.

Abschließend zur Urteilskompetenz und somit auch abschließend zu diesem historisch-politischen Modells ist das Formen eines Werturteils nach Karl-Ernst Jeismann[238]

[238] Das Werturteil bezieht sich auf die gegenwärtige Perspektive und die gegenwärtigen Normen und Werte, die eingenommen wird, wenn historische Sachverhalte beurteilt und bewertet werden. Vgl. Jeismann, Karl-Ernst: Wertung – Sachurteil – Analyse: Dimensionen des Verhältnisses zur Geschichte, in: Behrmann, Günther C./Jeismann, Karl-Ernst/Süssmuth, Helmuth (Hg.): Geschichte und Politik. Didaktische Grundlegung eines kooperativen Unterrichts, Paderborn: Schöningh, 1978, S.58 ff.

hinzuzufügen. Da Demokratie und dadurch Demokratieförderung auch immer Aushandlung bedeutet, muss die Kategorie Urteilen ins Zentrum eines demokratiefördernden Ansatzes gestellt werden. Schülerinnen und Schüler sollen durch historische Erfahrungen, die sie durch die Auseinandersetzung mit politischen Säuberungen aus der Geschichte gewinnen, Konfrontation ausgesetzt sein und Reflexion betreiben. Diese beiden Aspekte sind dann Grundlage für ein Urteilen, das aus der demokratischen Perspektive nie als wahr oder falsch einzustufen ist, wichtig ist die Grundlage, die Formulierung und Tiefe des Urteils, das durch historisch-politisches Arbeiten gewonnen werden muss. Hierbei wird das Schlagwort „Begründen“ zentriert, wobei auch hier die Relation zwischen Vergangenheit und Gegenwart, historische Erfahrung und gegenwärtiges Auftreten fokussiert. Das meint, dass gegenwärtige Fälle oder Auftreten durch die Erfahrung mit der Geschichte beurteilen kann, da die vergangenen politischen Säuberungen als Maßstab, Orientierung und Exempel fungieren. Die vielfältige Historie der politischen Säuberungen mit ihren unterschiedlichen Beispielen und der unterschiedliche Umgang mit diesem Begriff schaffen die Grundlage dafür, heutige politische Säuberungen nicht nur als solche zu identifizieren, sondern auch darüber zu urteilen.

6. Fazit und Ausblick

Aufgabe und Ziel dieser Arbeit war es, die politischen Säuberungen als Begriff und in ihrer Historie zu erfassen, die Maßnahmen und Schritte gegen Revolutionäre nach der Badischen Revolution als solche zu verstehen, um dann einen didaktischen und pädagogischen Nutzen im Sinne der Demokratieförderung zu erarbeiten. Das Ergebnis dieser Ausführungen zeigt einen multiperspektiven, mehrschichtigen und inhaltsreichen Blick auf die politischen Säuberungen und veranschaulicht, dass Säuberungen in der Geschichte vielfach vertreten und somit nicht als singulär oder ausschließlich zu betrachten sind. Gleichzeitig wurden die Relevanz und pädagogische Nützlichkeit des Phänomens durch direkte Verweise und Bezüge zur Gegenwart veranschaulicht. Für einen im Heute lebenden sich Orientierenden und Lernenden ist die historische Betrachtung politischer Säuberung dadurch wichtig, dass politische Strukturen in ihrem Ganzen und die Bedrohungen für Demokratie in ihrem Spezifischen betrachtet werden können.

Gleichzeitig wurde in dieser Arbeit herausgearbeitet, dass politische Säuberungen den Schein der Legalität nutzen, um ihre Maßnahmen durchzusetzen. Schauprozesse, Standgerichte oder Entlassungen und Zwangspensionierungen sind jedoch stets in ihrer Illegalität wahrzunehmen, wenn die Hintergründe, Ursachen und Ziele von Säuberungen erörtert werden. So dienen sie hauptsächlich als Mittel zum Umbruch, als machtpolitisches Instrument, als ideologischer und verwaltungsabhängiger Kahlschlag und letztendlich als Maßnahme, um Demokratie in ihren Strukturen, Ideen und Trägern zu schaden oder vollends vernichten zu wollen. Vertreibung und Verfolgung, Entfernung und Isolierung, sowie Ausschluss und Absonderung sind die Kernbegriffe, die sich hinter einem scheinbar beschönigenden Begriff Reinigung verhüllen. Daher sind der Begriff sowie der Umgang mit diesem Begriff genauso relevant für Lernenden als die Wortbedeutung, Historie und gegenwärtiges Auftreten. Diese Arbeit hat gezeigt, dass politische Säuberungen nach der Badischen Revolution legitimierfähig waren, in dem sie als Befriedungsmaßnahme genutzt und somit unter dem Schein der Friedenswahrung und der zu bekämpfenden Revolution propagiert wurden. Letztendlich sind alle politische Säuberungen, ob sie nun nach der Badischen Revolution oder heute in der Türkei oder in Brasilien geschehen, immer ein Mittel zum Machtgewinn, zum Machterhalt oder der Machtdemonstration und dürfen daher in diesem Zusammenhang nicht als legitimes demokratisches Instrument gewertet werden. Kritisch wird diese Betrachtung dann, wenn die Entnazifizierung betrachtet wird, die zwar die Demokratie als Zielsetzung ihrer politischer Säuberungen gesetzt hat, aber selbst ein Mittel wählte, das über die üblichen

demokratischen und justitiellen Mittel hinausging. Diese Arbeit konnte diese Ambivalenz zwar andeuten, jedoch war kein Platz, um diese näher zu bestimmen und zu ergründen. Was bleibt, ist die Erkenntnis, dass politische Säuberungen immer in ihrem Kontext betrachtet werden müssen, was die Vielschichtigkeit dieses Terminus weiter betont.

Darüber hinaus hat diese Arbeit gezeigt, dass besonders Einzelschicksale von Ernst Elsenhans oder Otto von Corvin den Begriff politische Säuberungen emotionalisieren und aus der Anonymität herausnehmen, wodurch die Relevanz dieses Themas weiter betont wurde. Treten dazu die weitläufigen Auswirkungen der politischen Säuberungen nach der Badischen Revolution in Blick, zeigt sich ein Gesamtkonstrukt der Schicksale der Beteiligten sowie die Folgen für die betroffenen Familien und den gesellschaftlichen Entwicklungen.

Des Weiteren wurde dargelegt, dass besonders die gesellschaftlich-kulturellen Bereiche des Presse- und Vereinswesen Opfer politischen Nachwirkungen der Säuberungen waren. Presse als Bereich der Kultur sowie Verwaltung und Justiz können als Grundpfeiler und Träger demokratischer Ideen und Strukturen auftreten, wodurch ihre Reinigung durch demokratiefeindliche Partien für deren demokratiefeindliche Zielsetzung unumgänglich ist. Diese Erkenntnis kann aus den Ergebnissen der Betrachtung der Auswirkungen auf Baden und der gesamtdeutschen Perspektive nach 1848/49 sowie aus gegenwärtigen Beispielen gezogen werden. Es wurde hierbei auch immer wieder betont, dass ein Lernender aus den Ereignissen, Prozessen und Entwicklungen der Vergangenheit, hier der Vorkommnisse nach der Badischen Revolutionen, Erkenntnisse und Orientierung für Heute erhält. Erarbeitet man sich die Hintergründe und versteht die Säuberungsaktionen als solche und in ihrem Ausmaß, können diese historische Erfahrungen als Maßstab, Orientierungshilfe und als Vergleich genutzt werden, um politische Säuberungen heute dementsprechend zu erkennen und als potentielle Gefahr für die Demokratie zu werten.

Eine weitere Aufgabe dieser Arbeit war es, die zuvor genannten Forschungsfragen zu erarbeiten, um sie an dieser Stelle mithilfe der Ergebnisse und Erkenntnisse zu beantworten. Die erste Fragestellung: *Was sind die theoretischen Voraussetzungen, die gegeben sein müssen, damit Demokratieförderung stattfinden kann, wenn man sich mit politischen Säuberungen auseinandersetzt?* kann dann beantworten werden, wenn die didaktischen Konsequenzen und die erarbeiteten pädagogischen Grundlagen betrachtet werden. Zum einen müssen die Schlüsselbegriffe Orientierung, Identität, Reflexion und Problembewusstsein hinzugezogen werden. Orientierung schafft die Konfrontation mit den vergangenen politischen

Säuberungen und die Rolle, die die Demokratie darin einnimmt. In der Badischen Revolution war sie Grund, Revolutionäre zu bestrafen und Ziel zu bekämpfen. Mit den daraus ermittelnden Merkmalen kann ein Lernender Orientierung durch Kategorisierung erhalten. Sein Selbst-Bewusstsein und seine Wahrnehmung in der Zeit kann er durch Identitätsangebote stärken, in dem er sich in Reflektieren und Urteilen übt. Durch diese wird er sich seinen eigenen und den demokratischen Werten bewusst, wodurch seine Identitätsbildung gestärkt wird. Dieser Gedanke korrespondiert mit dem Ziel, Problembewusstsein schaffen zu wollen. Dieses entsteht dann, wenn politische Säuberung nicht nur als solche erkannt, sondern auch in ihrer Zielsetzung, Legitimation, moralischen Erklärung, ihrer Rezension und gesellschaftlichen Reaktion sowie in ihrem Ausmaß beurteilt werden. Erst durch diesen vielfältigen Blickwinkel werden die Säuberungen problematisiert und gewinnen so an Wichtigkeit. Diese wird zunehmend gestärkt, wenn eine multiperspektive Erarbeitung ermöglicht wird, wodurch die Betrachtung politischer Säuberungen einer Indoktrination ausweichen. Das ist besonders dadurch wichtig, da als theoretische Voraussetzung das theoretische und tatsächliche Ziel der Mündigkeit des Einzelnen festzuhalten ist. Des Weiteren ist als nächste Voraussetzung die Idee des Transfers zu nennen, der sich mit dem Gegenwartsbezug in seinem Impuls deckt. Der Transfer ermöglicht kategorisierendes und konzeptionelles, also in Verbindungen denkendes Wissen und die Fähigkeit, Erkenntnisse in Relation miteinanderzusetzen, was für diese Arbeit und für das Ziel dieser Arbeit unersetzlich ist.

Mit dieser geschichtsdidaktischen Grundlage kann das Demokratiebewusstsein von Lernenden gestärkt werden, was unweigerlich zu einer Förderung ihrer Demokratiebildung führt. Das Demokratiebewusstsein schafft diese Aufgabe, in dem es nicht nur das Wissen um demokratische Strukturen und das Auftreten von Demokratie als Herrschafts- und Lebensform beinhaltet, es schafft außerdem konkrete Erfahrungen, die zur Förderung der Demokratiebildung führen. Diese Arbeit hat gezeigt, wie diese Erfahrungen aus historischen Erkenntnissen gewonnen werden können. Die Stärkung des Demokratiebewusstseins kann als eigene theoretische Voraussetzung angesehen werden, da das Ziel des Demokratiebewusstseins darin liegt, die Selbstbestimmung und die Freiheit des Einzelnen, also letztendlich die Mündigkeit und die Fähigkeit, am politischen und gesellschaftliche Prozess teilzunehmen, fokussiert. Zudem ist ein Gegenwartsbezug als weitere theoretische Voraussetzung unumgänglich und zentral für alle didaktischen Maßnahmen und methodischen Umsetzungen.

Die letzte theoretische Voraussetzung, die zu nennen ist, zeigt sich in der Notwendigkeit, eine Zusammenarbeit zwischen politischer und historischer Arbeit, respektive zwischen

politischem und historischem Lernen zu schaffen. Ohne diese sich gegenseitig unterstützende und bedingende Beziehung würde ein Kompetenzmodell als Konsequenz dieser Voraussetzungen nicht entwickelt werden können.

Demokratieförderung muss in diesem Zusammenhang eines historisch-politischen Lernens als gegenwartsorientiert, transdisziplinär und in Form eines Längsschnittes mit Transfergedanken realisiert werden.

Die zweite Forschungsfrage: *Wie ist die demokratieförderndе Idee, die sich aus der Beschäftigung mit politischen Säuberungen ergibt, fortzuführen und welche Konsequenz muss für ein weiteres Vorgehen gezogen werden?* ist unter Betrachtung dreier Teilaspekte zu beantworten. Der erste Teilaspekt ergibt sich aus dem modifizierten politisch-historischen Kompetenzmodell, dass die demokratieförderndеn Ideen und Gedanken modelliert und geformt hat, wodurch die Frage beantwortet worden konnte: was kann wie konkret gefördert werden, wenn man sich mit politischen Säuberungen auseinandersetzt? Dieses Kompetenzmodell kann als erste Konsequenz gewertet werden, die bereits realisiert wurde. Mit der Förderung von kognitiven, prozeduralen und habituellen Kompetenzen können die Demokratiebildung und das Demokratie-Lernen explizit gefördert werden. Hierbei spielen besonders die Sach-, Orientierungs- und Urteilskompetenz eine große und zentrale Rolle.

Der zweite Teilaspekt zeigt sich in der Notwendigkeit, diese Arbeit fortzuführen und die erarbeiteten Erkenntnisse durch die Betrachtung weiterer politische Säuberungen zu überprüfen, zu erweitern, gegebenenfalls zu revidieren. Diese Notwendigkeit wurde in der Darlegung eines historischen Längsschnitts in dieser Arbeit bereits angekündigt und in ihren Grundzügen begründet. Die historischen Stationen dieses Längsschnittes (Novemberrevolution von 1918/19, die Entnazifizierung) müssten in einer fortgeführten Ausarbeitung durch weitere historische und gegenwärtige Beispiele ergänzt und genau wie die politischen Säuberungen nach der Badischen Revolution in ihrer Einzelheit betrachtet werden, um weiter an einem kategorisierenden System zu arbeiten. Gleichzeitig bedarf eines vergleichenden Verfahrens, um weitere Erkenntnisse zu gewinnen. Das Ziel dieser Fortführung wäre die Idee, ein Konzept politische Säuberungen zu erarbeiten, das zur weiteren Orientierung und Konzeptionierung dienen würde.

Als letzter Teilaspekt ist die mögliche Umsetzung dieser theoretischen Arbeit in ein praktisches Beispiel mithilfe der museumspädagogischen Verwirklichung in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte 1848 in Rastatt zu nennen. Hier wäre das Ziel, eine praktische

pädagogische Umsetzung der fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Erkenntnisse und Aufführungen zu erarbeiten. Lernende können daraus einen Nutzen ziehen, in dem das fachliche Wissen und Können mit gesellschaftlich relevantem Engagement verbunden werden. Gleichzeitig dienen eine solche Praxisorientierung und anwendungsorientierte Verwirklichung zur näheren Veranschaulichung der Theorie, wodurch das Thema politische Säuberungen plastischer und greifbarer wird.

Letztendlich hat diese Arbeit gezeigt und bewiesen, dass der Themenkomplex politische Säuberungen und im Speziellen die Säuberungsaktionen nach der Badischen Revolution sehr wohl dazu dienen, Demokratieförderung voranzutreiben. Zwar sind politische Säuberungen in ihrem Wesen und Zielsetzung zumeist nicht demokratiefördernd, aber der pädagogische und schulische Umgang mit ihnen kann es sein. Diese Arbeit ist daher ein pädagogischer, didaktischer und fachwissenschaftlicher Vorschlag, Demokratie-Lernen und Demokratiebildung in Verbindung mit historisch-politischem Lernen praktisch umzusetzen. Dieses Anliegen ist gegenwarts- und zukunftsorientiert und reagiert auf aktuelle Bedrohungen gegen die Demokratie und die Notwendigkeit, Demokratie als Idee und Umsetzung, Herrschafts- und Lebensform sowie Leitbild und Orientierung wahrzunehmen.

7. Literaturverzeichnis

Beitrag

Ağar, Volkan (2018): Auf verlorenen Posten, aber nicht verloren: Pressefreiheit vor und nach dem Putschversuch. In: Ilker Ataç, Michael Fanizadeh und Volkan Ağar (Hg.): Nach dem Putsch. 16 Anmerkungen zur »neuen« Türkei. [1. Auflage]. Wien: mandelbaum verlag, S. 68–82.

Bergmann, Klaus (1997): Identität. In: Klaus Bergmann, Klaus Fröhlich, Annette Kuhn, Jörn Rüsen und Gerhard Schneider (Hg.): Handbuch der Geschichtsdidaktik. 5., überarbeite Auflage. Seelze-Velber: Kallmeyer'sche Verlagsbuchhandlung, S. 23–29.

Borries, Bodo von (2007): Demokratisches Geschichtsbewusstsein - Was könnte das sein und wie sollte es gefördert werden? In: Gerhard Himmelmann und Dirk Lange (Hg.): Demokratiebewusstsein. Interdisziplinäre Annäherungen an ein zentrales Thema der Politischen Bildung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden, S. 209. Online verfügbar unter 228.

Braun, Bernd (2016): Eine Rose für den Revolutionär - zum 200. Geburtstag von Ernst Elsenhans. In: Hambach-Gesellschaft für historische Forschung und politische Bildung (Hg.): Jahrbuch der Hambach Gesellschaft. Neustadt: Verlag Regionalkultur, S. 189–209.

Bräunche, Ernst Otto; Grau, Ute (1998): Einführung. In: Arbeitsgemeinschaft hauptamtlicher Archivare im Städtetag Baden-Württemberg (Hg.): Revolution im Südwesten. Stätten der Demokratiebewegung 1848/49 in Baden-Württemberg. 2. Aufl. Karlsruhe: Info-Verl., S. 3–29.

Çavdar, Ayşe (2018): Rivalität unter Gleichgesinnten. Erdoğan vs. Gülen. In: Ilker Ataç, Michael Fanizadeh und Volkan Ağar (Hg.): Nach dem Putsch. 16 Anmerkungen zur »neuen« Türkei. [1. Auflage]. Wien: mandelbaum verlag, S. 40–54.

Engehausen, Frank (2017): Die Anfänge der "Gleichschaltung": Personelle "Säuberungen" bis Anfang April 1933. In: Lothar Frick (Hg.): Baden 1933. Die nationalsozialistische Machtübernahme im Spannungsfeld von Landes- und Reichspolitik : Lese- und Arbeitsheft. 1. Auflage. Stuttgart: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Materialien / Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg), S. 15–16.

Günther-Arndt, Hilke (2018): Strukturierungskonzepte. In: Hilke Günther-Arndt und Meik Zülsdorf-Kersting (Hg.): Geschichts-Didaktik. 7. Auflage. Berlin: Cornelsen Scriptor, S. 166–171.

Hank, Peter (1998): Rastatt. In: Arbeitsgemeinschaft hauptamtlicher Archivare im Städtetag Baden-Württemberg (Hg.): Revolution im Südwesten. Stätten der Demokratiebewegung 1848/49 in Baden-Württemberg. 2. Aufl. Karlsruhe: Info-Verl., S. 484–493.

Henke, Klaus-Dietmar; Woller, Hans (1991): Einleitung. In: Klaus-Dietmar Henke (Hg.): Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg. Orig.-Ausg. München: Dt. Taschenbuch-Verl. (Dtv, 4561), S. 7–21.

Himmelmann, Gerhard (2005): Brückenschlagen zwischen Demokratiepädagogik, Demokratie-Lernen und Politischer Bildung. In: Gerhard Himmelmann und Dirk Lange (Hg.): Demokratiekompetenz. Beiträge aus Politikwissenschaft, Pädagogik und politischer Bildung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 19–29.

Himmelmann, Gerhard (2007): Durch Demokratie-Lernen zum Demokratiebewusstsein. In: Gerhard Himmelmann und Dirk Lange (Hg.): Demokratiebewusstsein. Interdisziplinäre Annäherungen an ein zentrales Thema der Politischen Bildung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden, S. 26–40.

Himmelmann, Gerhard; Lange, Dirk (2007): Demokratisches Bewusstsein und Politische Bildung. In: Gerhard Himmelmann und Dirk Lange (Hg.): Demokratiebewusstsein. Interdisziplinäre Annäherungen an ein zentrales Thema der Politischen Bildung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden, S. 15–25.

Holeczek, Heinz (1995): Ernst Elsenhans. Biographie eines revolutionären Publizisten. In: Stadt Rastatt (Hg.): Ernst Elsenhans (1815-184). Ein schwäbischer Revolutionär in Rastatt. Rastatt: o.A., S. 7–37.

Holeczek, Heinz (2001): Kasemattenhaft und Fluchten. In: Peter Hank, Heinz Holeczek und Martina Schilling (Hg.): Rastatt und die Revolution von 1848/49. Von der Freiheitsfestung zur Preußischen Besetzung. Rastatt: Stadt Rastatt (Rastatt und die Revolution von 1848/49, vom Rastatter Kongreß zur Freiheitsfestung / Peter Hank; Heinz Holeczek; Martina Schilling. Hrsg.: Stadt Rastatt, Stadtarchiv ; 2), S. 511–613.

Holeczek, Heinz (2001): Standgerichtsprozeße und Exekutionen. In: Peter Hank, Heinz Holeczek und Martina Schilling (Hg.): Rastatt und die Revolution von 1848/49. Von der Freiheitsfestung zur Preußischen Besetzung. Rastatt: Stadt Rastatt (Rastatt und die Revolution von 1848/49, vom Rastatter Kongreß zur Freiheitsfestung / Peter Hank; Heinz Holeczek; Martina Schilling. Hrsg.: Stadt Rastatt, Stadtarchiv ; 2), S. 613–715.

Huhn, Jochen (1978): Historisches Lernen als Erfahrung. Ein Beitrag des Geschichtsunterrichts zur politischen Bildung. In: Rolf Schörken (Hg.): Zur Zusammenarbeit von Geschichts- und Politikunterricht. Stuttgart: Klett (Anmerkungen und Argumente zur historischen und politischen Bildung, 20), S. 316–345.

Jeismann, Karl-Ernst (1978): Historischer und politischer Unterricht. Bedingungen und Möglichkeiten curricularer und praktischer Koordination. In: Rolf Schörken (Hg.): Zur Zusammenarbeit von Geschichts- und Politikunterricht. Stuttgart: Klett (Anmerkungen und Argumente zur historischen und politischen Bildung, 20), S. 14–71.

Jeismann, Karl-Ernst (1978): Wertung - Sachurteil - Analyse: Dimensionen des Verhältnisses zur Geschichte. In: Günter C. Behrmann, Karl-Ernst Jeismann und Hans Süssmuth (Hg.): Geschichte und Politik. Didaktische Grundlegung eines kooperativen Unterrichts. Paderborn: Schöningh (Schöninghbuch, 15100), S. 58–65.

Küper-Büsch, Sabine (2018): Propaganda und Feindbestimmung: Der Nationalismus der "neuen" Türkei. In: Ilker Ataç, Michael Fanizadeh und Volkan Ağar (Hg.): Nach dem Putsch. 16 Anmerkungen zur »neuen« Türkei. [1. Auflage]. Wien: mandelbaum verlag, S. 54–68.

Lange, Dirk (2005): Was ist und wie entsteht Demokratiebewusstsein? Vorüberlegungen zu einer politischen Lerntheorie. In: Gerhard Himmelmann und Dirk Lange (Hg.): Demokratiekompetenz. Beiträge aus Politikwissenschaft, Pädagogik und politischer Bildung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 258–269.

Rohlfes, Joachim (1978): Gegenwartsgeschehen als Gegenstand des historischen und politischen Unterrichts. In: Rolf Schörken (Hg.): Zur Zusammenarbeit von Geschichts- und Politikunterricht. Stuttgart: Klett (Anmerkungen und Argumente zur historischen und politischen Bildung, 20), S. 177–210.

Scherb, Armin (2005): Was heißt "Demokratie-Lernen?". In: Gerhard Himmelmann und Dirk Lange (Hg.): Demokratiekompetenz. Beiträge aus Politikwissenschaft, Pädagogik und politischer Bildung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 270–285.

Schmid, Heinz Dieter (1976): Verfahrensweisen im Geschichtsunterricht. In: Joachim Rohlfes (Hg.): Geschichtsunterricht. Inhalte und Ziele; Arbeitsergebnisse zweier Kommissionen. 2. Aufl. Stuttgart: Klett (Zeitschrift Geschichte in Wissenschaft und Unterricht Beiheft, 1974), S. 53–65.

Schöner, Alexander (2007): Kompetenzbereich historische Sachkompetenz. In: Andreas Körber, Waltraud Schreiber und Alexander Schöner (Hg.): Kompetenzen historischen Denkens. Ein Strukturmodell als Beitrag zur Kompetenzorientierung in der Geschichtsdidaktik. Neuried: ars una (Kompetenzen, Band 2), S. 265–314.

Schreiber, Waltraud (2007): Kompetenzbereich historische Orientierungskompetenz. In: Andreas Körber, Waltraud Schreiber und Alexander Schöner (Hg.): Kompetenzen historischen Denkens. Ein Strukturmodell als Beitrag zur Kompetenzorientierung in der Geschichtsdidaktik. Neuried: ars una (Kompetenzen, Band 2), S. 236–264.

Taşkın, Yüksel (2018): Das neue Regime in der Türkei nach dem Referendum vom April 2017. In: Ilker Ataç, Michael Fanizadeh und Volkan Ağar (Hg.): Nach dem Putsch. 16 Anmerkungen zur »neuen« Türkei. [1. Auflage]. Wien: mandelbaum verlag, S. 110–124.

Uffelmann, Uwe (1990): Problemorientierter Geschichtsunterricht. In: Uwe Uffelmann, Sabine Andresen und Dieter Burkard (Hg.): Problemorientierter Geschichtsunterricht. Grundlegung und Konkretion. Villingen-Schwenningen: Neckar-Verl. (Forschen - Lehren - Lernen, 4), 146-149.

Uffelmann, Uwe (1999): Strukturbild und Erläuterung des Problemorientierten Geschichtsunterrichts. In: Uwe Uffelmann (Hg.): Neue Beiträge zum problemorientierten Geschichtsunterricht. 1. Aufl. Idstein: Schulz-Kirchner, S. 25–35.

Veith, Hermann (2010): Das Konzept der Demokratiekompetenz. In: Dirk Lange und Gerhard Himmelmann (Hg.): Demokratiedidaktik. Impulse für die Politische Bildung. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss (Bürgerbewusstsein, 4), S. 142–155.

Buch (Monographie)

Amann, Wilhelm; Holeczek, Heinz (1997): In den Casematten zu Rastatt. Erinnerungen eines Neunundvierziger Kriegsgefangenen. Rastatt: Stadt Rastatt (Stadtgeschichtliche Reihe / Stadt Rastatt, Bd. 5).

Baydar, Yavuz (2018): Die Hoffnung stirbt am Bosporus. Wie die Türkei Freiheit und Demokratie verspielt. Unter Mitarbeit von Henning Dedekind und Werner Roller. München: Droemer.

Bergmann, Klaus (2008): Geschichtsdidaktik. Beiträge zu einer Theorie historischen Lernens. 3. Aufl. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verl. (Wochenschau Geschichte).

Bergmann, Klaus (2012): Der Gegenwartsbezug im Geschichtsunterricht. 3. Aufl. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verl. (Wochenschau Geschichte).

Bergmann, Klaus (2016): Multiperspektivität. Geschichte selber denken. 3. Auflage. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag (Wochenschau Geschichte).

Blos, Wilhelm (1910): Badische Revolutionsgeschichten aus den Jahren 1848 und 1849. Mannheim: Verlag der Partei-Buchhandlung.

Blum, Hans; Bender, Helmut (1981): Die badische Revolution, 1848-1849. "Überschwang und Begeisterung, weltfremder Idealismus und kühnes Wagen"; Auszüge aus Hans Blum, "Die deutsche Revolution 1848 - 49". Waldkirch: Waldkircher Verl.-Ges (Badische Reihe, 5).

Bozay, Kemal; Kaygisiz, Hasan (2017): Der neue Sultan. Die Türkei zwischen Repression und Widerstand. Köln: PapyRossa Verlag (Neue Kleine Bibliothek, 244).

Bultmann, Markus (2007): Erfahrung von Freiheit und Unfreiheit in der deutschen Geschichte. Rastatt und Offenburg: Erinnerungsorte der Revolution 1848/49; Darstellung - Dokumentation - Vermittlung. Zugl.: Freiburg (Breisgau), Univ., Diss., 2007. Bremerhaven: Wirtschaftsverl. NW (Materialien aus dem Bundesarchiv, 19).

Carmichael, Joel (1981): Säuberung. Die Konsolidierung des Sowjetregimes unter Stalin 1934 - 38. Frankfurt/M.: Ullstein (Ullstein-Buch Ullstein-Kontinent, 38018).

Corvin, Otto von (1861): Aus dem Leben eines Volkskämpfers. Vierter Band. Amsterdam: Gebrüder Binger.

Duffner, Wolfgang (1997): Der Traum der Helden. 12 Nachrufe auf im Sommer und Herbst 1849 hingerichtete Kämpfer der Badischen Revolution. Lahr: Schauenburg.

Getty, John Arch (1994): Origins of the great purges. The Soviet Communist Party reconsidered, 1933 - 1938. Reprinted. Cambridge: Cambridge Univ. Press (Soviet and East European studies).

Goegg, Amand (1876): Nachträgliche Authentische Aufschlüsse über Die Badische Revolution Von 1849, Deren Entstehung, Politischen Und Militärischen Verlauf. Zürich: Verlags-Magazin.

Goldschmit, Johannes M. (1998): "In unsrer sonst so ruhigen Stadt …". Revolution 1848/49 in Bruchsal. Ubstadt-Weiher: Verl. Regionalkultur (Veröffentlichungen der Historischen Kommission der Stadt Bruchsal, 16).

Großherzog Leopold I. (1849): Badische Gesetze und Verordnungen für Gesetze und Verordnungen für das standrechtliche Verfahren gegen die Theilnehmer an der im Mai 1849 ausgebrochenen Revolution. o.O.: o.A.

Güngör, Baha (2017): Atatürks wütende Enkel. Die Türkei zwischen Demokratie und Demagogie. Bonn: Dietz.

H.D. (1997): Rastatter Casematten-Erzählungen. Unveränd. Nachdr. der Erstausg. Meisenheim, Krull, 1850. Rastatt: Hebel-Verl.

Haas, Gerhard; Simon, Franz (1946): Die Denazifizierung. Gesetz und Verfahren. Heidelberg: Adolf Rausch Verlag.

Hellmuth, Thomas (2014): Historisch-politische Sinnbildung. Geschichte - Geschichtsdidaktik - politische Bildung. 1. Aufl. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verl. (Wochenschau Wissenschaft).

Hellmuth, Thomas; Klepp, Cornelia (2010): Politische Bildung. Geschichte - Modelle - Praxisbeispiele. 1. Aufl. Wien: Böhlau (UTB Politikwissenschaft, 3222).

Hippel, Wolfgang von (1998): Revolution im deutschen Südwesten. Das Großherzogtum Baden 1848/49. Stuttgart: Kohlhammer (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, 26).

Kühberger, Christoph (2015): Kompetenzorientiertes historisches und politisches Lernen. Methodische und didaktische Annäherungen für Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung. 3., überarbeitete und erweiterte Auflage. Innsbruck, Wien, Bozen: StudienVerlag (Österreichische Beiträge zur Geschichtsdidaktik, Band 2).

Kuhn, Axel (2012): Die Französische Revolution. Stuttgart: Reclam (Reclams Universal-Bibliothek Kompaktwissen Geschichte, Nr. 17068).

Longman dictionary of contemporary English (2011): Purge. 5. ed., 5. printing. Harlow: Pearson Longman.

Mally, Lynn (2016): Revolutionary acts. Amateur theater and the Soviet state, 1917-1938. Ithaca, London: Cornell University Press.

Mann, Michael (2006): The dark side of democracy. Explaining ethnic cleansing. Reprinted. Cambridge: Cambridge Univ. Press.

Meyer, Franz Simon (2017): Die ganze Geschichte meines gleichgültigen Lebens. Kiel: Solivagus Præteritum.

Naimark, Norman M. (2004): Flammender Haß. Ethnische Säuberung im 20. Jahrhundert. München: Beck.

Nautz, Jürgen P. (2008): Die großen Revolutionen der Welt. Wiesbaden: Marix-Verl. (Marixwissen).

o.A. (1849): Lage und das Verhalten der Mitglieder der großherzoglich badischen Ministerien während der Revolution vom 13. Mai bis 25. Juni 1849. Karlsruhe: o.A.

Pandel, Hans-Jürgen (2017): Geschichtsdidaktik. Eine Theorie für die Praxis. 2. Auflage. Schwalbach/Ts: Wochenschau Verlag (Wochenschau Geschichte).

Real, Willy (1983): Die Revolution in Baden 1848/49. Willy Real. Stuttgart: Kohlhammer.

Rohlfes, Joachim (2010): Geschichte und ihre Didaktik. 3., erw. Aufl., [Nachdr. der Ausg. 2005]. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Rüsen, Jörn (1994): Historisches Lernen. Grundlagen und Paradigmen. Köln: Böhlau.

Rüsen, Jörn (2008): Historische Orientierung. Über die Arbeit des Geschichtsbewußtseins, sich in der Zeit zurechtzufinden. 2., überarb. Aufl. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verl. (Klassiker der Geschichtsdidaktik).

Sauer, Michael (2018): Geschichte unterrichten. Eine Einführung in die Didaktik und Methodik. 13. Auflage, unveränderter Nachdruck der 10., aktualisierten und erweiterten Auflage. Seelze: Klett/Kallmeyer.

Schneider, Gerhard (2009): Transfer. Ein Versuch über das Anwenden und Behalten von Geschichtswissen; mit vielen praktischen Vorschlägen und Beispielen. Schwalbach/Ts: Wochenschau-Verl. (Wochenschau Geschichte).

Sérant, Paul (1966): Die politischen Säuberungen in Westeuropa. Oldenburg, Hamburg: Gerhard Stalling Verlag.

Siemann, Wolfram (2001): Gesellschaft im Aufbruch. Deutschland 1849 - 1871. Erstausg., 1. Aufl., [Nachdr.]. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Edition Suhrkamp Neue historische Bibliothek, 1537 = N.F., Bd. 537).

Ther, Philipp (2011): Die dunkle Seite der Nationalstaaten. Ethnische Säuberungen im modernen Europa. 1. Aufl. Göttingen: Vandenhoeck Ruprecht (Synthesen, Bd. 5).

Trautwein, Ulrich; Bertram, Christiane; Borries, Bodo von; Brauch, Nicola; Hirsch, Matthias; Schröter, Kathrin et al. (2017): Kompetenzen historischen Denkens erfassen. Konzeption, Operationalisierung und Befunde des Projekts „Historical Thinking – Competencies in History“ (HiTCH). Münster, New York: Waxmann Verlag.

Vollnhals, Clemens (1991): Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945-1949. München: Deutscher Taschenbuch Verl. (dtv Dokumente, 2962).

Weber, Hermann (1989): "Weiße Flecken" in der Geschichte. Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitierung. 1. Aufl. Frankfurt a.M.: Isp-Verl. (Isp-Pocket, 41).

Woolrych, Austin (2004): Britain in revolution. 1625 - 1660. Oxford: Oxford Univ. Press.

Buch (Sammelwerk)

Arbeitsgemeinschaft hauptamtlicher Archivare im Städtetag Baden-Württemberg (Hg.) (1998): Revolution im Südwesten. Stätten der Demokratiebewegung 1848/49 in Baden-Württemberg. Städtetag Baden-Württemberg. 2. Aufl. Karlsruhe: Info-Verl.

Ataç, Ilker; Fanizadeh, Michael; Ağar, Volkan (Hg.) (2018): Nach dem Putsch. 16 Anmerkungen zur »neuen« Türkei. Wiener Institut für Entwicklungsfragen und Zusammenarbeit; Mandelbaum Verlag Michael Baiculescu. [1. Auflage]. Wien: mandelbaum verlag.

Behrmann, Günter C.; Jeismann, Karl-Ernst; Süssmuth, Hans (Hg.) (1978): Geschichte und Politik. Didaktische Grundlegung eines kooperativen Unterrichts. Paderborn: Schöningh (Schöninghbuch, 15100).

Bergmann, Klaus; Fröhlich, Klaus; Kuhn, Annette; Rüsen, Jörn; Schneider, Gerhard (Hg.) (1997): Handbuch der Geschichtsdidaktik. 5., überarbeite Auflage. Seelze-Velber: Kallmeyer'sche Verlagsbuchhandlung.

Frick, Lothar (Hg.) (2017): Baden 1933. Die nationalsozialistische Machtübernahme im Spannungsfeld von Landes- und Reichspolitik: Lese- und Arbeitsheft. 1. Auflage. Stuttgart: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Materialien / Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg).

Günther-Arndt, Hilke; Zülsdorf-Kersting, Meik (Hg.) (2018): Geschichts-Didaktik. 7. Auflage. Berlin: Cornelsen Scriptor.

Hambach-Gesellschaft für historische Forschung und politische Bildung (Hg.) (2016): Jahrbuch der Hambach Gesellschaft. Neustadt: Verlag Regionalkultur.

Hank, Peter; Holeczek, Heinz; Schilling, Martina (Hg.) (2001): Rastatt und die Revolution von 1848/49. Von der Freiheitsfestung zur Preußischen Besetzung. Rastatt: Stadt Rastatt (Rastatt und die Revolution von 1848/49, vom Rastatter Kongreß zur Freiheitsfestung / Peter Hank; Heinz Holeczek; Martina Schilling. Hrsg.: Stadt Rastatt, Stadtarchiv; 2).

Henke, Klaus-Dietmar (Hg.) (1991): Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg. Orig.-Ausg. München: Dt. Taschenbuch-Verl. (Dtv, 4561).

Himmelmann, Gerhard; Lange, Dirk (Hg.) (2005): Demokratiekompetenz. Beiträge aus Politikwissenschaft, Pädagogik und politischer Bildung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Himmelmann, Gerhard; Lange, Dirk (Hg.) (2007): Demokratiebewusstsein. Interdisziplinäre Annäherungen an ein zentrales Thema der Politischen Bildung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.

Körber, Andreas; Schreiber, Waltraud; Schöner, Alexander (Hg.) (2007): Kompetenzen historischen Denkens. Ein Strukturmodell als Beitrag zur Kompetenzorientierung in der Geschichtsdidaktik. Neuried: ars una (Kompetenzen, Band 2).

Lange, Dirk; Himmelmann, Gerhard (Hg.) (2010): Demokratiedidaktik. Impulse für die Politische Bildung. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss (Bürgerbewusstsein, 4).

Rohlfes, Joachim (Hg.) (1976): Geschichtsunterricht. Inhalte und Ziele; Arbeitsergebnisse zweier Kommissionen. 2. Aufl. Stuttgart: Klett (Zeitschrift Geschichte in Wissenschaft und Unterricht Beiheft, 1974).

Schörken, Rolf (Hg.) (1978): Zur Zusammenarbeit von Geschichts- und Politikunterricht. Stuttgart: Klett (Anmerkungen und Argumente zur historischen und politischen Bildung, 20).

Stadt Rastatt (Hg.) (1995): Ernst Elsenhans (1815-184). Ein schwäbischer Revolutionär in Rastatt. Rastatt: o.A.

Uffelmann, Uwe (Hg.) (1999): Neue Beiträge zum problemorientierten Geschichtsunterricht. 1. Aufl. Idstein: Schulz-Kirchner.

Uffelmann, Uwe; Andresen, Sabine; Burkard, Dieter (Hg.) (1990): Problemorientierter Geschichtsunterricht. Grundlegung und Konkretion. Villingen-Schwenningen: Neckar-Verl. (Forschen - Lehren - Lernen, 4).

Internetdokument

Cambridge Dictionary (Hg.) (2014): Purge. Online verfügbar unter https://dictionary.cambridge.org/de/worterbuch/englisch/purge, zuletzt aktualisiert am 2014, zuletzt geprüft am 22.07.2019.

Feil, Robert (2019): Demokratiebildung. Schule für Demokratie, Demokratie für Schule. Hg. v. Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg. Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg. Stuttgart. Online verfügbar unter https://www.schule-bw.de/themen-und-impulse/uebergreifende-erziehung/demokratieerziehung/leitfaden-demokratiebildung/leitfaden-demokratiebildung-19-07-2019.pdf, zuletzt geprüft am 14.08.2019.

Frank, Michael (2011): Die große Säuberung. "Landesverräter, Juden und Schwuchteln": Die nationalistische Regierung in Ungarn besetzt alle Schlüsselstellen an Museen, Opern und Universitäten mit parteitreuen Leuten. Hg. v. Süddeutsche Zeitung. Online verfügbar unter https://www.sueddeutsche.de/kultur/sorge-um-ungarns-kulturbetrieb-die-grosse-saeuberung-1.1050415-0, zuletzt geprüft am 13.08.2019.

GRA Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (2015): Nationalsozialismus - Säuberung. Online verfügbar unter Nationalsozialismus – Säuberung, https://www.gra.ch/bildung/gra-glossar/begriffe/nationalsozialismus/saeuberung/, zuletzt aktualisiert am 2015, zuletzt geprüft am 26.08.2019.

Jansen, Frank; Kiesel, Robert (2019): Berliner AfD-Chef Pazderski will eigene Partei "reinigen". Hg. v. Der Tagesspiegel. Online verfügbar unter https://www.tagesspiegel.de/politik/rechtsextremismus-debatte-berliner-afd-chef-pazderski-will-eigene-partei-reinigen/23979048.html, zuletzt geprüft am 13.08.2019.

Kohler, Berthold (2018): Früher nannte man das Säuberung. Hg. v. FAZ. Online verfügbar unter https://www.faz.net/aktuell/politik/afd-phantasien-von-alexander-gauland-man-nannte-es-saeuberung-15773410.html, zuletzt geprüft am 13.08.2019.

Neuerer, Dietmar (2016): "Politische Säuberung, pur!". Online verfügbar unter https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/afd-empoert-ueber-lehrer-entlassung-politische-saeuberung-pur/14803204.html?ticket=ST-7891208-pDtbm696D5iOmbWdr5PF-ap1, zuletzt aktualisiert am 07.11.2016, zuletzt geprüft am 13.08.2019.

o.A. (1847): Die Forderungen des Volkes. Offenburg. Online verfügbar unter https://www.offenburg.de/html/media/dl.html?v=16106, zuletzt geprüft am 25.07.2019.

o.A. (2015): Nationalsozialismus - Säuberung. Hg. v. RA Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus. Online verfügbar unter https://www.gra.ch/bildung/gra-glossar/begriffe/nationalsozialismus/saeuberung/, zuletzt geprüft am 26.08.2019.

o.A. (2018): Bolsonaro kündigt "Säuberungen" an. Hg. v. Süddeutsche Zeitung. Online verfügbar unter https://www.sueddeutsche.de/politik/brasilien-bolsonaro-saeuberung-1.4181458, zuletzt geprüft am 13.08.2019.

o.A. (2018): Kampf um die Rechtsstaatlichkeit. Hg. v. Süddeutsche Zeitung. Online verfügbar unter https://www.sueddeutsche.de/politik/polen-justizreform-oberste-richterin-zwangsruhestand-1.4039882, zuletzt geprüft am 13.08.2019.

o.A. (2019): Proteste gegen Zwangsruhestand gegen Richter. Hg. v. tagesschau. Online verfügbar unter https://www.tagesschau.de/ausland/polen-justiz-105.html, zuletzt geprüft am 13.08.2019.

o.A. (2019): Regierung kündigt ideologische "Säuberungen" der Ministerien an. Hg. v. FAZ. Online verfügbar unter https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/brasilien-bolsonaro-kuendigt-ideologische-saeuberung-der-ministerien-an-15971367.html, zuletzt geprüft am 13.08.2019.

Oxford Lexico (Hg.) (2019): Purge. Online verfügbar unter https://www.lexico.com/en/definition/purge, zuletzt aktualisiert am 2019, zuletzt geprüft am 22.07.2019.

Reporter ohne Grenzen (2019): Rangliste der Pressefreiheit 2019. Online verfügbar unter https://www.reporter-ohne-grenzen.de/uploads/tx_lfnews/media/Rangliste_der_Pressefreiheit_2019.pdf, zuletzt geprüft am 08.08.2019.

Schmitz-Berning, Cornelia (2010): Vokabeln im Nationalsozialismus. Hg. v. Bundeszentrale für politische Bildung. Online verfügbar unter https://www.bpb.de/politik/grundfragen/sprache-und-politik/42759/ns-vokabeln?p=all, zuletzt geprüft am 28.08.2019.

Schuster, Jaques (2018): Viktor Orbáns defekter Demokratie. Hg. v. WELT. Online verfügbar unter https://www.welt.de/debatte/kommentare/article181511160/Verfahren-gegen-Ungarn-Viktor-Orbans-defekte-Demokratie.html, zuletzt geprüft am 13.08.2019.

Zeitschriftenaufsatz

Buchberger, Wolfgang (2019): Demokratie lernen und leben im Rahmen schulischer Politischer Bildung. In: *Informationen zur politischen Bildung* (44), 22-29.

Diendorfer, Gertraud (2019): Einleitung. In: *Informationen zur politischen Bildung* (44), S. 3.

Hellmuth, Thomas (2009): Politische Bildung als historisch-politische Sinnbildung: Überlegungen zu einem historisch-politischen Kompetenzmodell. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 38 (4), S. 483–496.

Legrand, Jupp (2017): Vorwort. In: *OBS-Arbeitsheft* (92), S. 1–2.

Möller, Lara (2019): Methodische Zugänge zur Stärkung des Demokratiebewusstseins. In: *Informationen zur politischen Bildung* (44), S. 49–58.

Naimark, Norman M. (1999): Das Problem der ethnischen Säuberung im modernen Europa. In: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 48 (3), S. 317–349. Online verfügbar unter https://www.zfo-online.de/index.php/zfo/article/view/1073/1073.

Siemann, Wolfram (1998): Strategien der Gegenrevolution. In: *Damals Spezial* 30, S. 86–94.

Wollstein, Günther (2006): Scheitern eines Traumes. In: *Informationen zur politischen Bildung* (265), S. 55–66.

Zeitungsartikel

Elsenhans, Ernst (1849): Die nächste Aufgabe der Garnison und Bürgerschaft von Rastatt. In: *Der Festungs-Bote*, 07.07.1849 (1).

8. Anhang

Anhang 1: Explizite Darstellung der Gegenwartsbezüge (Kapitel 3.1)

Das erste Beispiel zeigt sich in der Entlassung eines der AFD-angehörigen Lehrers Hendrik Pauli an einem Berliner Gymnasium. Die Schule mit der evangelischen Kirche als Träger begründete diese Maßnahme aufgrund Paulis rechtsextremistischer Verbindungen zur der sogenannten Identitäten Bewegung und seiner öffentlichen Unterstützung der Bärgida-Bewegung.[239] Während die Leitung des Gymnasiums auf die fehlende Vorbildsfunktion des entlassenen Lehrers verwies, bezeichnete der Sprecher der AfD-Bundesspitze Christian Lüth diese Entlassung als „politische Säuberung pur!"[240]. AfD-Politiker Andreas Wild fügte hinzu: „Auch in altehrwürdigen Institutionen ist die Leitung inzwischen links-grün versifft. Da gibt es künftig viele zu entlassen. Die Zeit der Demokratiefeinde ist bald abgelaufen"[241]. Während Lüth explizit von Säuberung spricht, jedoch die eigene Partei dadurch als Opfer dieser Säuberungen darstellt, kündigt Wild solche an. Diese Doppelnutzung ist nicht nur ambivalent, sie zeigt auch eine mehrdeutige Nutzung des Begriffs. Hier wird er dazu genutzt, sich selbst in einer benachteiligten, fast verfolgten und gestraften Rolle darzustellen. Gleichzeitig wird er als Ankündigung oder Drohung genutzt, die die „links-grün versiffte" Leitung bestimmter Institutionen ebenso anklagt. Da Säuberungen aller Art in Verbindung gebracht werden mit totalitären Regimen, Diktaturen oder als Mittel, um Demokratie zu bekämpfen, ist es als kritisch zu bewerten, dass mit solchen „Demokratiefeinde" zu beseitigen wären. Hier können Lernenden die Verbindung zwischen Vergangenheit und Gegenwart so ziehen, dass sie die Sprache und den Sprachgebrauch rund um politische Säuberungen betrachten. Während die Maßnahmen nach der Badischen Revolution aus zeitgenössischer Perspektive nicht als solche bezeichnet wurden, wird in diesem Beispiel der Begriff explizit genannt, um rechtspopulistische Meinungen zu übertragen und sich selbst als Opfer der Etablierten darzustellen.

Diese Forderung einer Säuberung des öffentlichen Bereiches, findet sich auch in geleakten WhatsApp-Nachrichten der AfD wieder. Hier wird die Presse, die die AfD als feindlich einstuft beispielsweise als „Lügenpresse" bezeichnet. Ein Teilnehmer dieses Chats fordert:

[239] Vgl. Neuerer, Dietmar: „Politische Säuberung pur!" (Stand 2016), https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/afd-empoert-ueber-lehrer-entlassung-politische-saeuberung-pur/14803204.html?ticket=ST-7891208-pDtbm696D5iOmbWdr5PF-ap1 [13.08.2019]
[240] Christian Lüth zit n. ebd.
[241] Andreas Wild zit n. ebd.

„Mit der Machtübernahme muss ein Gremium alle Journalisten überprüfen und sieben, Chefs sofort entlassen, volksfeindliche Medien verbieten“[242] Dieses Beispiel übersteigt die vorgehende Ankündigung, stammt jedoch aus der gleichen ideologischen Keimzelle. Übergeht man den Begriff „Machtübernahme“, muss ein Lernender die Verben überprüfen, sieben, entlassen und verbieten betrachten, die unmittelbar in Verbindung mit Säuberungen gebracht werden müssen. Außerdem ist dieses geplante Vorgehen gegen die Presse auch nach den politischen Säuberungen nach der Badischen Revolution zu finden, wobei diese Maßnahmen selbst als Säuberung in Form von Repression gewertet wurden. Die freie Presse ist somit ein gängiges Opfer politischer Säuberungen und ein Bereich, der dadurch unter Kontrolle, Unterdrückung und Zensur zu leiden hat oder hätte.

Diese Säuberungsaktionen bezieht die AfD jedoch nicht nur auf Außenstehende, so fordert der Berliner Landesvorsitzender Georg Pazderski einen „Reinigungsprozess“, um rechtsradikale Elemente aus der Partei zu beseitigen.[243]In diesem Beispiel ist das Vokabular weniger radikal, aber nicht minder negativ konnotiert.

Als letztes Beispiel sind Aussagen von AfD-Vorsitzenden Alexander Gauland aufzuführen. Gauland spricht zwar nicht explizit von Säuberungen oder Reinigungen, die Idee hinter diesen Maßnahmen findet sich jedoch wieder, wenn er fordert, dass „politische System im Sinne des Parteiensystems“ weg müsse und dadurch „die Parteien, die uns regieren. Ich kann auch sagen das System Merkel“[244]. Das sogenannte „System Merkel“ beinhalte „eine Menge Leute in der CDU, die ihre Politik fortsetzen wollen“ und „diejenigen, die die Politik mittragen, das sind auch Leute aus anderen Parteien und leider auch aus den Medien. Die möchte ich aus der Verantwortung treiben“[245]. Gauland fordert hier offen ein neues politisches System, also die Auswechslung von Eliten von zentralen politischen Posten, um diese mit eigenen Leuten zu besetzen. Er zielt nicht nur auf eine Auswechslung und der Etablierung eines neuen Systems, er sieht auch die Notwendigkeit, die Medien von diesem „alten“ System zu reinigen. Bezeichnend ist natürlich das Vokabular rund um das Verb „treiben“, das auch in Verbindung mit Verfolgung oder einer Jagd gesehen werden kann. Allgemein zeigen diese

[242] Vgl. Legrand, Jupp: Vorwort, in: OBS-Arbeitsheft, Nr. 92, 2017, S.1.
[243] Vgl. Jansen, Frank/ Kiesel, Robert: Berliner AfD-Chef Pazderski will eigene Partei „reinigen“ (Stand 2019), https://www.tagesspiegel.de/politik/rechtsextremismus-debatte-berliner-afd-chef-pazderski-will-eigene-partei-reinigen/23979048.html [13.08.2019]
[244] Alexander Gauland zit. n. Kohler, Berthold: Früher nannte man das Säuberung (Stand 2018), https://www.faz.net/aktuell/politik/afd-phantasien-von-alexander-gauland-man-nannte-es-saeuberung-15773410.html [13.08.2019]
[245] Ebd.

Aussagen die Verbindung zwischen gegenwärtiger Ideologie und bereits geschehenen historischen politischen Säuberungen.

Letztendlich werden politische Säuberungen als Begriff und als politisches Ziel nicht nur im deutschen Rechtspopulismus verwendet, es lassen sich auch Beispiele aus Polen, Ungarn und Brasilien in den Bereichen Justiz, Kultur und öffentliche Verwaltung finden.

In Polen beispielsweise kam es durch eine Justizreform der rechtskonservativen Regierungspartei zu Zwangspensionierungen von allen Obersten Richtern über 65 Jahren, was bedeutet, dass diese Stellen neu besetzt wurden. Diese Maßnahme gilt als Gefahr für eine unabhängige Justiz und Rechtsstaatlichkeit. Die polnische Verfassungsrichterin Malgorzata Gerdorf, die von dieser Zwangspensionierung betroffen ist, bezeichnet die Maßnahme als politische Säuberung.[246]Die EU-Kommission kritisiert zwar dieses Vorgehen als Gefahr für die Unabhängigkeit der Justiz und der Gewaltenteilung in Polen und leitete ein Vertragverletzungsverfahren ein, das jedoch besonders an Ungarn scheiterte, wodurch es auf EU-Ebene keine Sanktionen gegen Polen gab.[247] Hieraus entwickelt sich die Frage, wie heute mit politischen Säuberungen umzugehen ist. Die EU weiß scheinbar kein adäquates Mittel, um auf solche Entwicklungen zu reagieren.

Ungarn unter der Führung des Regierungschef Viktor Orbán gilt auch als Beispiel für politische Säuberungen in den Bereichen Justiz, Verwaltung und öffentliche Ämter.[248] Hier wird nun besonders auf die Säuberungen des Kulturbereiches ab dem Jahr 2011 eingegangen, die mehr als die Streichung von Fördergeldern für das Theater beinhaltete. Vielmehr versuchte die rechtskonservative Regierung zentrale Posten in der Kulturszene mit eigenen Mitgliedern zu besetzen, was sich beispielsweise in dem Führungskader der öffentlich-rechtlichen Medien zeigte, wodurch diese nun durch die Regierung kontrolliert werden. Eine Auswechslung des führenden Personals fand auch in zahlreichen Museen, Galerien, Opern und im akademischen Bereich statt.[249] Dieses Beispiel zeigt, dass nicht nur der Verwaltungs- oder Militärapparat von Säuberungen betroffen sein kann, auch die Medien und der Kulturbereich

[246] Vgl. o.A.: Proteste gegen Zwangsruhestand von Richter (Stand 2019), https://www.tagesschau.de/ausland/polen-justiz-105.html [13.08.2019]
[247] Vgl. o.A.: Kampf um die Rechtsstaatlichkeit (Stand 2018), https://www.sueddeutsche.de/politik/polen-justizreform-oberste-richterin-zwangsruhestand-1.4039882 [13.08.2019]
[248] Vgl. Schuster, Jaques: Viktor Orbáns defekte Demokratie (Stand 2018), https://www.welt.de/debatte/kommentare/article181511160/Verfahren-gegen-Ungarn-Viktor-Orbans-defekte-Demokratie.html [13.08.2019]
[249] Vgl. Frank, Michael: Die große Säuberung. „Landesverräter, Juden und Schwuchteln“: Die nationalistische Regierung in Ungarn besetzt alle Schlüsselstellen an Museen, Opern und Universitäten mit parteitreuen Leuten (Stand 2011), https://www.sueddeutsche.de/kultur/sorge-um-ungarns-kulturbetrieb-die-grosse-saeuberung-1.1050415-0 [13.08.2019]

können unmittelbar davon betroffen sein, wenn politische Systeme ihre Macht auf alle gesellschaftlichen Bereichen mithilfe von Säuberungen erweitern wollen.

Das letzte Beispiel, das hier aufgeführt wird, zeigt sich durch den neuen Regierungschef Brasiliens Jair Bolsonaro, der schon während seiner Wahl die politischen Säuberungen folgendermaßen angekündigt hatte: „Diese roten Verbrecher werden aus unserem Heimatland verbannt. Es wird eine Säuberung geben, wie sie in Brasiliens Geschichte noch nie vorgekommen ist“[250]. Bolsonaro formuliert diese Aussage als Drohung, wodurch die Säuberungen nicht nur seine Macht stärken, sondern auch seinen besonders linkspolitischen Gegnern warnen sollte. Er drohte ihnen mit Gefängnis, falls sie nicht selbst aus dem Land fliehen würden.[251] Natürlich kann man diese Aussagen als Mittel zum Wahlkampf und somit als Mittel der Machtdemonstration werten, jedoch setzte Bolsonaro seine Drohungen und somit Säuberungsaktionen um. Mitarbeiter der Verwaltung und des öffentlichen Dienstes, die ideologisch nicht der Regierung Bolsonaros unterstehen und besonders linker Parteien bzw. der oppositionellen Arbeiterpartei angehören, sollen entlassen werden. Diese Maßnahmen führte Bolsonaro bereits in seinem eigenen Ministerium durch, wodurch 300 Angestellte aufgrund politischer Ursachen entlassen wurden und nach einer Prüfung ihrer politischen Einstellung wiedereingestellt werden konnten.[252]

Abschließend ist festzuhalten, dass diese Beispiele auch als Vergangenheitsbezüge bezeichnet werden können, da sich hier die Gegenwart auf die Vergangenheit bezieht. Bezeichnet ein Politiker sein Vorgehen als politische Säuberung, referiert er auf historische Ereignisse oder Verläufe.[253] Lernende sollen für solches Vokabular sensibilisiert werden, damit diese Begriffe problemorientiert wahrnehmen. Auf was referierten Politiker? Auf welche historischen Ereignisse greifen sie zurück? Wozu benutzen sie die historisch bedingte und aufgeladene Bezeichnung der politischen Säuberungen? Gleichzeitig stärken Lernende ihr Demokratiebewusstsein, wenn sie politische Äußerungen bezüglich politischer Säuberungen kritisch hinterfragen und reflektieren, sie können sich dafür gemäß der Orientierungskompetenz an der Vergangenheit und an den vergangenen politischen Säuberungen zurechtfinden, um letztendlich problematische Aussagen zu analysieren und zu beurteilen.

---

[250] Jair Bolsonaro zit. n.: o.A.: Bolsonaro kündigt „Säuberungen“ an (Stand 2018), https://www.sueddeutsche.de/politik/brasilien-bolsonaro-saeuberung-1.4181458 [13.08.2019]
[251] Vgl. ebd.
[252] Vgl. o.A.: Regierung kündigt ideologische „Säuberungen“ der Ministerien an (Stand 2019), https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/brasilien-bolsonaro-kuendigt-ideologische-saeuberung-der-ministerien-an-15971367.html [13.08.2019]
[253] Vgl. Pandel, 2017, S.355.

Demokratieförderung kann also an der gegenwärtigen politischen Sprache und dem Sprachgebrauch rund um Säuberungen gestärkt werden, um letztendlich ein politisches Urteil über diese Aussagen treffen zu können.

Diese Beispiele, seien sie nun Gegenwarts- oder Vergangenheitsbezug, zeigen die Aktualität politischer Säuberungen. Diese sind unmittelbar in der Gegenwart und in und über die Grenzen Deutschlands zu finden. Aus dieser Betrachtung ergibt sich eine gewisse Relevanz und Notwendigkeit, politische Säuberungen in ihrem gegenwärtigen Auftreten und ihrer Historie zu betrachten, zu vergleichen und Erkenntnisse und Erfahrungen daraus zu gewinnen.

Anhang 2:„In den Rastatter Kasematten“ (Friedrich Kaiser) aus Kapitel 5.2.2

Quelle: Stadt Rastatt (Stand 2019): https://www.rastatt.de/fileadmin/_processed_/3/1/csm_618-2017_Kaiser-Vortrag_WGM_Kasematten_24af7e969d.jpg [13.09.2019]

9. Erklärung

Ich versichere, dass ich die Arbeit selbstständig und nur mit den angegebenen Quellen und Hilfsmitteln angefertigt habe und dass alle Stellen, die aus anderen Werken dem Wortlaut oder dem Sinn nach entnommen sind, eindeutig unter Angabe der Quellen als Entlehnungen kenntlich gemacht worden sind.

Im Falle einer Aufbewahrung meiner Arbeit in der Bibliothek bzw. im Staatsarchiv erkläre ich mein Einverständnis, dass die Arbeit Benutzern zugänglich gemacht wird.

Lichtenau, 17.09.2019 — Sophia Ketterer

Ort, Datum — Vor- und Zuname